

**BERLINER GESELLSCHAFT FÜR
FASCHISMUS- UND
WELTKRIEGSFORSCHUNG e. V.**

**BULLETIN
Nr. 9**

**Thema:
Der Streit um die Wehrmacht**

1997

INHALTSVERZEICHNIS

Thema

Kurt Pätzold: Der Streit um die Wehrmacht 3

Bibliographie

Wissenschaftliche Publikationen der Mitglieder 1994-1996
Zusammengestellt von Margarete Piesche 48

Rezensionen

Europa unterm Hakenkreuz. (Martin Moll) 82

Yves Ternon: Der verbrecherische Staat (Regina Wegner) 89

Gian Trepp: Bankgeschäfte mit dem Feind (Werner Röhr) 94

Herbert Ulrich: Best (Fritz Petrick) 100

Manfred Messerschmidt: Was damals recht war (Günther Wieland) 104

Michael P. Hensle: Die Todesurteile des Sondergerichts Freiburg 1940-1945
(Günther Wieland) 106

Kirsten John: „Mein Vater wird gesucht ...“ (Klaus Drobisch) 107

Wolfram Wette (Hg.): Deserteure der Wehrmacht (Almuth Püschel) 109

Antifaschismus: Festschrift Reinhard Kühn! (Hans Coppi) 112

Berichte über Veranstaltungen der Gesellschaft

Kurt Pätzold: Das „Germania“-Projekt und die Berliner Juden 116

Paul Heider: Zur Rolle der NSDAP in der Okkupationspolitik 117

Bericht des Vorstandes für 1996 120

[4:]

KURT PÄTZOLD

Der Streit um die Wehrmacht*

Am 5. Dezember 1930 wurde in Berlin der in den USA gedrehte Film „Im Westen nichts Neues“ uraufgeführt. Seine literarische Vorlage bildete der gleichnamige Roman von Erich Maria Remarque. Der Tonfilm hatte zwei Wochen zuvor die Filmprüfstelle Berlin passiert und war von ihr zur Aufführung freigegeben worden. Die damit verbundenen Auflagen lauteten, er dürfe nicht vor Jugendlichen gezeigt werden und es seien aus dem Original zwölf Filmmeter herauszuschneiden, welche die Kommission für deutsche Augen und Ohren als nicht geeignet ansah. Die Meinung der Mitglieder dieses Gremiums war nicht einheitlich: Der Vertreter des Reichswehrministeriums trug die Freigabe nicht mit.

Doch bereits am 11. Dezember zog die Oberprüfstelle die erteilte Genehmigung zurück. Weitere Aufführungen von „Im Westen nichts Neues“ waren deutschlandweit verboten. Diese Entscheidung hatte schon am Tage nach der Uraufführung das Sächsische Innenministerium in Dresden verlangt. Zwei Tage danach forderten die zuständigen Minister in Thüringen und Braunschweig, beide Mitglieder und Führer in der NSDAP, das Verbot und erließen es für ihre Länder. Einen weiteren Tag später waren diesem Verlangen auch die Ministerien in Bayern und in Württemberg beigetreten. Kaum anzunehmen, daß die Antragsteller das Objekt ihrer Jagd überhaupt angesehen hatten.

Das galt auch für diejenigen, die in Berlin unter der unmittelbaren Regie des Berliner NSDAP-Gauleiters Joseph Goebbels die Uraufführung gesprengt hatten. Im Kinoraum hatten er und die von ihm dirigierte faschistische Gruppe einen Skandal inszeniert, die Zuschauer mit Stinkbomben und Nießpulver attackiert, weiße Mäuse ausgesetzt und auch Anwesende verprügelt. Es kam nicht nur zur Konfrontation zwischen der Polizei und den in Zivil und in Uniform agierenden „Nationalsozialisten“. Die Front gegen den Film erwies sich als ungleich breiter.

Die Episode gehört in die deutsche Geschichte und in ihr zur Auseinandersetzung von Militaristen und Nationalisten auf der einen und Kriegsgegnern auf der anderen Seite. In einem weiteren Sinne muß sie dem Streit unter Deutschen über ihr Verhältnis zur Geschichte – damals zum etwas mehr als ein Jahrzehnt zurückliegenden ersten Weltkrieg – zu-[4:]gezählt werden. Interesse finden in diesem Zusammenhang noch heute vor allem die Argumente, die damals von denen ins Feld geführt wurden, die das zeitweilige¹ totale Aufführungsverbot erzwangen bzw. erließen.

Die faschistischen Demagogen erklärten, der Film verhöhne das „deutsche Nationalgefühl“ und setze „das Ansehen Deutschlands im Auslande“ herab, gemein und niederträchtig verunglimpfe er das „heldenhafte Heer“ und die „deutschen Frontsoldaten“. Er lähme die Volkskraft und untergrabe den Wehrgedanken. Die NSDAP-Landesminister traten diesen Argumenten im wesentlichen bei, während ihre Amtskollegen aus den vermeintlich republiktreuen Parteien die „Typisierungen“ des Films kritisierten und seine entsittlichende, verrohende und Unruhe stiftende Wirkung feststellten oder zumindest befürchteten.

Die Oberprüfstelle machte sich für die Begründung ihres revidierenden Urteils diese Argumente, jene der NSDAP-Minister, -Abgeordneten und -Presse eingeschlossen, zu eigen. Sie befand auch, daß das Ansehen des deutschen Volkes durch die Aufführung dieses Films Schaden nehme würde. Denn es sei zum einen Entwürdigung, sich die eigene Niederlage im Kriege aus ausländischer Produktion auf der Leinwand vorspielen zu lassen, und zum anderen könne, geschähe das, dies im Ausland gar als

* Aktualisiertes Manuskript eines Vortrages, der am 21. Februar 1997 in einer Veranstaltung der Anna-Seghers-Gesellschaft e. V. in Wiesbaden gehalten wurde. (Redaktionsschluß: 30. April 1997).

¹ Am 8. Juni 1931 wurde „Im Westen nichts Neues“ unter Auflagen, die das Publikum auf bestimmte Personenkreise eingrenzten, wieder zugelassen. Zu den Quellen und zu weiteren Einzelheiten über die Geschichte der Aufführungen des Films und insbesondere über die gegen ihn organisierten Kundgebungen s. Bärbel Schrader/Jürgen Schebera: Die „Goldenen Zwanziger“ Jahre. Kunst und Kultur der Weimarer Republik, Leipzig 1987, S. 218 ff. Dies.: Kunstmetropole Berlin 1918-1933, Berlin 1987, S. 239 ff., Thomas Hanna-Daoud: Die NSDAP und der Film bis zur Machtergreifung, Köln 1996, S. 23 ff. Aus letzterem auch die folgenden Zitate aus Stellungnahmen zum Film.

Zustimmung zur Originalversion aufgefaßt werden. Zudem würden voraussehende fortdauernde Auseinandersetzungen (also im Klartext: die Provokationen der NSDAP) die öffentliche Ordnung gefährden. Die Kernaussage lautete: Es werde dieser Film dem Empfinden des deutschen Volkes nicht gerecht. Charakteristisch war, daß die Gegner des Films sich nicht mit seiner inhaltlichen Aussage oder der einzelner seiner Sequenzen auseinandersetzten, sondern sich über erzeugte und verletzte Gefühle, Wirkungen und Folgen in Deutschland und außerhalb seiner Grenzen äußerten. Die [5:] Frage nach wahr oder falsch wurde von ihnen ausgespart. Und erinnerenswert ist auch, daß die militantesten unter denen, die den Film (und vorher bereits das Buch) anfeindeten, nicht vergaßen, auf seine Hersteller hinzulenken und deren angeblich dunklen Absichten und Zwecke ausmalten. Der Urheber war „ein Filmjude“, der Streifen ein „amerikanisch-jüdisches Produkt“ und von Feinden des deutschen Volkes zu dessen „Verblödung“ und „Verhetzung“ bestimmt. Die NS-Propaganda erwähnte in diesem Zusammenhang obendrein das „Interesse des Weltkapitals“.

1. Wirkungen einer Ausstellung

In der Bundesrepublik ist nicht zum ersten Mal ein Streit entbrannt, der die deutsche Wehrmacht und ihre Rolle in der deutschen und europäischen Geschichte betrifft. Er wird nicht nur in Wort und Schrift ausgetragen und in Parlamenten – von Kommunen bis in den Bundestag² – geführt. Er ist auch von Demonstrationen und rüden verbalen Attacken gegen eine Ausstellung begleitet. Ihr Thema: „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“.³ Dokumentiert werden Untaten, die von deutschen Truppen während des Zweiten Weltkriegs begangen wurden, nicht im Verlauf von Kriegshandlungen, sondern hinter den Fronten. Die Orte der grausigen Handlungen waren besetzte Gebiete der UdSSR und Jugoslawiens.

Diese Ausstellung ist seit 1995 in fünfzehn deutschen Städten und in Österreich⁴ gezeigt worden. Mehrfach und zunehmend⁵ war das von [6:] heftig ausgetragenen Meinungsverschiedenheiten darüber begleitet, wo die Dokumentation plaziert werden sollte. Manchen Landes- und Stadtvätern erschienen Parlamentsgebäude und Rathäuser dafür als ungeeignete Orte. Argumente, die das begründen sollten, stimmen nachdenklich: Die Ausstellung, so wurde gesagt, spalte die Bevölkerung – eine merkwürdig antipluralistische Haltung, in welcher Sehnsucht nach der einheitlichen Geschichtsauffassung aller „Volksgenossen“ mitschwingt – einer Einheit obendrein auf dem Niveau derer, die sich längst erwiesenen Tatsachen noch immer verweigern. Treffend ist in der Debatte bemerkt worden, daß jene, die jetzt wieder und lauter noch nach einem Schlußstrich unter die Vergangenheit der Jahre von 1933 bis 1945 rufen, nie *angefangen* haben, sich mit ihr zu beschäftigen.⁶

Zu den verbreiteten Einwänden gegen die Aussagen der Ausstellung gehört die Behauptung, sie sei „einseitig“, ohne daß freilich Vorschläge darüber zu hören waren, welche weiteren Seiten der Geschichte der Wehrmacht zur Vervollständigung des Bildes aufzuschlagen wären. Der These von der

² Das Parlament diskutierte in einer Sitzung Ende April 1997 mehrere Anträge, in denen zur Ausstellung Position bezogen wurde. Während einer interfraktionellen Vorbesprechung (unter Ausschluß der PDS) war der Versuch, einen gemeinsamen Entwurf einer Stellungnahme in das Plenum zu bringen, gescheitert. Die Mehrheit der Regierungsparteien stimmte den von ihnen eingebrachten Antrag zu. Auch die oppositionellen Fraktionen hatten sich nicht als fähig erwiesen, einen gemeinsamen Entwurf vorzulegen. Die mehr oder weniger voneinander abweichenden dem Anliegen und dem Inhalt der Ausstellung mehr oder weniger deutlich zustimmenden separaten Texte von SPD, Grünen und PDS erhielten jeweils die Stimmen der Antragstellenden und von deren Fraktionen.

³ Hamburger Institut für Sozialforschung. Dazu Ausstellungskatalog, Hamburger Edition HIS 1996. Und im April 1997 erschienen, mit dem Katalog titelgleich, aber nicht identisch: Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944, hg. von Hannes Heer und Klaus Naumann. Weiterhin: „Stets zu erschießen sind Frauen, die in der Roten Armee dienen“. Geständnisse deutscher Kriegsgefangener über ihren Einsatz an der Ostfront, Hamburg 1995, hg. von Hannes Heer.

⁴ Während die Ausstellung in Wien gezeigt wurde, hat Ruth Beckermann einen dokumentarischen Film gedreht („Jenseits des Krieges“), der Diskussions-[6:]nen und Interviews von Besuchern erfaßte. Er ist inzwischen in deutschen Kinos zu sehen.

⁵ Die ersten Präsentationen – unter anderem die in Berlin im Foyer der Humboldt-Universität Unter den Linden – verliefen noch, ohne daß es zu bemerkenswerten Auseinandersetzungen gekommen war.

⁶ So Ralph Giordano in einer Fernsehdiskussion im Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) am 25. Februar 1997, die auszugsweise dokumentiert wurde in: „Konkret“, Heft 4, April 1997, S. 25. (Fortan: ZDF-Debatte).

„Einseitigkeit“ bediente sich auch das bayerische Kultusministerium zur Begründung seiner Haltung, diese Ausstellung sei Schulen zum Besuch nicht zu empfehlen. Dagegen protestierten sowohl die Gewerkschaft Erziehung/Wissenschaft wie der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband.⁷

Seinen Tiefpunkt erreichte der Streit mit den Versuchen, die Urheber und Autoren der Ausstellung und deren Fürsprecher zu diffamieren. Angeblich agierten sie nicht in aufklärerischer Absicht, sondern als professionelle Vergangenheitsbewältiger und politisch interessierte Publizisten, die keinerlei wissenschaftliche Kompetenz besäßen. Sie führten -war im „Bayern-Kurier“ in grotesker Verkeh- rung des Titels der Ausstellung zu lesen – einen „Vernichtungsfeldzug gegen das deutsche Volk“.⁸ Die Ausstellung sei „demagogisch“ und habe gar „einen terroristischen Beigeschmack“. Zudem wer- den Zweifel in die Echtheit des Bildmaterials gesetzt. Sie sol-[7:]len den Verdacht der Fälschung nahelegen.⁹

Die letzten Meldungen, die der Eröffnung der Ausstellung im Münchener Rathaus – sie wird dort durch die Entscheidung der regierenden Stadtväter aus der Sozialdemokratischen und der Grünen Par- tei plaziert und ab Ende Februar besichtigt werden können¹⁰ – vorausgingen, deuten daraufhin, daß die Gegner der Ausstellung jetzt erst eigentlich mobilisieren. Dabei treffen bei den Aktionen in der mit soviel einschlägiger Geschichte beladenen Isarmetropole zwei Kräfte zusammen: diejenigen der bayerischen Christlich-Sozialen und die weitgefächerten Kleingruppen der äußersten Rechten, die fa- schistische eingeschlossen und voran. Sie treten gemeinsam als Bewahrer nationaler Ehre und Würde, Beschützer des Andenkens an die Toten und mit dem Anspruch auf, schlechthin die Deutschen gegen Verleumdungen verteidigen zu müssen. So entsteht eine Momentaufnahme der geistigen und politi- schen Zustände in der Bundesrepublik, die zu einer Zeitaufnahme wird, weil die Auseinandersetzung inzwischen deutschlandweit in Gang gekommen ist. Sie bezeugt eine Stimmung, die besagt: Das wer- den und brauchen „wir“ uns nicht mehr gefallen zu lassen. Sie hat sich – dies nebenbei – auch in Attacken [8:] gegen das Buch Daniel J. Goldhagens „Hitlers willige Vollstrecker“ und gegen das jüngst erschienene von Tina Rosenberg „Die Rache der Geschichte“, les- und hörbar gemacht.

Derart erwarben sich die Urheber der Ausstellung ein Verdienst, das möglicherweise gar nicht in ihrem Visier war. Ihre Arbeit half, das Verhältnis zu den geschichtlichen Tatsachen der Jahre von 1939-1945 sichtbar zu machen, wie es sich 1996/1997 von der Staatsspitze bis an deutsche Stammti- sche darstellt, denn nicht diese Ausstellung hat die Deutschen gespalten, wie gelegentlich zu lesen war, sondern sie machte einen geistigen Graben sichtbar, der vordem längst, nämlich seit den Tagen des Kriegsendes existierte.¹¹ Es hat sich ein Zustand offenbart, für dessen Bewertung es nur eine

⁷ Dazu auch das Interview mit Kultusminister Hans Zehetmair in: „Deutsche Lehrerzeitung“, 20. März 1997.

⁸ Zitiert in: Hermann L. Gremliza: Die Ehre der Nazis. In: „Konkret“, Heft 4, April 1997, S. 9.

⁹ Die Versuche, die Authentizität des Bildmaterials in Zweifel zu ziehen dauern an, wie sich an einer Initiative der Redaktion der Zeitschrift „Focus“ zeigt. Der Hinweis auf die Ungeklärtheit des Kontextes eines in der Ausstellung gezeigten Fotos dient dem untauglichen Versuch, die Gesamtaussage der Schrift- und Bilddokumente. mindestens in Frage zu stellen.

¹⁰ Die Ausstellung in München ist inzwischen eröffnet und war von Demonstrationen und Gegendemonstrationen in der Stadt begleitet. Über die Vorgänge fand am 11. März 1997 auch eine Debatte im Bayerischen Landtag statt. Die weiteren Ausstellungsorte sind Frankfurt/Main und Bremen, wo der Ort der Aufstellung lange umstritten blieb. S. dazu weiter unten. Inzwischen haben sich auch in Hessen CDU-Stimmen hörbar gemacht, welche die Ausstel- lung attackieren. Unter anderem geschah das mit der These, sie trete das Andenken der „Männer des 20. Juli“ mit Füßen. Siehe die Meldungen in „Neues Deutschland“ (fortan: ND), 8./9. März 1997 und „junge Welt“ (fortan jW), 13. März 1997. (S. auch Anm. 17, 20-22.). Inzwischen ist die Ausstellung, die in München von ca. 90.000 Besu- chern gesehen wurde, in Frankfurt/M. in demonstrativer Abwesenheit der Oberbürgermeisterin und weiterer Poli- tiker der lokalen CDU-Organisation eröffnet worden. In Halle überstimmte der Stadtrat die Haltung des dortigen Oberbürgermeisters (CDU), der sich dagegen zu sperren gesucht hatte, die Ausstellung in die Stadt zu holen. Mehrfach diskutiert wurde die Frage, in welcher deutschen Stadt sie einen ständigen Platz erhalten könnte. Ein Antrag der PDS-Fraktion, die Ausstellung dauernd in Potsdam zu beherbergen, scheiterte im Stadtparlament In- zwischen ist von gleicher Seite eine Initiative für Berlin ergriffen worden, über die bisher nicht entschieden wurde.

¹¹ Zur Eröffnung der Ausstellung in Frankfurt/M. sprach in der Paulskirche u. a. Jan Philipp Reemtsma. Den Text seiner Rede, die Absichten der Ausstellung klarstellt und deren Wirkungen zwischenbilanziert, s. in: „Frankfurter Rundschau“, 15. April 1997. Im weiteren Sinne zur Arbeit des Hamburger Instituts für Sozialforschung s. „Auf spezifische Weise ratlos und verstört“. Interview mit Reemtsma, in: „Freitag“, 21. März 1997. Hannes Heer

untergeordnete Rolle spielt, ob die Politiker, die das Wort nahmen, populistisch nach der Volksstimmung und ihren Wählern schielen oder ob auch sie tatsächlich „gefehlt“ haben, als die Geschichte des zweiten Weltkriegs an Schulen, Universitäten, in der wissenschaftlichen wie in der „schönen“ Literatur dargestellt, auf Bühnen und in Filmen wieder und wieder abgebildet wurde. Mitverantwortlich sind Politik und Politiker für die geistigen Zustände in deutschen Landen allemal.

Das gilt nicht minder für die Historiker, von denen einige mit dem noch näher zu betrachtenden Feldzeichen der „Differenzierung“ sich ebenfalls auf den Kampfplatz begeben und die Ausstellung attackiert haben. Der Stuttgarter Historiker Eberhard Jäckel, dabei ausdrücklich auf seine Berufspflicht Bezug nehmend, hat sich gegen „gewisse simple und eingängige Interpretationen“ gewandt, der Wehrmacht eine „kollektive“ Unschuld attestiert. Dies wird mit der generalisierenden Behauptung verbunden, „Kollektive können nicht schuldig sein“; eine Unterscheidung zwischen juristischer und historischer Schuld wird nicht vorgenommen. Hitler, so seine Sicht, war ein „Verbrecher“, der Staat, an dessen Spitze er stand, „verbrecherisch“, und dann seien „natürlich und selbstverständlich alle Teile des Staatsapparats da hineingezogen worden.“¹² Jäckel geht es [9:] nicht mehr nur um das Bild der Wehrmacht, sondern des Staates insgesamt und seiner Bürger. Mit einem Rückgriff auf das Ergebnis der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 (und das Resultat des 5. März 1933 ebenso ignorierend wie die massenhaften Beweise ihrer Einstellung zum Regime in den folgenden Jahren) erklärte Jäckel, „zwei Drittel aller Deutschen haben für die NSDAP niemals ihre Stimme abgegeben“.¹³ Es liegt zutage, daß in einem Augenblick, da nicht nur die geistige Nähe von Millionen Deutschen zum faschistischen System, sondern vor allem ihre praktische Rolle als Zivilisten und als Angehörige militärischer Formationen konkret wie selten zuvor in Rede gekommen ist, hier mit dem Anspruch intimer Geschichtskennntnis und penibler Fakteninterpretation der Versuch unternommen wird, die vorgebliche Distanz zu behaupten. So erweist sich, daß der Streit zwar in erster Linie um die Wehrmacht geführt wird, jedoch die ganze Geschichte der Jahre von 1933 bis 1945 betrifft. Unbeschädigt bleiben soll das gedanklich wie im Hinblick auf die gegenwärtige politische Parteinahme gleichermaßen bequeme Bild von den „Hineingezogenen“ oder „von der ehrbaren Wehrmacht“, welche den „kranken Plänen eines irren Führers folgte“.¹⁴

2. Von Tapferen und von Feiglingen

Der erste Präsident der Bundesrepublik Theodor Heuß, der selbst manche Aktie an der Vernebelung der deutschen Vergangenheit besitzt – man denke nur an seine nach seiner Amtszeit 1961 gehaltene Rede anlässlich des 150-jährigen Jubiläums der Kruppwerke in Essen¹⁵ –, forderte in einer Rede, die er zuvor in Bergen-Belsen hielt, die Deutschen zur „Tapferkeit“ gegenüber den bitteren Wahrheiten ihrer Geschichte auf.¹⁶ Dieser Appell läßt sich auch 1997 noch mit Nutzen bedenken, ja er scheint in jüngster Zeit geradezu an Gewicht noch zu gewinnen. Denn diejenigen Deutschen, die den Deserteur aus der Wehrmacht heute, wie es vor einem halben Jahrhundert die Militärrichter taten, „Feigheit vor dem Feind“ vorwerfen, bezeugen eine Haltung, die „Feigheit vor der Wahrheit“ genannt [10:] werden kann. Bis in das höchste deutsche Parlament ist es mit der Tapferkeit nicht eben weit her und Drückebergertum verbreitet, welches jenen unterstellt wird, die sich nicht länger zu Instrumenten eines verbrecherischen Regimes machen ließen.

äußerte sich zum gleichen Thema und zu den gegen ihn erhobenen Verdächtigungen in einem Interview „Mein Vater hat darüber nie gesprochen“, in: jW, 12./13. April 1997.

¹² Das geschah während der erwähnten Fernsehdiskussion, die sich an eine Sendereihe über „Hitlers Helfer“ anschloß, in der engste politische und militärische Mitführer Hitlers porträtiert worden waren, nicht aber Generalfeldmar-[9:]schall Wilhelm Keitel und Generaloberst Alfred Jodl, was angesichts des Streits um die Wehrmacht von besonderer Aktualität gewesen wäre. ZDF-Debatte, a. a. O., S. 26-27. S. auch: Peter Berger: Deckel hoch und runter. In: ND, 27. Februar 1997.

¹³ ZDF-Debatte, S. 26.

¹⁴ Die letzte Formulierung ist die Rudolf Augsteins. Zitiert in: Hermann L. Gremliza, a. a. O., S. 9.

¹⁵ Dazu: Kurt Pätzold, Weißwäsche für Krupp. In: ND, 4./5. Mai 1996.

¹⁶ Die Rede wurde am 30. November 1952 gehalten. Auszugsweise in: Theodor Heuß. Der Mann, das Werk, die Zeit. Eine Ausstellung. Hg. vom Theodor-Heuß-Archiv Stuttgart und dem Schiller-Nationalmuseum Marbach a. N. (1967), S. 347.

Damit ist das schwer erträgliche parlamentarische Geschwätz um das Verhalten einer Minderheit deutscher Soldaten erwähnt, das fraglos das Ganze betrifft und den Streit um die Wehrmacht auf eigenartige Weise beleuchtet. Gerhard Zwerenz, selbst ein Deserteur, hat den Abgeordneten des Bundestags, die den überfälligen Beschluß noch immer aufschieben und auf eine biologische Lösung spekulieren mögen, in einer einminütigen Rede gesagt: „Sie beglaubigen damit nichts anderes als die Marschbefehle der Wehrmacht. Sie legitimieren im nachhinein den deutschen Eroberungs- und Vernichtungskrieg.“¹⁷

Die Haltung des Deutschen Bundestags gegenüber den deutschen Deserteuren des zweiten Weltkriegs (und ihnen sind die Kriegsdienstverweigerer und „Wehrkraftzersetzer“ hinzuzurechnen) berührt das Leben von zwei- bis allenfalls dreihundert Menschen direkt. Sie kämpfen mit zu wenig öffentlicher Unterstützung und deshalb noch immer vergeblich darum, daß ihr Entschluß und ihre Tat, nicht länger an einem imperialistischen Eroberungs- und Vernichtungskrieg teilzunehmen, endlich als eine Handlung anerkannt wird, die ideell zu würdigen ist und materiell eine entsprechende Regelung ihrer Rentenansprüche verlangt.¹⁸ Der Deutsche Bundestag ist bis heute zu keiner Bereinigung dieses skandalösen Zustands gelangt. Dies hat seinen Grund nicht in einer ohnehin indiskutablen Rücksichtnahme auf die tagtäglich beschworene und tagtäglich verletzte Losung des Sparens. Die erforderlichen finanziellen Mittel könnten, wie treffend bemerkt worden ist, an die Lebenden und Hinterbliebenen aus der Portokasse bezahlt werden. Vielmehr verschließt sich eine Mehrheit der Abgeordneten einem konsequent-kritischen Bild von Faschismus und Krieg und befördert damit eine mehr oder weniger offene Herabsetzung der Deserteure.

[11:] Es gehört in diesen Zusammenhang und bildet die komplementäre Erscheinung zum Streit um die Naziwehrmacht, daß auch im Jahre 1996 den Deutschen, die von 1936 bis 1938 in den Internationalen Brigaden in Spanien kämpften, – als dort die europäische Hauptfront der Auseinandersetzung mit dem Faschismus verlief –, die Anerkennung versagt wird. Zur Veranstaltung, die anlässlich des 60. Jahrestag der Gründung dieser militärischen Einheiten in Berlin stattfand, sandte der Botschafter Spaniens in Bonn eine Begrüßung. Aber es erschien kein Vertreter der Bundesregierung. Der Historiker Wolfgang Wippermann hat das als „unanständig“ bezeichnet und gemeint, an diesem Tag und aus diesem Anlaß hätte das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik das Wort nehmen müssen.¹⁹

Im Unterschied dazu hat die Regierung in Paris den Interbrigadisten, gewiß auch spät genug, den Rang von Kriegsveteranen zuerkannt. Und die Regierung Spaniens hat ihnen ihre Staatsbürgerschaft angetragen und verliehen, was sich für die Deutschen auf die Übergabe von Ehrenurkunden reduzierte, da das deutsche Staatsbürgerrecht eine doppelte Staatsbürgerschaft nicht erlaubt.²⁰

Die regierenden deutschen Politiker haben so die Chance, das Bild des spanischen Bürgerkriegs und die Rolle von Deutschen auf den Schlachtfeldern der Halbinsel zu korrigieren, wieder vertan. Dabei gab es Grund genug für eine Wende. Daß es in Berlin-Zehlendorf eine Spanische Allee gibt, die ihren Namen- vordem hieß sie Wannseestraße – nach der Rückkehr der deutschen Interventionstruppe erhielt, gehört noch zu den harmlosesten Andenken an den deutschen Anteil bei der Vernichtung der spanischen Republik. Eine Hans-Beimler-Straße, benannt nach einem vor Madrid zu Tode gekommenen deutschen Interbrigadisten, aber durfte es in Berlin-Mitte nicht länger geben.²¹ Hingegen werden

¹⁷ Rede Gerhard Zwerenz'. Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 13. Wahlperiode, 104. Sitzung, 9. Mai 1996, S. 9182.

¹⁸ Inzwischen hat Ende April ein Antrag mit den Stimmen der Regierungsparteien und der SPD den Rechtsausschuß des Bundestages passiert, demzufolge die Opfer und ihren Angehörigen eine einmalige Zahlung von 7500.– DM erhalten sollen. Eine monatliche Rentenzahlung, wie von den Grünen beantragt, die sich auf 50 DM im Monat belaufen sollte, wird demnach nicht gewährt werden. Eine Einzelfallprüfung, welche die Umstände der Desertion feststellt, soll deshalb nicht erfolgen, weil sie praktisch nicht mehr möglich sei. Eine Entscheidung im Parlament soll im Mai erfolgen.

¹⁹ ND, 29. Oktober 1996.

²⁰ Es handelte sich um die späte Einlösung eines Versprechens, das der letzte Ministerpräsident der spanischen Republik den das Land verlassenden Interbrigadisten 1938 gegeben hatte. Ein entsprechender Beschluß wurde von der Regierung Spaniens unter Felipe Gonzales im November 1995 gefaßt. Über die Umstände der Verleihung 1996 s. „Nicht wir waren die Abenteurer“, in: „Freitag“, 29. November 1996.

²¹ Ihr neuer Name: Otto-Braun-Straße.

noch immer die von den deutschen Faschistenführern ausgeschickten Freiwilligen öffentlich in Schriften und auf andere – auch offizielle -Weise geehrt. Das gilt für den Flieger Johannes Trautloft, der in seinem Buch „Als Jagdflieger in Spanien“ geschrieben hatte: „Wohl nichts vermag den Soldaten tiefer zu befriedigen als der Anblick einer kopflosen, panischen Flucht des Feindes.“ Trautloft brachte es in der Bundeswehr bis zum Generalleutnant und [12:] Kommandierenden General. Höher noch, bis zum Generalinspekteur der Bundeswehr, stieg Heinz Trettner, der ebenfalls freiwilliger Angehöriger der deutsch-faschistischen „Legion Condor“ war. Das letzte gilt auch für Werner Mölders, den bei Beginn des zweiten Weltkriegs hochgefeierten und höchstdekorierten Jagdflieger, den Namensgeber zweier Bundeswehrkasernen und eines Kriegsschiffes der Bundesmarine. Drei Kasernen der Bundeswehr sind bis heute nach Hitlers Vorzeigegeneral aus dem ersten Weltkrieg benannt, nach August von Mackensen, der 1944 einen aufpeitschenden Aufruf an die deutsche Jugend zeichnete und sich so an seinem 95. Geburtstag Mitschuld am Tod von Halbwüchsigen und Kindern direkt auflud.²² Längst wäre es an der Zeit, um ein von Victor Klemperer für die deutsche Nachkriegssituation mehrfach gebrauchtes Wort auf die Traditionspflege der Bundeswehr anzuwenden, „auszumisten“ und einer demokratisch-republikanischen Geschichtsbetrachtung Bahn zu schaffen. Davon ist nicht die Rede.

Unser Thema – das sollte der Verweis auf die „Deserteur“-Debatte exemplarisch ebenso zeigen wie der auf den Umgang mit den Interbrigadisten des Spanischen Bürgerkriegs – betrifft also keineswegs und nicht einmal in erster Linie Ansichten und Meinungen aus jenen politischen Randgruppen der äußersten Rechten, die sich auch durch Fahnen kenntlich machen, die Kriegsflaggen der Wehrmacht gleichen oder zum Verwechseln ähnlich sind. Der Streit um die Wehrmacht wird in der Mitte der Gesellschaft geführt, und Positionen der Unwahrhaftigkeit werden von Personen verfochten, die sich als musterhafte Demokraten verstehen und brüsten.

In der deutschen Gegenwart lebt so eine Auseinandersetzung fort, die eine lange Geschichte besitzt. Sie kann bis in das Jahr 1918 zurückverfolgt werden. Am Ende des ersten Weltkrieges standen die Deutschen schon einmal vor der Notwendigkeit, sich mit dem Charakter eines Krieges geistig auseinanderzusetzen, den Millionen von ihnen in den Streitkräften – damals des kaiserlichen Heeres – begeistert und dann stur geführt hatten. Damals siegten Fremd- und Selbsttäuschung in einer nicht zu sondernden Mischung. Das ist eine Erfahrung, die warnen könnte. Die Lesart von Geschichte, derzufolge Deutschland 1914 von Feinden rings umgeben gewesen sei, sich tapfer gegen die Übermacht gewehrt habe, ihr ehrenvoll unterlegen wäre („im Felde unbesiegt“), ja nur wegen der Unzuverlässigkeit des Hinterlandes hätte kapitulieren müssen („Dolchstoß in den Rücken der Front“), war bequem. Ihre Schlußfolgerung lautete, daß da noch eine Rechnung unbeglichen sei. Sie ist den Deutschen selbst schlecht bekommen.

[13:] Diese seinerzeitige Verklärung des imperialistischen Krieges von 1914 bis 1918 hat selbst die zweite Nachkriegszeit vielfach überstanden. Das läßt sich an Inschriften auf Kriegerdenkmälern lesen, auf Tafeln in Kirchen und Gedenkstätten. Da kehren Floskeln vom Tod fürs Vaterland in vielen Variationen wieder. Die Verfechter der Wahrheit aber, die besagte, daß das deutsche Kaiserreich einen von seinen Eliten gewollten, vorbereiteten und bis in die Katastrophe getriebenen Krieg führte, hatten schon in der Weimarer Republik Verfolgungen zu erleiden und bereits vor dem 30. Januar 1933 verloren. Zwar konnten sie zeitweilig eine beträchtliche Minderheit erreichen, doch die Mehrheit des Volkes glaubte der Kriegsunschuldflüge der führenden deutschen Politiker und Militärs bereits. Als die faschistische Diktatur errichtet wurde, war so ihren militärischen Plänen bereits geistig weit vorgearbeitet. Das war kein ungewolltes Resultat des Wirkens der Militärbefehlshaber, die in den Jahren der Republik an der Spitze der Reichswehr standen. Sie taten, was in ihrer Macht stand, „damit Wehr und Volk eines Tages bereit seien“.²³

Geschmäht und bekämpft worden waren nicht nur die antimilitaristischen und pazifistischen Arbeiterorganisationen, sondern auch bürgerliche Kriegsgegner, die in Kleingruppen und als Einzelne

²² Mölders; Mackensen und Co“ in: jW, 26./27. Oktober 1996.

²³ Thilo Vogelsang, Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930-1933. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1954, S. 408.

gegen den Militarismus kämpften. Es genügt, an den „Weltbühnen“-Prozeß gegen Carl von Ossietzky zu erinnern. Und diese Erinnerung führt sogleich wieder vom Weimarer in den heutigen deutschen Staat. Denn in ihm mußten lange Zeit vergebliche Anstrengungen unternommen werden, bevor eine Universität – die in Oldenburg – den Namen des Friedensnobelpreisträgers und Opfers des Faschismus erhalten konnte.

3. Ein Lug- und Zerrbild

Heute nun wird wieder ein Lug- und Zerrbild der eigenen Militärgeschichte in die deutsche Gesellschaft getragen, in ihr wachgehalten oder erneuert. Anstrengungen, die darauf zielen, reihen sich wie eine lange Kette aneinander. Nicht alle hatten Erfolg. Das trifft etwa auf die Absicht zu, den 50. Jahrestag des ersten Abschusses einer V2-Rakete in Peenemünde auf der Insel Usedom zu feiern.²⁴ Auch die Mitgliederversammlung der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger e.V.“, die im Oktober 1996 in Dresden stattfand, verlief infolge vielfacher Proteste nicht nach dem ursprünglichen Programm. Zwar war sie vom Befehlshaber des Wehrkreises VII (Dresden) und Kommandeur der 13. Panzerdivision, [14:] Generalmajor Michael von Scotti, in der- wie er formulierte – „altehrwürdigen Residenz- und Garnisonsstadt“ freudig bewillkommen worden, doch hielten es manche Politiker – so auch der Oberbürgermeister der Stadt- mit Rücksicht auf ihr Ansehen in der Bevölkerung für besser, sich dem Treffen fernzuhalten. Indessen scheiterte der Versuch, eine gemeinsame Erklärung aller Stadtratsfraktionen zum Auftauchen der ungeladenen Gäste zustande zu bringen, am Widerstand der Christdemokraten.²⁵

Zurückweisungen, wie sie die „Helden“ mit dem Ritterkreuz erfuhren, bilden indessen eher die Ausnahme. Hunderttausende besuchen alljährlich das Marineehrenmal in Laboe²⁶ nahe Kiel und stehen protestlos vor den riesenhaften Lettern „Sie starben für uns“. Bisher erfolglos haben Einzelne und Organisationen die Ersetzung der Dauerausstellung über die deutsche Seekriegsgeschichte (denn mit einer Teilreparatur ist es nicht getan) verlangt, in der auch der Überfall auf Dänemark und Norwegen als eine Maßnahme zur Verteidigung Deutschlands hingestellt wird. Der Eigentümer des Monumentaldenkmals, der Deutsche Marinebund e. V.“ blockiert den Abschied von Legenden, Verdrehungen und blanken Lügen.

Zwar mit anderen Mitteln als es auf dem Boden Schleswig-Holsteins geschieht, wirkt in Bayern eine Gesellschaft für Münzeditionen doch in die gleiche Richtung. Sie gab eine „Edition 175 Jahre Eisernes Kreuz“ heraus und nennt sie eine einzigartige Ehrenchronik „über die soldatische Geschichte einer großen deutschen Epoche“. In der auf Käuferwerbung zielenden Begleitschrift heißt es: „Hohe Militärs und einfache Soldaten, große Strategen und kühne Helden erhielten als Dank des Vaterlandes für vorbildliche Tapferkeit und selbstlose Pflichterfüllung das Eisernes Kreuz, ewiges Symbol des Ruhmes und der Ehre deutschen Soldatentums.“²⁷ Für diese Lesart zeichnet ein als renommierter Historiker vorgestellter Berater mitverantwortlich. So begegnet uns an vielen Orten der Geist, aus dem die Proteste gegen die Wehrmachtausstellung ebenso herkommen wie die Herabsetzung der Deserteure.

4. Zum Beispiel: Bremen

Das hat der in Bremen erscheinende „Weser-Kurier“ dadurch zutage gebracht, daß seine Redaktion über Wochen und lange vor dem gedachten [15:] Termin der Eröffnung der Ausstellung die Spalten der Zeitung für Leserzuschriften²⁸ öffnete, die ein Panorama des Geschichtsdenkens über den zweiten Weltkrieg geben. Die Bürger der Stadt, die sich für die Ausstellung aussprachen, taten das mit

²⁴ S. dazu das Interview des Militärhistorikers Manfred Messerschmidt. In: „taz“, 29. Oktober 1992.

²⁵ S. die Berichte in: jW, 17. Oktober 1996 und in: ND, 18. Oktober 1996.

²⁶ Dessen Geschichte wurde kürzlich in einer von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Kiel angenommen Dissertation in einem Stil ausgebreitet, der jedem Buchhalter Ehre machen würde. Diese Schrift (Thorstent Pange: Das Marine-Ehrenmal in Laboe, Geschichte eines Nationalsymbols) hat der Deutsche Marinebund e. V. 1996 im Druck herausgegeben.

²⁷ S. auch: Kurt Pätzold: in Eichentruhe und auf Samt in: ND, 22. Oktober 1996.

²⁸ Die im folgenden zitierten Passagen finden sich in den Ausgaben vom 13., 19., 21., 22. und 28. November 1996.

Argumenten. Sie hoben vor allem hervor, daß man sich der Wahrheit zu stellen habe, und merkten an, daß Verurteilungen und Angriffe vielfach aus blanker Kenntnislosigkeit über den Inhalt der Ausstellung herrührten und sich auf das Vorurteil gründeten, sie erkläre jeden deutschen Soldaten zum Verbrecher. Das half jedoch wenig. Die einen wollten die Ausstellung am liebsten vernichtet sehen, andere sie wenigstens an einem Ort außerhalb des Rathauses marginalisieren. Für das letzte wurde auch das „Stuttgarter Beispiel“ zitiert – dort war das ursprünglich vorgesehene Landtagsgebäude verweigert worden.

Es lohnt, die ablehnenden Begründungen zu analysieren. *Erstens* drückte sich in Leserbriefen ein verständliches, aber zugleich verbildetes Interesse aus, das Andenken an tote Verwandte unbeschädigt zu bewahren. Es äußerte sich naiv in einer Zuschrift mit den Worten: „Meine Mutter hat immer beteuert, daß alle drei (die Rede ist vom Vater und den Brüdern dieser Mutter – K. P.) nie auf einen Menschen hätten schießen können.“²⁹ Das Zeugnis schließt mit der Forderung: „Laßt doch endlich einmal die Toten ruhen!“ In diesem Appell zur Pietät dominieren Emotionen, gegen die Argumente meist machtlos bleiben. Das Denken derer, die solche Einwände und Appelle vortragen, befindet sich im Grunde noch immer auf dem Niveau der Zeitungsannoncen, mit denen der Kriegstod eines Angehörigen mitgeteilt wurde. Da ließ – es ist ein beliebig herausgegriffenes Beispiel - die Ehefrau eines Oberwachtmeisters in einem längeren Text drucken: „Seine Kompanie verliert ihren besten Fernsprechzugführer, sein Chef einen persönlichen, aufrichtigen Kameraden“. Politischer, aber in die gleiche Richtung weisend, lautet die Forderung eines anderen Teilnehmers an der Zeitungsdebatte in Bremen: „Nach 50 Jahren muß endlich einmal Schluß sein mit dem Aufreißen alter Wunden.“ Hier muß angemerkt werden: Es gehört zu den Tricks derer, die sich gegen den redlichen Umgang mit geschichtlichen Tatsachen sperren, daß sie diejenigen, die ihn für unumgänglich halten, in doppeltem Sinne als Friedensstörer denunzieren. Angeblich würden sie den Frieden der Toten wie den [16:] unter den Lebenden stören. Diese Verdrehung erreicht ihren Gipfel, wenn eine der Gruppen, die derzeit gegen die Ausstellung mobil macht, unter der Bezeichnung „Friedenskomitee 2000“ firmiert.

Zweitens wiederholt sich in den Briefen die Behauptung, die deutschen Soldaten und Offiziere hätten von 1939 bis 1945 einen Krieg geführt wie die Angehörigen der gegnerischen Streitkräfte auch und sich nicht anders verhalten, wie dies in Kriegen eben seit Jahrhunderten geschah und geschieht. Von allen Seiten seien Kriegsverbrechen begangen worden, „sicher auch von deutschen Wehrmachtangehörigen.“ Eine andere Äußerung gibt einen Satz Richard von Weizsäckers wieder: „Ohne Zweifel hat es auch innerhalb der Wehrmachtverantwortung (sic!) schwere Verbrechen gegeben.“ Der sprachliche Umgang mit den Tatsachen ist ebenso interessant wie verräterisch: „Ohne Zweifel“ – das erweckt den Eindruck von Bekennturn oder gar -mut, als ob fünf Jahrzehnte nach dem Kriegsende überhaupt ein Grund vorläge, einen Zweifel in Rede zu bringen. Und das Wörtchen „auch“ öffnet das Tor zur gewünschten Relativierung. Es verweist auf die anderen, die SS mit ihren Einsatzgruppen und Verfügungstruppen oder aber sogleich auf die „Feindseite“.

Drittens schließen sich dieser Herangehensweise Leserbriefautoren unumwunden an, die direkt verlangen, eine Ausstellung der Verbrechen aller Kriegsteilnehmer zu veranstalten und nur sie heutzutage überhaupt für gerechtfertigt erklären. Welche Vorstellung sich damit verbindet, drückte ein anderer Bremer aus: „Die Völker haben sich durch Kriege genommen, was sie nicht besaßen und durch Kriege verteidigt, was sie besaßen und durch Kriege zurückgewonnen, was ihnen durch Kriege genommen wurde. Die ganze Menschheit gehörte demnach an den Pranger.“ Die Schlußfolgerung ist klar: Was regt Ihr Euch da auf, so ist eben der Gang der Welt.

Viertens wenden viele ein, die Ausstellung gäbe ein ganz einseitiges und also falsches, ungerechtes Bild von der deutschen Wehrmacht. Nun haben die Urheber gar nicht in Anspruch genommen, ein Totalbild zu liefern. Doch diese Zuschriften provozieren den Gedanken, wie eine solche Ausstellung

²⁹ Die neonazistischen Gegner der Ausstellung haben diese Stimmungen aufgegriffen, operieren mit der nicht erhobenen Beschuldigung, die Wehrmachtangehörigen seien ausschließlich Killer gewesen und ließen beispielsweise am 1. März 1997 in München ihre Marschierer unter anderem mit Plakaten werben, auf denen erklärt wird: „Unsere Großväter waren keine Verbrecher.“

wohl aussehen, welche Tatsachen welchen anderen Fakten gegenübergestellt werden könnten? Da schreibt ein Bremer, die einheimische Bevölkerung habe in der Ukraine ein so gutes Verhältnis zur Einheit seines Vaters gehabt, daß sie selbst zu dessen Beerdigung erschienen wäre. Die Episode erscheint dem Leserbriefschreiber als „Beispiel von vielen, wie wir Soldaten mit der Bevölkerung (der besetzten Länder – K. P.) gelebt und gelitten haben.“ Ja, in einer auf das Ganze zielenden Ausstellung ließen sich auch die Wehrmachtbordelle in Frankreich und in anderen besetzten Staaten dokumentieren. Doch was würde dies und [17:] was würde der deutsche Soldat, der irgendwo einem Bauern bei der Feldarbeit im okkupierten Land zur Hand ging, daran ändern, daß diese Wehrmacht Europa auch kahlgefressen hat und auf diese Weise am Hungern und Verhungern von Menschen tagtäglich beteiligt war? Was würde der Hinweis auf die Rettung von Kunstschätzen im italienischen Monte Casino³⁰ vor den Luftangriffen der Kriegsgegner besagen gegenüber der massenhaften Zerstörung von Kathedralen, Kirchen und ungezählten sakralen und profanen Bauten, Gemälden und Skulpturen?

Fünftens wird dazu aufgerufen, gegen das Vorhaben aufzustehen. „Noch nie hat eine Nation solche Selbstbeschimpfung zugelassen.“ Eine andere Stimme konstatiert: „Meisterschaft in Selbsterfleischung: Welches Volk tut es uns gleich?“ Und noch schärfer: „Meines Wissens gibt es kein Land auf dieser Erde – außer Deutschland – wo die eigenen Soldaten derartig in den Schmutz getreten werden.“ Mit dieser Ausstellung würden, heißt es vom Thema ganz abweichend, die Verdienste der Aufbaugeneration „kaputtgeredet.“ Eine bei Thomas Mann belesene Bremerin zitiert aus dessen „Betrachtungen eines Unpolitischen“ das Folgende, auf den ersten Weltkrieg Gemünzte: „Die Tatsache besteht, daß die deutsche Selbstkritik bössartiger, radikaler, gehässiger ist, als die jeden anderen Volkes ... eine zügellose Herabsetzung des eigenen Landes nebst inbrünstiger, kritikloser Verehrung anderer.“ Das sind allesamt mehr oder weniger unverblühte Aufrufe zum Handeln.

Sechstens bedienen sich Ausstellungsgegner einer Methode, mit der sie jeder sachlichen Auseinandersetzung ausweichen. Sie nehmen Initiatoren, Urheber und Befürworter der Ausstellung ins Visier. So ergibt sich ein Blick auf das, was in Deutschland mitunter auch „Streitkultur“ genannt wird. Die erste Zielscheibe – das mag auch mit der räumlichen Nähe von Bremen und Hamburg zusammenhängen – ist Jan Philipp Reemtsma, aus dessen finanziellen Mitteln die Arbeit des Hamburger Instituts gespeist wird, das die Ausstellung anfertigte. Gefragt wird: „Und Herr Reemtsma? Ich unterstelle ihm nichts Unehrenhaftes. Aber wurde seine Familie nicht noch reicher durch die großen Zigarettenlieferungen an die Wehrmacht und die Waffen-SS?“ (Ganz ähnlich ließ sich jüngst auch der Vorsitzende der Christlich-Sozialen in München hören, der Reemtsma riet, er möge eine Ausstellung machen, deren Thema die „Toten und Verletzten“ seien, „die der Tabak angerichtet hat, den er verkauft hat“.) Ein anderer Schreiber denunziert im „Weser-Kurier“ offen: „Meines Erachtens soll mit der Ausstellung schlicht linke Politik gemacht werden [18:] (man beachte die Lebensläufe der Herren Reemtsma und Heer!)“ Und da solcher Verdächtigung auch Wissenschaftler des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, früher Freiburg, jetzt Potsdam, mit ihren Forschungen und Aussagen im Wege stehen, wird auch ihnen lautere Absicht ab- und der Versuch der Unterminierung von Staat und Gesellschaft zugesprochen: „Der Verweis auf vermeintlich (sic!) angesehene Wissenschaftler des MGFA ist wenig hilfreich, wenn man Kenntnis davon hat, daß hier ehemals ‚Rote Zellen‘ existiert haben, die ideologische Forschung betrieben haben.“ Der schon zitierte Münchener Vorsitzende der Christlich-Sozialen ging noch einen Schritt weiter, als er die Urheber des Vorsatzes zieht, sie wollten mit ihrem „Tribunal“ von den Untaten der Linken ablenken.³¹ Den Autoren der Ausstellung wird schließlich unterstellt, sie hätten gewartet, bis die Kriegsgeneration „dezimiert“ sei und sie der ohnehin einseitig unterrichteten Nachkriegsgeneration nur noch unter wenig Protest „diese Diffamierung besser zu schlucken“ geben könnten.

Siebtens: Bemerkenswert ist auch die ohne Pendant anzutreffende Zuschrift eines Pragmatikers, der offenkundig Sympathien für die Sozialdemokratie hegt. Er erinnerte deren heutige Funktionäre

³⁰ Darauf wies ein Oberst im Führungsstab der Bundeswehr in einer Diskussion in München, die im Zusammenhang mit der Ausstellung stattfand, ausdrücklich hin. Soldaten könnten Mörder werden. In: jW, 21. März 1997.

³¹ Im „braunen Bündnis“ gegen Wehrmachtskritik. In: ND, 21. Februar 1997. S. auch: Propagandaschlacht in München. In: jW, 20. Februar 1997.

in Bremen daran, daß ihre Vorgänger alsbald nach Kriegsende im „Vorwärts“ ein Gedicht veröffentlicht hätten, in dessen Versen es heißt: „... sie waren an Wolga und Don, sie haben geraubt und gestohlen und wissen jetzt gar nichts davon.“ Daraufhin hätten Arbeiter die Sozialdemokraten nicht gewählt. Nun sollten die Nachfahren nicht den gleichen Fehler machen und derart Wähler verspielen.

Achtens verrät in einigen Fällen allein ein einziges Wort, in welcher geistigen Welt die Autoren sich noch immer bewegen. Da wird in einer Zuschrift dagegen protestiert, „jeden Partisanen-Häuptling zum Freiheitskämpfer hochzustilisieren“, und in einer anderen formuliert, die deutschen Soldaten hätten an „einer fast 2000 km langen Frontlinie im Überlebenskampf gestanden“. Das ist die Sprache der PK (= Propagandakompanien)-Berichtersteller und der Wehrmachtberichte.

Die Juristin und Rechtswissenschaftlerin Jutta Limbach sprach 1995, auf die Situation des unmittelbaren Nachkriegs und die Deutschen zurückblickend, davon, es habe damals eine „unterentwickelte Wahrheitsliebe“ gegeben.³² Das ist eine wahrlich akademische und schön verträgliche Formulierung. In einer Rede im Bundestag hat dessen Präsidentin im vergangenen Jahr mit Bezug auf die deutsche Geschichte ebenfalls in einem [19:] Rückblick schlicht gesagt: „Wir haben dazugelernt.“³³ Das war nicht nur auf die Abgeordneten gemünzt, sondern – wie bei Volksvertretern gang und gäbe – auf das ganze Volk. Die Aussage kann in dieser Absolutheit durch das Konvolut dieser Briefe von Bürgern einer deutschen Stadt, die sich nicht zu den verschlafenen zählen muß, nicht gestützt werden.³⁴ Der Streit um den Ausstellungsort wurde in Bremen auf Verlangen der Christdemokraten übrigens im Koalitionsausschuß fortgesetzt.³⁵ In ihm kam es zu einem Kompromiß. Die Ausstellung wird im Mai 1997 in der unteren Halle des Rathauses gezeigt werden, doch soll ihr eine weitere bald folgen, die sich mit dem Widerstand von Wehrmichtsangehörigen befassen wird. Zudem ist vorgesehen, daß begleitende Texte außerhalb der Ausstellung pauschalisierende Urteile zurückweisen.³⁶

5. „Musketier Meier III“

Die deutsche Wehrmacht, später großdeutsche Wehrmacht genannt, datiert vom 15. März 1935, als die Reichsregierung kraft des ihr erteilten Ermächtigungsgesetzes beschloß, die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen. Im Oktober des gleichen Jahres rückten die auf der Grundlage dieses Gesetzes eingezogenen Rekruten in die Kasernen, im Gleichschritt, in Zivil, mit den „Persilkartons“ in den Händen. Das Ereignis wurde gefeiert. Die Propaganda erklärte es als Akt der „Wiedererlangung der Wehrhoheit“. Wiederum sei eine der „Ketten von Versailles“ zerrissen. [20:] Ein erheblicher Teil der Deutschen begrüßte diesen entscheidenden Schritt der Militarisierung – den entscheidenden, denn ohne ein Massenheer wäre der Zweite Weltkrieg nicht zu beginnen gewesen. Doch die wenigsten glaubten, daß nur viereinhalb Jahre bis zu dessen Beginn vergehen würden. Männer der älteren Weltkriegsgeneration meinten, es würde den jungen „Burschen“ gut tun, wie einst sie, Zucht und Ordnung zu lernen. Andere glaubten den Phrasen von der „Volksgemeinschaft“, die sich nun darin äußern würde, daß der Sohn des Generaldirektors und der des Arbeiters in einem Glied standen. In den folgenden Jahren liefen die Deutschen zu Hunderten und Tausenden in die Kasernen und zu anderen militärischen Einrichtungen, um sich die neuen Waffen und deren Vorführung anzusehen

³² „Tribüne“ (Frankfurt/M.), 3. Quartal 1995, Heft 135, S. 32.

³³ Rede Rita Süßmuths. Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 13. Wahlperiode, 104. Sitzung, 9. Mai 1996, S. 9077. Ein von Abgeordneten des Parlaments unterbreiteter Vorschlag, die Ausstellung im Foyer des Bundestages in Bonn zu zeigen, wurde von der Präsidentin kürzlich unter Hinweis auf deren polarisierende Wirkung abgelehnt. Inzwischen hat sich auch die Mehrheit des Parlaments nach einer Debatte dieser Haltung angeschlossen. Daraufhin wurde von der sozialdemokratischen Oberbürgermeisterin von Bonn erklärt, sie werde sich für die Unterbringung der Ausstellung in einem geeigneten Gebäude der Stadt verwenden.

³⁴ Die Diskussion ist in Bremen, wo die Ausstellung erst im Mai 1997 gezeigt werden soll, nicht beendet. Inzwischen wurde sie auch im Fernsehen unter Beteiligung des Bürgermeisters Hennig Scherf geführt. Einen Kommentar dazu gab Kari-Heinz Hansen, Freier Fall. In: „Konkret“, 1997, Heft 2, S. 53. Kürzlich fand zudem in Bremen eine „Fachtagung“ statt, die sich zum Wert der Ausstellung äußerte. An ihr nahmen u. a. die Historiker Hans-Adolf Jacobsen (Bonn) und Günther Gillessen (Freiburg) sowie einstige Offiziere der Wehrmacht (ein Generaloberstabsarzt) und der Bundeswehr (ein Generalmajor) teil. „Münchener Merkur“, 27. Februar 1997.

³⁵ S. Alte Kameraden mobilisieren. Fachtagung in Bremen versammelt vor allem Gegner. In: ND, 28. Februar 1997.

³⁶ Fauler Kompromiß um die Wehrmacht. In: jW, 6. März 1997.

und drängten sich um die Gulaschkanonen, um den Erbseneintopf zu löffeln. Wiederum Tausende besuchten die Kinos, in denen nicht nur Streifen gezeigt wurden, die Episoden des ersten Weltkriegs verherrlichten, sondern ebenso das überaus lustige Soldatenleben in Friedenszeiten unterhaltsam darboten. Schon mancher Filmtitel wie etwa „Musketier Meier III“ ließ die Absicht erkennen, keinen Gedanken an einen neuen Krieg aufkommen zu lassen. Die Deutschen hatten wieder ihre „schmucken Soldaten“, „Platzkonzerte“ usw. Von den damals eingezogenen Jahrgängen junger Deutscher überlebte nur eine Minderheit den zweiten Weltkrieg unversehrt. Die meisten starben oder kehrten mit mehr oder weniger schweren Verletzungen und Schädigungen aus Krieg und Gefangenschaft zurück.

Der Aufbau der Wehrmacht ging mit einer aufwendigen, aber ebenso plumpen wie wirkungsvollen Friedensdemagogie einher. Hitler selbst machte sich wiederholt zum Sprecher reinsten Friedensliebe. Er kenne den Krieg als einfacher „Meldegänger“ und also könne niemand glauben, daß er wieder einen wolle. Zudem: Deutschland hätte keine Ansprüche, so hieß es anfangs. Es wolle sich nur in den Stand setzen, sich zu verteidigen. Dabei konnte nicht gesagt werden, wer von seinen Nachbarn es bedrohte. Das Lügengespinnst zu zerreißen, war in Deutschland nur durch illegale Arbeit möglich. Sie bedeutete einen Kampf unter der Drohung des Konzentrationslagers und des Fallbeils.

Doch auch im Ausland geschah von offizieller Seite wenig oder nichts, den Europäern die Gefahr zu signalisieren. im Gegenteil: Großbritannien schloß wenige Wochen nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht mit Deutschland jenes Flottenabkommen, das einen wichtigen Teil der deutschen Aufrüstung legalisierte und eine maritime Aufrüstung erlaubte, die auf Jahre hinaus die deutschen Werftkapazitäten überforderte. Der einseitige Schritt der Regierung in London war auch ein politisch-diplomatischer Torpedo gegen die sich anbahnende Korrektur des französisch-sowjetischen Verhältnisses und die Politik der kollektiven Sicherheit.

[21:] Anfang 1936 trat die Wehrmacht das erste Mal in Aktion. Sie liquidierte die entmilitarisierte Zone vor den Grenzen zu Frankreich und Belgien und schuf sich den Aufmarschraum, von dem aus vier Jahre später der Einfall in die beiden Nachbarstaaten unternommen wurde. Der Coup erfolgte unter Ausnutzung eines Krieges im fernen Osten Afrikas, denn der italienische Überfall auf Abessinien hatte Spannungen zwischen den drei wichtigsten Signatarmächten des Versailler Vertrags – Großbritannien, Frankreich und Italien – ausgelöst. Ihre Antwort auf den Schritt der Hitlerregierung reduzierte sich auf ein diplomatisches Papier. Es erzeugte und hinterließ in Berlin keinerlei Eindruck.

Von 1938 an wurde die Wehrmacht zum Hauptinstrument der Außenpolitik. Im März marschierte sie in Österreich ein. Der Jubel des „Blumenfeldzugs“ verdeckte, daß das faschistische Deutschland einen ersten europäischen Staat im Handstreich liquidierte und daraus weitere Kräfte auf dem Weg in den Krieg sog. Im Oktober, gedeckt vom Münchener Abkommen, erfolgte der erste Schritt zur Zerschlagung der Tschechoslowakei, im März 1939 unter Bruch dieses Abkommens der zweite, die Liquidierung des Reststaats. Der Doppelschlag gegen den Nachbarstaat war jeweils – wie kaum einem Deutschen entgehen konnte und von den Machthabern auch offen eingestanden wurde – mit dem Rasseln des Militärsäbels eingeleitet worden. Deshalb beschlich im September 1938 eine nennenswerte Zahl von Deutschen zum ersten Mal ein ungutes Gefühl. Doch die meisten beruhigten sich bei dem Gedanken, der „Führer“ werde seine Politik am Rande des Krieges entlang steuern. Gegen die erkennbar erpresserischen Methoden und die zu Tage liegende Verletzung des verkündeten Grundsatzes, nur von Deutschen besiedelte Gebiete zu beanspruchen, (Hitler: „Wir wollen gar keine Tschechen“) erhoben sich kaum Einwände. Die Wehrmattsangehörigen erhielten ihre Medaillen für die Eroberungen ohne Schuß.

6. Von der Ausgangs- zur Endlüge

Am 1. September 1939 waren die Illusionen verfliegen. Indessen glaubten nicht wenige Deutsche, daß ihnen nun ein Krieg „aufgezwungen“ worden sei. Das bildete die Ausgangslüge. Und welcher Jubel erhob sich über die ersten leicht errungenen Siege. Dem militärischen Triumph über Frankreich, den in diesem Ausmaß und Tempo niemand erwartet hatte, folgten hysterische Kundgebungen zur Begrüßung der heimkehrenden Truppen. Schon schien der Endsieg nahe, der Frieden greifbar. An Biertischen wurde über die Großzügigkeit der Kapitulationsbedingungen schwadroniert, die

Frankreich, dem „Erbfeind“, auferlegt wurden. Deutschland besaß nach von Richthofen und Mücke wieder seine umjubelten Kriegshelden, den U-Boot-Kommandanten Prien, den Gebirgsjärgergeneral Dietl, den [22:] Jagdflieger Mölders.

Die Deutschen hatten an den Kriegszügen und -siegen Geschmack gefunden, und die Wehrmacht stand in höchstem Ansehen. Wer fragte da noch nach Recht oder Unrecht? Wer scherte sich um das zerbombte Warschau und um Rotterdam? Wer um die Trümmer in Belgrad? Wer erschrak bei dem Haßwort vom Ausradieren der britischen Städte? Es war zu amüsant, den Krieg in Wochenschauen mitzuerleben: die lustigen Bilder von polnischen Juden, die angeblich das erste Mal lernten, körperlich zu arbeiten, die erhebenden von der Harmonie, die deutsche Besatzer mit den Einwohnern Frankreichs verband, die exotischen von den Soldaten des „Afrika-Korps“, die sich auf den stählernen Platten ihrer Panzer lachend und glückstrahlend Eier brieten. Das war doch ein ganz anderer Krieg als der von 1914-1918.

Dann kam der 22. Juni 1941, auf den die Schlachten vor Moskau und ein Jahr darauf bei Stalingrad folgten, welche die Kriegswende einleiteten. Im Herbst 1944 schlug der Krieg vollends, d. h. auch als Landkrieg auf Deutschland zurück. Die Alliierten erreichten die deutschen Grenzen. Bevor das 1918 geschehen war, hatten die Militärs insgeheim ihren Bankrott eingestanden und die Politiker des Kaiserreichs aufgefordert, den Weg zum Waffenstillstand und zum Frieden zu suchen. Diesmal fixierte sich die Generalität in ihrer Mehrheit an der Seite des politischen und militärischen Oberbefehlshabers auf die Fortführung des Kampfes auf deutschem Boden und bis „fünf Minuten nach 12“. So führte sie ihn – bis zum 8./9. Mai 1945. Bevor sie abtrat, verbreitete sie in ihrer letzten Verlautbarung die „Wehrmächtslegende“.

Das geschah mit dem Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht, ausgearbeitet am letzten Zufluchtsort im äußersten Nordzipfel des Reiches. Darin versuchten die Geschlagenen zu bestimmen, wie sie und ihre Untergebenen in die Geschichte eingehen würden. Verglichen mit den immer knapper formulierten Berichten aus den Vortagen entstand unter dem Datum des 9. Mai 1945 ein wortreiches Dokument.³⁷ Gefeierte wurde der Widerstand eingeschlossener Wehrmachttruppen in Kurland, an der Weichselmündung und auf der Frischen Nehrung in Ostpreußen. Bekanntgegeben wurde die zwei Tage zuvor erfolgte Kapitulation der Besatzung der „Festung“ Breslau. Gedacht wurde der Einheiten in den Atlantikstützpunkten, auf den Ägäischen Inseln und in Norwegen. Namentlich gerühmt wurden deutsche Generale als Führer ihrer Truppen. Nicht einen Anflug aufkommender Nachdenklichkeit ließ dieser Bericht erkennen.

[23:] Freilich: Die Legende, die am Ende des ersten Weltkriegs verbreitet worden war – „im Felde unbesiegt, aber vom Dolch in den Rücken getroffen“ – ließ sich angesichts der für jedermann wahrnehmbaren Tatsachen nicht noch einmal verbreiten. Dennoch wurde sogleich, wie nach 1918, an der Verherrlichung und Verklärung des Kriegsgeschehens gewirkt. Unvergänglicher Schlachtenruhm, die Wahrung der „Waffenehre des deutschen Soldaten“, das „fast sechsjährige heldenhafte Ringen“, einmalige und „unvergeßliche Leistungen“ – mit diesem Vokabular kennzeichnete das OKW den Krieg. Und das Fazit: An seinem Ende könne jeder deutsche Soldat aufrecht und stolz die Waffe aus der Hand legen. Das war die Ausgangslegende. So begann die apologetische deutsche Geschichtsschreibung über den zweiten Weltkrieg und die Rolle der Wehrmacht. Ihre Autoren waren Großadmiral und Hitler-Nachfolger Karl Dönitz, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, der Generaloberst Alfred Jodl und die Offiziere, der ihm unterstehenden Abteilung für Wehrmachtpropaganda

7. Anders als nach 1918

Aufrecht und stolz – das Gespinnst wurde zerrissen, als wenige Monate später der Internationale Gerichtshof in Nürnberg tagte und auf der Anklagebank auch fünf deutsche Militärs Platz nehmen mußten: die drei eben Erwähnten, mit ihnen der frühere Oberbefehlshaber der Kriegsmarine Erich Raeder und – auf Platz eins – der zweite Mann im Nazireich und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Hermann

³⁷ Die Wehrmachtberichte 1939-1945. Bd. 3: 1. Januar 1945 bis 9. Mai 1945, München 1985, S. 568-569.

Göring. Gegen drei von ihnen wurde die Todesstrafe ausgesprochen. In einem Falle lautete der Spruch „lebenslange Haft“. Nur Dönitz kam mit einer Zeitstrafe davon.

Das war erst der Auftakt der juristischen Auseinandersetzung mit der zivilen und militärischen Führerschaft des Regimes. Es folgten vor amerikanischen Gerichtshöfen im Rahmen der sog. zwölf Nürnberger Nachfolgeprozesse weitere Anklagen und Verurteilungen hochrangiger deutscher Militärs im sogenannten OKW-Prozeß. In dem auch als Fall XII bezeichneten Verfahren wurde Generalfeldmarschall Ritter von Leeb und weitere hohe Militärs angeklagt und am 27./28. Oktober 1948 wegen Verbrechen an Kriegführenden, Kriegsgefangenen und Zivilpersonen verurteilt.³⁸ Bereits zuvor war der sog. Fall VII, das Verfahren gegen die „Südost-Generale“ verhandelt und am 9. Februar 1948 mit Verurteilungen des General-[24:]feldmarschalls List und weiterer Offiziere wegen Plünderung, Raub und Geiselschießungen abgeschlossen worden. Andere Generale und Offiziere wurden in verschiedenen Staaten der Antihitlerkoalition vor Gerichte gestellt und abgeurteilt. Das dokumentarische Material, das in diesen Prozessen ausgebreitet wurde – seit 1947 sind das vollständige Protokoll und die vom Gericht herbeigezogenen Dokumente des ersten der Nürnberger Prozesse auch in deutscher Sprache zugänglich –, schien keinen Platz für eine Legendenbildung zu lassen. Indessen begann die Distanzierung von den Prozessen und deren Urteilen in der Bundesrepublik früh. Die Regierenden in Bonn setzten sich mit Erfolg für die Freilassung der Verurteilten ein. Geheimgehaltene Bemühungen, an denen der erste Bundespräsident und der erste Bundeskanzler beteiligt waren, richteten sich auch auf die vorzeitige Entlassung von Personen, deren Strafen aus dem Hauptkriegsverbrecherprozeß herührten. Am 9. September 1958 rechtfertigte der Bundesgerichtshof den Standpunkt der Regierung, die „aus grundsätzlichen Gründen ausländische Verurteilungen wegen angeblicher Kriegsverbrechen“ nicht anerkannte. Im Zeichen des kalten Krieges war es folgenlos möglich, die Entscheidungen der inzwischen entzweiten und verfeindeten Alliierten zu desavouieren. Mit dem Wort von den „angeblichen Kriegsverbrechen“ bezogen die Richter einen Standpunkt, der kürzlich auch in der Wochenzeitung „Die Zeit“ angetroffen werden konnte, als anläßlich des 50. Jahrestags des Urteils von Nürnberg von den „zehn sogenannten Hauptkriegsverbrechern“ geschrieben wurde.³⁹ Im vergangenen halben Jahrhundert haben dann Historiker in beiden deutschen Staaten, gewiß nicht im Gleichschritt, zu den von den Staatsanwälten der Alliierten und ihren Stäben sogleich nach Kriegsende beigebrachten Dokumenten massenhaft weitere gefunden und bekanntgemacht. Historiker in der Bundesrepublik, hier vor allem im Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg, und in der DDR, hier in erster Linie im Institut für Militärgeschichte in Potsdam und im Zentralinstitut für deutsche Geschichte an der Akademie der Wissenschaften, haben Berge von Tatsachen angehäuft und in z. T. vielgelesenen Monographien die Geschichte des „Ostkriegs“ gegen die UdSSR, darin die Besatzungspolitik und die Behandlung der Kriegsgefangenen dargestellt.⁴⁰ Zwei Namen [25:] seien stellvertretend für viele verdienstvolle Historiker genannt, weil sie zugleich als Organisatoren von

³⁸ Die umfassende Auswertung des Prozeßmaterials gab Jörg Friedrich mit einem Mitarbeiterkreis. Jörg Friedrich: Das Gesetz des Krieges. Das deutsche Heer in Rußland 1941 bis 1945. Der Prozeß gegen das Oberkommando der Wehrmacht, München 1993. Mit der Interpretation des Autors setzte sich kritisch auseinander: Werner Röhr: „Das Gesetz des Krieges“ und der Freispruch der Generale. In: ND, 1. September 1994.

³⁹ Ausführlicher dazu: Manfred Weißbecker: Das Nürnberger Urteil – rechte Zweifel und Eindeutigkeiten, ein halbes Jahrhundert später. In: „antifa“, 1996, Heft 12, S. 17-20.

⁴⁰ Christian Streit: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945, Stuttgart 1978; Alfred Streim: Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im Fall Barbarossa, Heidelberg 1981. S. auch: Omer Bartov: The Eastern Front 1941-1945. German Troops and the Barbarization of Warfare, London 1985. Diese und weitere Literaturangaben finden [25:] sich im Ausstellungskatalog (s. unsere Anm.) S. 220. Dort bleiben die Publikationen von DDR-Forschern – wie mittlerweile gängig – ebenfalls unerwähnt. Ausdrücklich sei verwiesen auf: Fall 7. Urteil, Anklageschrift, Dokumente und Materialien zum Geiselmordprozeß, hg. von Martin Zöller und Kazimierz Leszczynski, Berlin 1965; Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im zweiten Weltkrieg hg. und eingeleitet von Wolfgang Schumann, Berlin 1973; Okkupation-Raub-Vernichtung. Dokumente zur Besatzungspolitik der faschistischen Wehrmacht auf sowjetischem Territorium 1941-1944, hg. von Norbert Müller, Berlin 1980, sowie den ebenfalls von Norbert Müller herausgegebenen Band: Die faschistische Okkupationspolitik in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion (1941-1944), Berlin 1991. ((n der achtbändigen Dokumentenedition – s. die folgende Anm.)

Forschungsgruppen wirkten: der langjährigen Leitenden Historikers des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg, Manfred Messerschmidt, und Wolfgang Schumann, der viele Jahre die Abteilung zur Erforschung der Geschichte des zweiten Weltkrieges am Berliner Akademieinstitut leitete. Erst kürzlich erschien der abschließende Band einer Dokumenten-Edition, die er und Ludwig Nestler unter dem Titel „Europa unterm Hakenkreuz“ 1988 eröffnet hatten.⁴¹ Sie überdauerte die Zeit, in der von der DDR-Historiographie als einem bloßen politischen Legitimationsunternehmen geredet und geschrieben wurde. Zudem bezeugt sie, daß die inzwischen eingestandenen Verdienste sich keineswegs nur auf Themen längst vergangener Zeiten beziehen.

Es sei die Aufgabe des Gerichts, hatte einer der Juristen der Alliierten in Nürnberg während des Hauptkriegsverbrecher-Prozesses gesagt, unglaubliche Tatsachen durch glaubhafte Beweise ein für allemal festzustellen. In diesem Sinne wurde von Geschichtsforschern weitergearbeitet. Das schloß nicht aus, daß auch aus der Zukunft – bis 1990 beschränkt auf die Bundesrepublik in ihren alten Grenzen – einzelne Publikationen erschienen, die der Legendenbildung dienten oder ihr Vorschub leisten konnten. Ihre Autoren – wie z. B. die Verfechter der These vom Präventivkrieg gegen die UdSSR – blieben nicht einflußlos, denn die Presse nahm sich mitunter ihrer Erzeugnisse an. Aber in der Wissenschaft blieben sie Außenseiter und stießen auf entschiedenen Widerspruch.

8. Grunderkenntnisse

Nach alledem sind die Grundaussagen über die deutschen Streitkräfte im [26:] zweiten Weltkrieg fest gegründet. Sie lauten:

1. Die deutsche Wehrmacht war das Hauptinstrument eines imperialistischen Eroberungs- und Vernichtungskrieges, eines Krieges, der mit verbrecherischen Mitteln geführt wurde und sich auf verbrecherische Ziele richtete.
2. Die deutsche Wehrmacht war auf diesen – und auf keinen anderen – Krieg planmäßig vorbereitet worden. Die Militärführer wußten – die höchstgestellten u. a. direkt durch den Mund Hitlers –, daß es nicht um die Verfechtung nationaler Interessen, die Durchsetzung historisch zu rechtfertigender Ansprüche oder die Rettung bedrohter Deutscher im Ausland ging, sondern daß vom ersten Schlachtentag an um die Schaffung eines noch größeren Großdeutschland Krieg geführt werden sollte, für ein Ziel, das sich hinter der Formel vom „Lebensraum“ kaum verbarg.
3. Die deutsche Wehrmacht beging verbrecherische Handlungen gegen Zivil- und Militärpersonen der gegnerischen Mächte vorsätzlich. Die Masse dieser Verbrechen ereignete sich nicht während der Kampfhandlungen im engeren Sinne, sondern im Rahmen der Besatzungs-, d. h. Ausbeutungs-, Versklavungs- und Ausrottungspolitik.
4. Mit der Länge des Krieges nahm die Zahl der Verbrechen und die Zahl der an Verbrechen beteiligten deutschen Wehrmachtsangehörigen zu. Anfängliche Bedenken gegen den Terror im Feindesland wichen einer gnaden- und seelenlosen Eroberungs- und Besatzungspraxis, die ihre schlimmsten Exzesse auf dem Territorium der UdSSR und in Jugoslawien hervorbrachte. Zu ihnen zählte auch die Teilnahme an Aktionen der Judenvernichtung.

Zug um Zug ist das falsche, aber stur und zäh verteidigte Bild zerstört worden, wonach die Wehrmacht lediglich das Land erobert hätte, die Geschicke der Einwohner aber von anderen Kräften bestimmt worden wären – den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei, Einheiten der Waffen-SS, den verschiedenen Besatzungsorganen und allen möglichen Dienststellen, nur eben nicht von der Wehrmacht. Diese „saubere“ Arbeitsteilung existiert nur in realitätsfernen Bildern vom Kriege. Sie werden auch und gerade von Kräften verbreitet, die wider besseres Wissen handeln.

Gegen das Realbild der Wehrmacht werden – wie am Beispiel Bremens gezeigt – schließlich Witwen, Töchter und Söhne, vollständig inkompetente Zeugen, ins Feld geführt. Auf welche eigene

⁴¹ Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus 1938-1945). Achtbändige Dokumentenedition, zuletzt herausgegeben vom Bundesarchiv, Bd. 8: Analysen – Quellen – Register. Zusammenge stellt und eingeleitet von Werner Röhr, Berlin 1996.

Beobachtung stützen sich deren Aussagen? Wurde nicht längst vor Gericht erwiesen und in Memoiren dargestellt, daß auch unter den abscheulichsten der mörderischen Schreibtischtäter große Tierfreunde und sorgende Familienväter waren, die ihre Frauen mit Berichten über ihr Tagewerk verschonten oder die An-[27:]gehörigen des weiblichen Geschlechts nicht für würdig befanden, in derart „männliche“ Angelegenheiten auch nur gedanklich einbezogen zu werden? Man denke etwa an das „Zeugnis“ der Frau des Reinhard Heydrich, des Lenkers des Massenmords an Juden, sowjetischen Politischen Kommissaren und kriegsgefangenen jüdischen Offizieren und Soldaten.

Manfred Messerschmidt, einer der besten Kenner der Materie unter den Militärgeschichtlern, hat die Beziehung zwischen der Forscherarbeit und dem Inhalt der Ausstellung in einem Satz ausgedrückt: „Was in der Forschung unbestritten ist, wird von der Dokumentation aufgenommen und im Detail ergänzt, der Befund nämlich, daß Wehrmachtsführung, Heeresführung, Heeresgruppen- und Armeebefehlshaber, Territorialbefehlshaber u. a. an der verbrecherischen Befehlsgebung mitgewirkt haben.“ Nachdem er sich gegen die Kriminalisierung einer ganzen Soldatengeneration gewandt und darauf verwiesen hatte, daß im Ausstellungskatalog in einer Textpassage dieser Auffassung Vorschub geleistet wird, besteht Messerschmidt darauf, daß es gerechtfertigt sei, „vom Vernichtungskrieg der Wehrmacht zu sprechen“. Denn: „Es handelte sich bei den Vernichtungsaktionen nicht um Übergriffe untergeordneter Einheitsführer und Soldaten – die ebenfalls häufig genug vorgekommen sind –, sondern um planmäßiges Vorgehen“. Neu sei an dieser Ausstellung „das reichhaltige Fotomaterial und die Synopse von Bild, Befehl und Vollzug.“⁴²

9. Und „die Anderen“?

Zu den Argumenten, die einzig Voreingenommenheit und Ablehnung erzeugen sollen, gehört schließlich und nicht einmal an letzter Stelle, der Verweis darauf, daß doch die Anderen nicht annähernd so kritisch mit ihrer Geschichte umgingen, wie sie es von den Deutschen verlangten. Die aber hätten das Ihrige vorbildlich getan. Also seien jetzt die Anderen und nicht wir an der Reihe. Die Deutschen geben sich in der Rolle von Entwicklungshelfern auf dem Gebiet der Auseinandersetzung mit der geschichtlichen Vergangenheit. Der Vorgang war im Zusammenhang mit der sog. deutsch-tschechischen Erklärung eindrucksvoll zu beobachten.

Gerade diejenigen, die sich sonst auf Deutschlands wirkliche oder eingebildete führende Stellung – sei es in einem Zweig der Wirtschaft, der Forschung oder in einer Sportart – etwas zugute halten, erweisen sich als genügsam und durchschnittsorientiert, wenn es um geschichtliche Tatsachen und deren Verbreitung geht. Und vor allem: Deutschland war nicht der Durchschnitt. Seine Wehrmacht ist in einen Krieg gezogen, dessen – freilich nicht öffentlich erklärtes – Ziel es war, Millionen Menschen umzu-[28:]bringen, die einen direkt, die anderen, indem man sie ihrer Nahrungsquellen beraubt und hungern läßt.

Die Emotionen aufladenden Argumente schaffen jedoch erst den Boden für die Aufnahme von weiteren und subtileren. Dem kommt auch eine aus Unkenntnis oder aus Berechnung hervorgehende begriffliche Verwirrung entgegen. Wird schlechthin von Kriegsverbrechen gesprochen, entsteht der Eindruck, es handle sich bei den in Rede stehenden Untaten um Vergehen, wie sie in Kriegen noch allemal vorgekommen sind und bis auf den heutigen Tag sich ereignen, also um Ereignisse im Verlauf von Kriegshandlungen. Indessen sind zwei große Gruppen von Verbrechen zu unterscheiden: Kriegsverbrechen, also Taten die gegen die vereinbarten Gesetze der Kriegführung oder gegen allgemein anerkannte Kriegsbräuche – was immer das ist – verstoßen und von denen die Tötung von Kriegsgefangenen und die Geiselmorde zu den bekannteren gehören. Davon zu unterscheiden sind die kriminellen Vorgänge, die meist als NS-Verbrechen bezeichnet werden, eine Kennzeichnung, die auch zu allerlei Mißverständnissen Anlaß gibt. Diese sind aus den faschistisch-imperialistischen Zielen des Regimes, aus seinen vielschichtigen Endlösungsplänen hervorgegangen. Sie könnten besser als Regimeverbrechen, weil aus dem Wesen des Regimes entsprungen, bezeichnet werden. Sie ereigneten

⁴² Pädagogen wollen nicht im Dunkeln verharren. Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944. In: „Deutsche Lehrerzeitung“, 20. März 1997.

sich zwar im Kriege, aber durchweg außerhalb von Kriegshandlungen, und sind deshalb schon begrifflich geschönt, wenn sie unter die Kriegsverbrechen eingeordnet werden. Seide Gruppen von Verbrechen sind von der Wehrmacht verübt worden.

10. Mehr Ausflüchte denn Einsichten

Mit der emotionalen Formierung und der begrifflichen Verwirrung gehen dann Aussagen einher, die sich auf die Geschehnisse selbst beziehen. Gesagt und geschrieben wird: Verbrechen seien wohl vorgekommen aber 1. seien sie im Eifer der Gefechte geschehen, 2. stellten sie die provozierte Reaktion auf das Verhalten der Bevölkerung im besetzten Feindesland dar, 3. wären sie aufgrund von Befehlen einzelner vorgesetzter Personen geschehen und von deren Untergebenen im Zustand des Befehlsnotstands ausgeführt worden und 4. – und dies wird als das durchschlagende unter allen Argumenten angesehen – hätten die Anderen, die Verbündeten in der Antihitlerkoalition, Verbrechen gleichen Charakters, gleichen oder gar noch größeren Ausmaßes begangen. Dieses behauptete „Du auch“ dient dann der Ableitung „Ihr hattet zu keiner Zeit ein juristisches und moralisches Recht über uns Deutsche zu Gericht zu sitzen“. Alle diese Argumente münden in der Forderung, endlich einen Schlußstrich unter die deutsche Vergangenheit der Jahre 1933 (speziell 1939) bis 1945 zu ziehen, unter dem eine Nullsumme steht, ausgedrückt in den [29:] knappen Worten „Wir sind quitt.“

Dieses Bild von der Bilanz des zweiten Weltkriegs und seiner Folgen wurde schon von einem der Angeklagten des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses, dem Reichsminister und Generalgouverneur Hans Frank, in seinem Schlußwort entworfen. Nachdem er im Verlaufe des Prozesses zum Mißfallen anderer Angeklagter so etwas wie ein Schuldbekentnis abgegeben hatte, konnte er in seinen letzten Worten sagen, er sei aufgrund von Nachrichten, die ihm während des Prozesses zugekommen wären, zu dem Ergebnis gelangt, daß alles, was Deutsche im Verlauf des Krieges anderen angetan haben könnten (er gebrauchte den Konjunktiv), erledigt sei, durch das, was ihnen – den Deutschen – von Russen, Polen und Tschechen nun geschehen wäre.

Auch andere Angeklagte spielten sich in ihren Schlußreden als Verteidiger der Deutschen auf und als Kronzeugen von deren Unschuld. Baldur von Schirach, Reichsjugendführer und zuletzt seit 1940 Gauleiter der NSDAP und Reichsstatthalter in Wien, beteuerte die Schuldlosigkeit der „deutschen Jugend“, die unter seiner Führung zu bedenkenlosen Rassekriegern erzogen worden war. Wilhelm Frick, der langjährige Innenminister des Reiches, wünschte sich für die Unschuld seiner Beamten zu verbürgen. Keines dieser Zeugnisse war auch nur das schlechte Nachkriegspapier wert, auf das sie später gedruckt wurden. Doch sie stehen am Beginn jener Traditionslinie von Geschichtsfälschung, die bis in unsere Tage reicht und namentlich seit den Veränderungen des Jahres 1990 in ganz Deutschland an Einfluß gewinnt.

Diese Feststellung mag unter dem Eindruck der öffentlichen Diskussion bezweifelt werden, die sich an das Erscheinen der deutschen Ausgabe des Buches von Daniel J. Goldhagen anschloß und während des Besuchs des Autors in Deutschland in übervollen Sälen stattfand. Die auf Fernsehbildern und auf andere Weise erkennbare Bereitschaft eines Teils der Deutschen, namentlich auch jüngerer Deutscher, den Dingen, und d. h. den Verbrechen, auf den Grund und den Verbrechern auf die Spur zu kommen, soll nicht geringgeschätzt, aber ebensowenig unzulässig verallgemeinert werden. Man erinnere sich, daß die Diskussion in Deutschland augenblicklich mit einem gedanklichen Ablenkungsmanöver eingeleitet wurde. Eine sich als liberal verstehende Zeitung stellte die desorientierende Frage, ob von einer deutschen Kollektivschuld die Rede sein könne. Damit wurde das Denken eines an Zahl nicht feststellbaren Teils von Deutschen, der die Ansicht des Autors nicht kannte, sogleich in die bereits bewährte Abwehrstellung gebracht. Zudem ist die Auseinandersetzung um dieses Buch offenkundig an zahlreichen deutschen Kleinstädten vorübergegangen. Und schließlich wird, planvoll oder nicht, mit der [30:] Durchschlagskraft der Fernsehsender- die doch die Wirkung jedes Zeitschriften- oder Buchverlags weit übertrifft – dafür gesorgt, daß die Mitführer Hitlers wie er selbst als irgendwelche Exoten erscheinen, die der Zufall in die deutsche Geschichte gebracht hat. Sie werden immer wieder ins Schlaglichtfeld des Geschichtsbildes gerückt, während die Masse der Gefolgschaft und vor allem die charakteristischen Zusammenhänge des Geschehens im Schlagschatten bleiben.

Um nicht mißverstanden zu werden: Die Rolle der Wehrmacht ungeschönt und unverschleiert darzustellen, bedeutet nicht, jeden ihrer Angehörigen zu einem Verbrecher zu erklären, der eigentlich vor die Schranken eines Gerichts und dann in eine Haftanstalt gehört hätte. Das wird häufig angenommen und von manchen auch absichtsvoll so dargestellt. Dazu trägt auch bei, daß der in diesem Zusammenhang notwendig verwandte Begriff *Täter* undefiniert bleibt und nicht zwischen einer juristisch erfaßbaren kriminellen Täterschaft und einer schuldhaften historischen Handlung unterschieden wird. Diese Unterscheidung ist notwendig. Doch dabei handelt es sich nicht, wie häufig genug suggeriert wird, um die Scheidung von Verbrechen und „sauberen“ Kerlen unter der unbefleckten Fahne. Goldhagens These, es standen mehr Mörder bereit als benötigt wurden, kann schwerlich bewiesen, aber auch nicht widerlegt werden. Wahr ist, daß die einen nie in die Lage gekommen sind, sich an Verbrechen der einen oder der anderen Kategorie zu beteiligen, weil sie – beispielsweise – während des gesamten Krieges Fliegerabwehrkanonen in Deutschland bedienten oder etwa als Wirt einer Wehrmatskantine in einem Mittelmeer- oder Schwarzmeerhafen und auf ähnlichem schußfernen Platz eingesetzt waren. Andere kamen in solche Lage, aber sie vermochten sich ihr zu entziehen, die einen, weil sie die ergangenen Befehle gegenüber ihren Vorgesetzten begründet ablehnten, manche, weil sie sich vom Mordplatz „verdrückten“. Wieder andere befanden sich in Urlaub, auf Lehrgängen oder in Lazaretten, als „ihre“ Einheit kriminell in Aktion trat. Wer nicht beteiligt war, hat sich nicht unbedingt, ja nicht einmal im Regelfall verweigert.

Heute, 1997, richtet sich das Interesse doch nicht oder allenfalls in ganz selten gewordenen Fällen – wie im Fall des vor einem Militärgericht in Rom eröffneten Prozesses gegen die ehemaligen SS-Offiziere Erich Priebke und Karl Haas⁴³ – auf den einzelnen Wehrmatsangehörigen. Die Täterfahndung ist praktisch so gut wie abgeschlossen. Es geht statt dessen um die Bewertung einer nach Millionen zählenden Militärorgani-[31:]sation, der größten in der deutschen Geschichte. Und da trifft für ausnahmslos jeden ihrer Angehörigen zu, daß er an einem verbrecherischen Unternehmen beteiligt war, das in der Weltgeschichte seinesgleichen sucht. Begriffe wie „Verdienst“, „Ehre“, „Ruhm“ sind in diesem Zusammenhang deplaziert und verlogen. Nichtsdestoweniger bewegen sich deutsche Politiker gedanklich noch immer ganz im Banne des letzten Wehrmachtberichts, wie die Erklärung eines Bundestagsabgeordneten beweist: „Die weit überwiegende Zahl der Soldaten der Wehrmacht hat im Zweiten Weltkrieg ehrenhaft gekämpft.“⁴⁴ Auch der Kapitän z. S. Dieter Stockfisch, Referatsleiter im Führungsstab Marine des Verteidigungsministeriums, räumte in einem Artikel „Verstrickungen“ – das verharmlosende Sprachbild taucht wieder und wieder dort auf, wo im Klartext von Teilnahme gesprochen und geschrieben werden müßte – der Wehrmacht in Verbrechen ein. Doch nach dieser angesichts der Tatsachenwucht unumgänglichen Feststellung folgt dann, wie nun schon üblich und eingeübt, die Aussage, daß die Väter und Großväter der heute dienenden Soldaten tapfer mit Hingabe und Gehorsam gekämpft hätten.⁴⁵

Ohne die Erfolge der Kriegführung, die von den Millionen „tapferer“ Offiziere und Soldaten erkämpft wurden, kein Massenmord an den Juden und an den Zigeunern, ohne die Besetzung weitester Territorien der Gegner und die Gefangennahme von Millionen Soldaten der Feindmächte nicht die Verbrechen im Hinterland und in den Gefangenenlagern usw. Dieser kollektive Beitrag aller Wehrmatsangehörigen ist unbestreitbar. Er wurde vom ersten bis zum letzten Kriegstag geleistet, von den einen freiwillig und begeistert, von anderen unfreiwillig, aber nicht unbedingt widerwillig. Und dieser Beitrag, bestehend aus einer ununterbrochenen Kette von Handlungen, häufte von Tag zu Tag historische Schuld auf, die nach Vergeltung schrie und Vergeltung befürchten ließ.

⁴³ Die Beschuldigung richtet sich auf die Rolle der beiden Angeklagten bei dem Massaker in den Ardeatinischen Höhlen im März 1944, bei dem 335 Geiseln ermordet wurden.

⁴⁴ Es handelt sich um Karl Lamers, den CDU-Abgeordneten und Kreisvorsitzenden seiner Partei in der Universitätsstadt Heidelberg. „Rhein-Neckar-Zeitung“, 12. April 1996.

⁴⁵ S. „Soldat und Technik“, Juli 1996; zitiert in: Bernd Verter, Der deutsche Soldat soll wieder Markenzeichen werden, jW, 27./28. Juli 1996.

11. Brüchige Argumente

Den Zeitgenossen mag noch erinnerlich sein, daß 1944/1945, als die Niederlage sich auch den Wundergläubigsten mehr und mehr abzeichnete, ein Wort unter den Deutschen kursierte, das etwa besagte: „Wenn uns geschieht, was wir den Anderen angetan haben, werden von den Deutschen nicht viele übrigbleiben.“ Was war das anderes als das Eingeständnis des (später vielfach wieder bestrittenen, auch vergessenen) [32:] Wissens von dem Unheil, das im Zeichen des Hakenkreuzes über Millionen von Europäern gebracht worden war. So sprach sich auch die Furcht aus, die eigene Schuld könnte aufgerechnet und deren Begleichung gefordert werden. Angesichts der vorherrschenden Neigung des Verdrängens und Vergessens erscheint es notwendig, sich mit den Lügen, Legenden und Ausflüchten ebenso prinzipiell und systematisch wie bis in die Einzelheiten auseinanderzusetzen.

1. Es ist unbestreitbar, daß nicht Millionen schwerstbewaffneter Männer gegeneinander Krieg führen können, ohne daß „im Eifer des Gefechtes“, also spontan Verbrechen geschehen. Das erscheint unvermeidlich, denn erstens sind unter den Soldaten selbst Typen, die bereits vor dem Kriege Verbrechen begangen haben oder Verbrechen begehen wollten, aber aus welchem Grunde auch immer daran gehindert wurden. Und zweitens entstehen während der Kampfhandlungen Situationen, in denen Menschen das ihnen auch ins faschistische Wehrmachtssoldbuch geschriebene Gesetz verletzen und – beispielsweise – Gegner umbringen, die schon die Hände erhoben oder die weiße Flagge gehißt haben, also Taten begehen, die sie sich selbst niemals zugetraut hatten und vor denen ihnen noch im nachhinein grauen mag. Der Krieg verroht. Die beschriebenen Vorgänge jedoch machten noch nicht aus, was die Wehrmacht charakterisierte und sie von allen deutschen Streitkräften davor und danach unterschied. Der Krieg, den sie 1940 in Nord- und Westeuropa führte, ist auch – das Wort nicht auf die Goldwaage – „Normalkrieg“ genannt worden. Ganz anders traten die deutschen Eroberer 1941 an, als sie in die Sowjetunion einfielen. Zuvor oder in den ersten Tagen und Wochen des Feldzugs war ihnen vom Feldmarschall bis zum Soldaten erklärt und von ihnen auch akzeptiert oder hingegenommen worden, daß dies ein völlig anderer Krieg sein würde, der anders geführt werden müßte. Heute wird er meist als „rassenideologischer Vernichtungskrieg“ bezeichnet und so vom „Normalkrieg“ unterschieden. Diese Kennzeichnung ist ungenau, denn es ging nicht nur um Vernichtung, und die Rassenideologie war nicht ihr einziger Antrieb.

Kriegsgeschehen und Kriegsziel verwoben sich von Anbeginn. Es sollte sofort und unter Ausnutzung des Kriegszustands daran gegangen werden, dieses als riesiges Reservoir für den weiteren Kampf um die Weltvorherrschaft gedachte Gebiet so zu gestalten, daß es den Nah- und Fernzielen der deutschen Imperialisten dienen konnte. Eines der erstrangigen Kriegsziele aber war die Dezimierung der Bevölkerung im eroberten Land, der zivilen wie der uniformierten. Sie galt zu Millionen als überflüssige Esser, die nur die Ausplünderung der Nahrungsmittelvorräte des eroberten Landes behinderte. Zu diesem Kriegsziel, der Vernichtung der in die eigenen Hände gefallenen Menschen, steuerte die Wehrmacht-[33:]politik kräftig bei, vor allem dadurch, daß sie in ihren Kriegsgefangenenlagern die Mehrheit der 1941 gefangenen Sowjetsoldaten umkommen ließ und der Bevölkerung in den großen Städten des Besatzungsgebietes planvoll die Subsistenzmittel entzog, ohne die sie nicht überleben konnte. Der Versuch, die Ereignisse auf das unmittelbare Kampf- und Kriegsgeschehen oder auf dessen unbeabsichtigte und unvorhersehbare Folgen – auf ungewollte und unbeherrschbare Sachzwänge – zu reduzieren, ist wahrheitswidrig.

2. Die These, wonach das Vorgehen der deutschen Wehrmacht im Hinterland die provozierte Antwort auf das Verhalten der Bevölkerung gewesen sei, wird mittlerweile auch in geschichtswissenschaftlicher Literatur verbreitet. Akademisch gestelzt formulierte Karlheinz Weißmann in seinem inzwischen vom Verlag „zurückgerufenen“ Buch: „... die Beteiligung der Wehrmacht an Kriegsverbrechen stand insofern in Zusammenhang mit der außerordentlich schwierigen Situation, in der sie sich angesichts der Ausdehnung des Gebietes und der Feindseligkeit der Bevölkerung befand.“⁴⁶ Daraus spricht eine Denkweise, die unterstellt, die ins deutschbesetzte Gebiet geratenen Menschen hätten

⁴⁶ Zitiert nach: Ulrich Schneider: Der „wissenschaftliche“ Weg in den Abgrund. In: „Der rechte Rand“ Nr. 39, März/April 1996, S. 7.

sich ihrem Schicksal willen- und widerstandslos ergeben sollen, dann wären sie gleichsam am besten „weggekommen“. Völlig vorbeigesehen wird an der Tatsache, welches Schicksal ihnen zgedacht war. Sie waren eben nicht wie andere Menschengruppen in früheren Kriegen einzig vorübergehend der Gewalt eines Okkupanten ausgeliefert, sondern einem Eroberer, der auf die physische Vernichtung eines Großteils der Bevölkerung zielte. Um das gewahr zu werden, brauchten die Russen und Ukrainer keine Kenntnis der geheimgehaltenen deutschen Generalpläne.

Es ist merkwürdig: Die Verfechter des Arguments vom Besatzerterror als Antwort auf das Verhalten der Bevölkerung lassen das Recht der Ureinwohner Amerikas gelten, die sich gegen die auf ihre Ausrottung ausgehende Eindringlinge zur Wehr setzten. Ja, sie haben sich in ihrer Jugend an derlei „Indianerbüchern“ begeistert. Sie heroisieren auch die Partisanenaktionen preußischer Kommandos – etwa eines Majors Schill – gegen die napoleonische Besatzung. Sie bewundern mit den Gemälden Goyas den Kampf und das Martyrium der Spanier. Aber für die west- und südslawischen Völker des 20. Jahrhunderts wollen sie das Widerstandsrecht nicht gelten lassen. Derart entlarven sie ihre Argumente als eine Ausflucht und sich selbst als eine besondere Spezies von Rassisten. Die Massaker unter der Bevölkerung ganzer Ortschaften, das Niederbrennen ihrer Behausungen, die Deportation der Einwohner in Lager und nach [34:] Deutschland – diese Blutspur fällt auf die Täter. Zu einem erheblichen Teil waren das die sogenannten Sicherungsdivisionen der Wehrmacht. Die schriftlichen wie die Bilddokumente dieser „Aktionen“ sprechen eine Sprache, die keine Gegenrede verträgt. Das mag ein Grund sein, daß man über die Boten herfällt, der Konfrontation mit der Botschaft aber auszuweichen trachtet.

3. Die Masse der Verbrechen, die von Angehörigen der Wehrmacht verübt wurden, rührten nicht aus eigenmächtigen Entscheidungen von Befehlshabern der mittleren und unteren Ebene her. Deren Befehle gab es, doch zumeist wurde vor ihrer Ausgabe die Zustimmung der Vorgesetzten eingeholt. Die Verbrechen waren auch nichts weniger als „Handlungen von Einzelpersonen“, wie das der Heidelberger Bundestagsabgeordnete der CDU Karl Lamers gegen eine andere Ausstellung einwandte, die das gleiche Anliegen wie die Hamburger verfocht.⁴⁷ Nein, die Untaten, das machten bereits die Verhandlungen in Nürnberg 1945/46 und insbesondere die Vernehmungen Keitels und Jodls aktenkundig, besaßen ihren Ursprung an der Regimespitze. Dort wurden sie geplant, beraten, in Befehlen formuliert, von da per Funk oder Kurier, offen oder verschlüsselt, ausgesandt. Die einen besagten ganz konkret und exakt, wie sich die Befohlenen zu verhalten hatten. In diese Kategorie gehört die Weisung, die wieder eingefangenen britischen Offiziere, die aus einem Lager der Luftwaffe bei Sagan in Schlesien entflohen waren, zu erschießen. Andere Befehle waren von genereller Natur. Sie bezeichneten den Rahmen des Vorgehens für umgrenzte Fälle und Möglichkeiten. So wurde bestimmt, gegnerische Soldaten, die bei sogenannten Kommandounternehmen gefangengenommen würden, zu töten. Seide Typen von Befehlen verstießen gegen geltendes Kriegsrecht. Seide ergingen aus dem Hauptquartier, in dem es eine eigene Wehrmacht-Rechtsabteilung gab, deren Offiziere sich im einschlägigen deutschen wie im internationalen Recht vollständig auskannten.

4. Das Argument, das die Rolle des Schlußsteins bildet, der das ganze Gebäude gleichsam wetterfest und regendicht machen soll, aber bildet eine Falschrechnung, unter der geschrieben steht: Die anderen auch! Weder quantitativ noch qualitativ kann davon die Rede sein, daß die Kriegsgegner Deutschlands Verbrechen verübt hätten, die jenen der deutschen Militärorganisation gleichkämen oder sie aufwiegen würden. Die das dennoch beweisen wollen, legen abenteuerliche Rechnungen vor. Sie halten diese für besonders überzeugend oder glaubwürdig, wenn sie als Rechenmeister Nichtdeutsche, insbesondere Bürger und vorzugsweise Wissenschaftler aus Staaten präsentieren können, die der Antihitler-[35:]Koalition angehörten. Solche vorgeblich unvoreingenommene Wahrheitsfanatiker finden sich allemal. Kürzlich wurde aus kanadischer Feder ohne auch nur den Versuch eines Beweises behauptet, die Politik der USA habe bei und nach Kriegsende 1945 planmäßig zum Hungertod von mehr als 5 Millionen Deutschen geführt. Mit besonderer Vorliebe wird mit den deutschen Soldaten argumentiert, die in Kriegsgefangenschaft zu Tode kamen, wobei die Umstände ihres Sterbens meist keinerlei Erwähnung finden.

⁴⁷ S. „Rhein-Neckar-Zeitung“, 12. April 1996.

Im Kern laufen diese Darstellungen allesamt darauf hinaus, den Siegermächten den Vorsatz zu unterstellen, sie hätten die deutsche Bevölkerung dezimieren wollen und das auch getan. Anders als im Falle des deutschen „Generalplans Ost“ mit seinen verschiedenen Fassungen kann dafür kein einziges Dokument beigebracht werden. Und die unschwer überprüfbaren Tatsachen sprechen von anderem. In den besetzten Zonen zwischen Oder und Saar sind Deutsche, die solange auf Kosten der hungernden und verhungerten Bevölkerung weiter Teile Europas gut ernährt worden waren, an Unterernährung gestorben, an Krankheiten infolge des Mangels an ärztlicher Hilfe und Versorgung und als Folge des Fehlens von Medikamenten zugrunde gegangen, auch Opfer von Seuchen geworden. Doch es ist ebenso erwiesen, daß den Deutschen die Grundlagen ihres Überlebens belassen wurden. Hätte die sowjetische Besatzungsmacht nach dem Grundsatz „Auge um Auge“ gehandelt und wäre von Moskau ein Befehl ergangen, die im Nachkrieg weiter darben sowjetische Bevölkerung aus den vorgefundenen deutschen Beständen zu ernähren, dann wären die Folgen ganz andere gewesen. Die Deutschen sollten nach der Übereinkunft der Alliierten für alle Zeit kriegsunfähig, nicht aber lebensunfähig gemacht werden.

12. Verdienst: Kampf gegen die „roten Gefahr“

Wo immer sich heute Kritik an der Wehrmacht äußert, wird Kritikern sogleich ein Verdienst entgegengehalten: Der Kampf gegen den Bolschewismus. Er hätte 1945 Europa überflutet, wären nicht die tapferen deutschen Soldaten an der Ostfront gewesen. Das ist die nochmalige Wiederholung jener noch im letzten Kriegsfrühjahr benutzten Begründung, mit der nicht nur NS-Führungsoffiziere die Untergebenen anfeuerten, damit sie Leib und Leben weiter für eine verbrecherische und verlorene Sache einsetzten. Europa und dessen Schutz vor der „roten Gefahr“, die an den Häuserwänden in Deutschland auf Plakaten scheußlich und mit den bekannten Zügen des „asiatischen Untermenschen“ ausgemalt wurde, spielte in der Nazipropaganda seit 1942/1943 eine immer größere Rolle. Inzwischen können der Krieg im Osten, die Zugehörigkeit zur Waffen-SS und die Forderung, ihren einstigen Angehörigen – beispielsweise auch denen in den Niederlanden – Renten zu zahlen, längst offen [36:] gerechtfertigt werden. Das geschah kürzlich auch in einem von der Zeitung „Die Welt“ veröffentlichten Leserbrief: „Diese Soldaten (die SS-Freiwilligen – K. P.) haben die feldgraue Uniform nicht angezogen, weil sie Nationalsozialisten oder Antisemiten waren, sondern weil sie die Gefahr des Kommunismus erkannt zu haben glaubten.“⁴⁸ Einer Dokumentaristin sagte ein Ausstellungsbesucher in Wien unbekümmert in Mikrofon und Kamera: „Wenn wir nicht gewesen wären, wäre doch ganz Europa von den Russen besetzt worden.“ Er berief sich wieder auf einen ausländischen „Kronzeugen“. Schließlich habe Churchill nach dem Kriege erklärt: „Wir haben das falsche Schwein geschlachtet.“⁴⁹

Das Verdienst der „Rettung vor dem Bolschewismus“ wird in den apologetischen Darstellungen breit geschildert. Es sei der Wehrmacht und namentlich der Kriegsmarine zu danken, daß Millionen Deutsche aus Ost- und Westpreußen über den Seeweg der Ostsee dieser Gefahr entrissen wurden. Die nicht Geretteten, die in den Fluten der Ostsee ertrunkenen Zivilisten werden umstandslos den sowjetischen Streitkräften und ihrer Kriegführung angelastet. Es kommt diesen „Historikern“ gar nicht die Idee, daß es die Pflicht der deutschen Militärführung gewesen sein könnte, spätestens im Herbst 1944, als die Alliierten im Westen und im Osten die Reichsgrenze erreichten, ihre Niedertage einzugestehen und in Kapitulationsverhandlungen einzutreten.

Wie hätte Deutschland ausgesehen, wenn es zu einer Besetzung des Landes ohne Kampf gekommen wäre? Wieviel deutsche Städte – von Pforzheim bis Jena – wären unzerstört geblieben, wieviel deutsche Soldaten am Leben? Was wäre den Zivilisten nicht nur im Osten erspart geblieben? Die „Rettungslegende“ verkleistert bis heute die Köpfe gegen jede dieser Fragen. Obendrein wird sie dazu benutzt, in der Debatte um die Desertion von deutschen Soldaten die Forderung zu rechtfertigen, es müsse eine Einzelfallprüfung eintreten. Denn, so auch die Befürworter dieses Verfahrens im

⁴⁸ Ausgabe vom 11. Februar 1997.

⁴⁹ Jörg Magenau: Das Überleben der Erinnerung. In: „Freitag“, 28. Februar 1997 und auch Carsten Otto, Nichts gewußt, a. a. O.

Bundestag 1996, wer 1944/1945 in Ostpreußen übergelaufen sei oder sich sonst unerlaubt von der Truppe entfernt habe, der hätte doch nicht nur seine Kameraden, sondern auch die zu Rettenden im Stich gelassen.

Die Apologie auf die Endphase der Kämpfe im Osten lieferte übrigens schon der inzwischen verstorbene Kölner Historiker Andreas Hillgruber. Sie bildete eine Facette im „Historikerstreit“ der Jahre 1986/1987. Damals schien es manchem so, als sei der Versuch, den Krieg im Osten in einen verbrecherischen und einen zu rechtfertigenden zweizuteilen, durchschla-[37:]gend zurückgewiesen. Ein Jahrzehnt später liegt dies als Irrtum zutage. Heute wird von Vertretern der Regierungsfraktion die Fortdauer des Krieges in das Jahr 1945 unumwunden als ein Verdienst bezeichnet.

Dabei ist diese „Rettungslegende“ zugleich brüchig und unaufrichtig. Die Evakuierung von Teilen der deutschen Bevölkerung, die an allen Fronten versucht, aber in großem Stil nur im Osten vollzogen werden konnte – hier wirkte die planvoll erzeugte „Bolschewistenfurcht“ und die Vorahnung einer Vergeltung mit dem Druck der Nazibehörden auf die Einwohner zusammen –, war nicht in erster Linie eine humane, sondern eine Maßnahme, mit der die Weiterführung des Krieges gesichert werden sollte. Dem vordringenden Feind möglichst menschenleere Gebiete zu überlassen, in denen er sich nicht auskannte und keine Hilfskräfte gewinnen konnte, galt bereits in früheren Kriegen als geeignete Maßnahme, ihm auch indirekt Hindernisse in den Weg zu legen. Doch darum ging es nicht allein. Die deutsche Militärführung war sich der Schwierigkeit bewußt, die entstehen mußte, wenn deutsche Soldaten zwischen deutschen Frauen und Kindern Krieg führten. Das war zuletzt in dem von 1813 geschehen. Damals schlugen sich die Truppen Blüchers an der schlesischen Katzbach und die Alliierten bei Leipzig. Seitdem befanden sich die Schlachtfelder jenseits der jeweiligen deutschen Grenzen, auf dem Boden Dänemarks und Böhmens, in Frankreich, Belgien, Italien, Serbien, Rußland und Rumänien.

Nun entstand die Frage: Wie würden die ohnehin kriegsmüden deutschen Soldaten weiterkämpfen, wenn sie ihre engsten Angehörigen bereits jenseits der Front und in Gebieten wußten, die bereits das Hinterland des „Feindes“ darstellten? Diese Lage würde den Anspruch aushöhlen, Europa vor dem Bolschewismus zu verteidigen. Kurzum: Es waren kriegspraktische und kriegspropagandistische Gründe gleichermaßen, die das Interesse der Militärführer an der Evakuierung mindestens ebenso bestimmten wie die Vorstellung, die deutsche Zivilbevölkerung in höchst zweifelhafter Sicherheit zu wissen.

An manchen Kampferten, so in den sog. Festungen wie dem mehr als eine halbe Million Einwohner zählenden Breslau, kam hinzu, daß Hunderttausende von Menschen entfernt werden sollten, die angesichts der begrenzten Vorräte kaum lange ernährt werden konnten. Und schließlich, und das zeigt die Hohlheit der Legende vollends, war es Alfred Jodl, der im März 1945 befahl, daß bei den Kampfhandlungen auf die eigene Bevölkerung keine Rücksicht mehr genommen werden könne.⁵⁰ Derweil ließ er seine Ehefrau aus dem von der Einschließung bedrohten Berlin in [38:] die Bayerischen Alpen fliegen.⁵¹

In der „Rettungslegende“ lebt auch die nazistische Propaganda von der „Einheit von Front und Heimat“ fort. Seide fielen bei Kriegsende räumlich zusammen, bewegten sich tatsächlich aber weit auseinander. Die Mehrheit der Deutschen wünschte das Ende des Krieges herbei. Generale und Offiziere jedoch hatten noch immer nicht genug davon. Ihre letzte Hoffnung war das Auseinanderbrechen der Antihitlerkoalition. Das aber kam für sie zu spät.

Die Summe dieser Überlegungen lautet: Die den Krieg in das Jahr 1945 weiterführten, haben mehr tote Deutsche auf dem Gewissen, als infolge einer letztlich von Deutschen verursachten Verwilderung von Teilen der Roten Armee umkamen.⁵² Die dumpf und stumpf weiterschießenden Männer aus

⁵⁰ Bodo Scheurig: Alfred Jodl. Gehorsam und Verhängnis. Biographie, Frankfurt a. M. 1991, S. 313.

⁵¹ Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen, hg. von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker, Leipzig 1996, S. 362. S. auch die Rechtfertigungsschrift: Luise Jodl: Jenseits des Endes. Der Weg des Generaloberst Jodl, München 1987.

⁵² Dazu neuerdings: Manfred Zeidler: Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschland östlich von Oder und Neiße 1944/45. München 1996. Dazu Rezension Kurt Pätzold: Wider Hetze und Ignoranz. In:

Ostpreußen können die Verbrechen anklagen, die von sowjetischen Soldaten beim Erreichen deutscher Dörfer verübt wurden. Aber können sie sich von Mitschuld freisprechen, daß der Krieg auch noch in diesen Gebieten weitergeführt werden konnte? Und die funktionierenden Sachsen aus dessen Hauptstadt Dresden können auf die alliierten Luftflotten-Kommandeure zeigen, die den vernichtenden Angriff auf die Stadt planten und befahlen. Aber können sie ihre Mitschuld am Tode ihrer Frauen und Kinder leugnen?

13. Lieblingsthema: Kollaboration

Kollaboration und Kollaborateure gehören in vielen europäischen Staaten, die ganz oder teilweise von Deutschen besetzt gewesen waren, zu den ungeliebten Geschichtsthemen. Mit Landsleuten, die sich Verbrechen während der Okkupationszeit hatten zuschulden kommen lassen, wurde 1944 und 1945 vielfach juristisch und anfänglich auch im kurzen Prozeß „abgerechnet“. Später war und blieb das Interesse, die Kollaboration in ihren vielen Seiten – der militärischen, wirtschaftlichen, ideologischen, geheimdienstlichen, judenmörderischen – aufzudecken und ihren Ursachen, [39:] d. h. den sie verursachenden Interessen, nachzugehen, von Frankreich bis in die Sowjetunion gering. Das hat sich sehr langsam zu ändern begonnen: Die Bevölkerung, auch dort die Nachgeborenen, wurde in mehreren europäischen Staaten von der Geschichte eingeholt. Gleichzeitig aber gingen mit der Entstehung neuer Staaten nach 1990 in ihnen deutlich erkennbare Bestrebungen einher, selbst hinter den unbefriedigenden Grad der kritischen Geschichtssicht, der bis dahin erreicht war, noch weit zurückzugehen. Dies war in Kroatien ebenso zu beobachten wie in der Slowakei und in Litauen.

Aus dieser Entwicklung suchen manche deutsche Politiker und Publizisten ihren Honig zu saugen. Die willkürliche Verbreitung von Schatten, Nebel oder Sonnenschein über der Geschichte von nahen und fernen europäischen Nachbarn dient in Deutschland als Kontrastbild, vor dem man sich selbst ins rechte Licht rücken und bequem nachweisen kann, die Vergangenheit „aufgearbeitet“ zu haben. Der Vergleich von Soll und Haben, für den deutscherseits unbestreitbare Leistungen vorgewiesen werden können – sie wurden zumeist nicht von denen erbracht, die sich auf sie berufen –, könnte hingenommen werden, wäre er mit zwei Zusätzen versehen. Erstens hatte kein anderes europäisches Volk soviel grausigen Grund, sich mit seinen Handlungen und Unterlassungen zu befassen wie die Deutschen. Zweitens wurden die Kollaboration und die meisten der von Kollaborateuren begangenen Verbrechen überhaupt erst ermöglicht, weil die Deutschen „kamen“ und ihren Hilfskräften Handlungsspielräume zuwiesen oder einräumten.⁵³

Und dann und vor allem wird die schwerfällig vorankommende Aufklärung in anderen Ländern benutzt, um mit Genugtuung und gar mit Genuß darauf zu verweisen, daß die Deutschen nicht allein ihr historisches Schandkonto besitzen. Nun würden „die Anderen“ endlich zugeben müssen, welche Rolle sie gespielt hätten. So auch die Tendenz nicht weniger Kommentare, die sich jüngst in deutschen Zeitungen und Zeitschriften mit der Rolle von Schweizer Banken vor dem Kriege und in seinem Verlauf befaßten. Deren Gegenstand waren die blutigen Geschäfte und Gewinne, die insbesondere durch Judenverfolgung und Judenmord ermöglicht wurden sowie aus den Lieferungen von Kriegs- oder kriegswichtigem Material an Deutschland erwachsen.

Es kann dem Nachdenken über die Gegenwart und die Zukunft des eigenen Landes und Europas dienlich sein, wenn die Geschichte der Banken [40:] und anderer Kriegsinteressenten in den seinerzeit neutralen Ländern geschrieben wird und die weißen Flecken in den Schulbüchern der Schweiz und Schwedens getilgt werden. Doch von einem deutschen Vorlauf kann gerade in diesem Punkte nicht die Rede sein. Das gilt zunächst für die Forschung. Karl Heinz Roth faßt seine Untersuchung so zusammen: „Die deutschen Archivquellen, die letztlich die entscheidenden Informationen über die

„antifa“, 1996, Heft 12, S. 28. Die abwägende, auf Ursachenforschung orientierten Monographie hat einen merkwürdig falschen Untertitel. Es geschah gerade keine „Besetzung“, vielmehr eroberten sowjetischen Truppen das Gebiet in hartnäckigen und blutigen Kämpfen.

⁵³ Dazu vor allem: Okkupation und Kollaboration 1938-1945. Beiträge zu Konzeption und Praxis der Kollaboration in der deutschen Okkupationspolitik, hg. vom Bundesarchiv. Zusammengestellt und eingeleitet von Werner Röhr, Heidelberg 1994.

gold- und devisenpolitischen Weichenstellungen zur Ausweitung des rüstungswirtschaftlichen Molochs enthalten und Auskunft über den social death der europäischen Juden in der Falle von Zwangsauswanderung und Vermögensenteignung geben, sind noch weitgehend unerschlossen oder werden unter Verschuß gehalten.⁵⁴ Es ist – dies nebenbei – offenbar kein Zufall, daß bei allem Erneuerungstrieb und aller Reformwut, die sich an den Fachrichtungen für Geschichte in den neuen Bundesländern betätigte, Lehrstühle für Wirtschaftsgeschichte nicht errichtet worden sind. Sie brauchten, und das mag mehr noch verwundern, dort allerdings auch nicht abgeschafft zu werden. In ungleich höherem Grade trifft die Feststellung der erwähnten Lücken auf die deutsche Publizistik zu. Sie nimmt bis auf den Tag Hitler und immer wieder Hitler und dazu allenfalls einige seiner engsten Gehilfen ins Visier und dabei obendrein mehr deren Privatleben, deren Eigenheiten bis zu ihren Marotten, denn ihre tatsächliche Rolle.

14. Stimmen von „rechtsaußen“

Im Streit um die Ausstellung über die Wehrmachtsverbrechen fehlen selbstredend die Stimmen derer nicht, die seit Jahren in ihren Zeitungen, Zeitschriften, Büchern und Veranstaltungen ihr Heldenlied auf die faschistischen Streitkräfte anstimmen. Ihre Angriffe stimmen mit jenen zum Teil überein, die von Anhängern demokratischer Ansichten stammen. So bezeichnet auch die „Junge Freiheit“ es als das Hauptziel der Ausstellung, sämtliche Wehrmachtsangehörigen zu diffamieren und zwar „durch die Verallgemeinerung tatsächlicher Verbrechen kleiner Teile zum Pauschalvorwurf gegen mehr als 15 Millionen ehemalige Soldaten“. Unter Berufung auf Entscheidungen des Nürnberger Gerichtshofes von 1946 wird erneut die Legende vom normalen, den allgemeinen Kriegsgesetzen und -regeln entsprechenden Kampf der Wehrmacht verbreitet. Denn: Verbrecher waren die Himmler unterstellten Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SS und die „hatten mit der Wehrmacht nichts zu tun“.⁵⁵ Zur Bekräftigung der eigenen Ablehnung werden die Stimmen von Politikern der Regierungsparteien zitiert. Und wie ein Leserbriefschreiber im [41:] „Weser-Kurier“ möchte auch die „Junge Freiheit“ in eine solche Ausstellung die „Kriegsverbrechen von Rotarmisten an deutschen Soldaten sowie die Kampfweise und Verbrechen anderer Staaten“ aufgenommen wissen.

Im Kern nicht anders verfährt „Europa vorn“, das Proteste gegen die Ausstellung mit der Behauptung provozieren will, durch sie würden „18 Millionen Wehrmachtsangehörige“ ohne Ausnahme zu „Banditen, Plünderern, Vergewaltigern, Mördern“ erklärt. Eine „Fälscherkampagne“ sei im Gange, eine „Anti-Wehrmacht-Hetzkampagne, die alles in den Schatten stellt, was von Ulbricht und Honecker fabriziert worden war“. So etwas habe es „selbst unter Stalin“ nicht gegeben. Verbrechen seien geschehen, „wo Himmler das Sagen hatte“ und „seine sadistische Verbrecherclique“ agierte. Diese „Clique“ wird bezeichnenderweise nicht einmal mit ihren zeitgenössischen Namen benannt, womit die Möglichkeit der Differenzierung ohne Grenzen offengehalten ist. Zudem fallen alle diese Verbrechen letztlich auf die Kommunisten zurück, war doch Himmler ein „gelehriger Schüler der Jagoda, Jeshow, Berija“. Ernst Noltes Lehre vom „Prius“ des Klassenmordes, der dem Rassenmord vorausging, hat ihre Fortsetzer gefunden.

Die Herausgeber dieses Organs begnügen sich damit nicht. Für sie bleiben die deutschen Wehrmachtsoldaten das unübertroffene Vorbild militärischer Kämpfer, die besten Krieger aller Zeiten, die „moralischen Vorbilder“. Und wieder fehlen Leihstimmen aus dem Ausland nicht. Ein gleichgesinnter Italiener wird mit der Erklärung zitiert: „Die deutschen Soldaten von heute können sich ohne zu zögern am Beispiel ihrer Väter orientieren“.⁵⁶ Diese Väter haben die Italiener, die bis 1943 Verbündete waren und dann entwaffnet und gefangengesetzt wurden, besonders schlecht und vielfach lüstern nach Vergeltung für den „Verrat“ des Bundesgenossen be- und mißhandelt. So ergibt ein Vergleich von Publikationsorganen, die sehr verschiedenen politischen Kräften zuzuordnen sind, daß sich bei der Verteidigung der Väter und Großväter im wehrmachtsfeldgrau eine breite Front gebildet hat.

⁵⁴ Karl Heinz Roth: Der Splitter im Auge des andern. Teilweiser Vorabdruck eines Artikels in der Zeitschrift „1999“, in: jW, 8./9. Februar 1997.

⁵⁵ Kritik zur Anti-Wehrmacht-Ausstellung. In: „Junge Freiheit“, 7. Februar 1997

⁵⁶ Die Tapfersten waren die Deutschen. In: „Europa vorn“, Nr. 112, Januar 1997.

15. Die „Vogelsche“ Geschichtsauffassung

Schärfer noch als der Streit um die Rolle der deutschen Wehrmacht sind die schon mehrfach erwähnten Debatten um die Deserteure geführt worden. Vor allem entbrannten sie dort, wo Initiativen hervortraten, die in öffentlichen Räumen Erinnerung und Ehrung für die Deserteure und die Opfer der Militärjustiz verlangten. Es entwickelten sich über Jahre andauernde Kontroversen mit unterschiedlichen Ergebnissen. Eine von ihnen fand in der thüringischen Hauptstadt Erfurt statt. Sie führte zur Errichtung eines Denkmals auf dem Petersberg in der Nähe eines Ortes, an dem Mi-[42:]litarangehörige gefangengehalten und aufgrund von Justizurteilen umgebracht worden waren.⁵⁷

In den Jahren, die der Einweihung vorausgingen, wurde das gesamte Arsenal von politischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Argumenten aufgeboten, über das die Gegner des Mahnmals geboten. Die letzte Entscheidung lag beim Stadtparlament. In ihm fiel sie mit den Stimmen der Grünen, der PDS und eines Teils der sozialdemokratischen Abgeordneten zugunsten der Errichtung. Damit war auch der „Landesvater“ überstimmt, der sich in dem Dafür und Dawider als Denkmalsgegner engagiert hatte. Seine Argumente nahmen das Muster auf, nachdem andernorts – auch in Bann – vordem vorgegangen worden war. Ministerpräsident Bernhard Vogel konnte in einer Parlamentsrede nicht unerwähnt lassen, daß „auch von Einheiten der deutschen Wehrmacht schlimme Untaten begangen worden sind“. Das gehört auf derartigen Bühnen zum obligatorischen Minimum. Dann fuhr er fort: „Aber es stimmt auch, daß viele Millionen deutscher Soldaten nichts anderes als ihre Pflicht getan haben ...“. Ein paar Einheiten der Wehrmacht also gegen die vielen Millionen unbescholtener Deutscher. Und wie sich die Neonazis mit Vorliebe einen ausländischen Kronzeugen für ihre Geschichtssicht leihen, so tat es auch der CDU-Politiker. Er zitierte aus dem einschlägigen Schatzkästlein die Rede, die François Mitterrand am 8. Mai 1995 im Berliner Schauspielhaus gehalten hatte: „Sie (die Soldaten) waren mutig. Sie nahmen den Verlust ihres Lebens hin für eine schlechte Sache, aber ihre Taten hatten damit nichts zu tun, sie liebten ihr Vaterland.“ Das ist zwar ein armgeistiges, aber gewiß kostbares Zeugnis aus dem Lande des einstigen „Erbfeindes“.

Mit der Miene und dem Anspruch äußerster Sachlichkeit, ja Wissenschaftlichkeit wird in allen Streitfällen für differenzierendes Denken und Urteilen plädiert und Vereinfachung be- und angeklagt. Vogel verlangte, die Deserteure, die Helden waren, weil sie ihrem Gewissen folgten, von denen zu trennen, die ihre Kameraden im Stich gelassen hätten. Und darauf folgt nahezu im gleichen Atemzug die Erklärung, daß er dagegen sei, die Bevölkerung zu teilen, was geschähe, würde ein solches Deserteur-Denkmal errichtet. Er verweigere sein Ja auch, weil er nicht ohne Not Menschen kränken wolle, deren Angehörige „als Soldaten gefallen sind.“⁵⁸ Damit ist er wieder dicht an der Ferse des Bundeskanzlers und [43:] bringt dessen Auftritt in Bitburg in die Erinnerung. „Gefallen“ – ein die tausend Weisen des Todes im Kriege verhüllendes Wort – sind auch nicht wenige, die Exekutoren der Massaker waren, Mörder von Juden und von Kriegsgefangenen, von Zivilpersonen, Frauen und Kindern, Gesunden und Kranken. Die Differenzierung wird nicht durchgehalten, sie gilt nicht als ein Grundsatz, sondern dient als ein fallweise angewendeter Trick.

Was charakterisiert diese Geschichtsbetrachtung? Die Tatsache, daß jede Aussage über Wesen und Ziele des Krieges sorgsam unterlassen wird, den die einen- es war die übergroße Mehrheit- bis in den Mai 1945 führten und dem die anderen – ganz wenige – sich verweigerten. In diesem hartnäckigen Beschweigen der Tatsache des imperialistischen Eroberungskrieges liegt der eigentliche intellektuelle Skandal, der zugleich ein moralischer ist. Das Aussparen der Kernfrage besitzt durchaus eine politische Dimension. Listig stützte Vogel seine Forderung, Wehrmachtdeserteure zu sortieren, mit der beiläufigen Bemerkung, die auf die Bewohner des Bundeslandes Thüringen zielte, es sei doch auch nicht jeder Deserteur aus der Armee der DDR ein Held gewesen. So wird auf dem „differenzierenden“ Gedankenweg en passant noch die Gleichsetzung von Wehrmacht und NVA erreicht, und

⁵⁷ Die Geschichte dieses Denkmalbaus ist festgehalten in: Dokumentation einer Erfurter Initiative für den unbekanntesten Wehrmachtdeserteur, hrsg. vom DGB-Bildungswerk Thüringen e. V. Erfurt o. J. (fortan: Erfurter Initiative).

⁵⁸ Rede Bernhard Vogels in der Debatte des Thüringer Landtags (auszugsweise), in: Thüringer Allgemeine, 20. Mai 1995, auch im Faksimile in: Erfurter Initiative, S. 17.

darüber hinweggeredet, daß jene einen Eroberungs-, Ausrottungs- und Vernichtungskrieg führte und diese im kalten Krieg ein sehr schwankendes militärisches Gleichgewicht schaffen half, das – so unwohl sich jeder darin auch fühlte – militärische Ambitionen zügelte, die einen dritten Weltkrieg hätten hervorbringen können.

16. ... und die Fragen des Victor Klemperer

Diese Vogelsehe Geschichtsbetrachtung – und der Name steht hier für viele andere, die an seine Seite gesetzt werden könnten – führt weit hinter längst erarbeitete Standpunkte zurück. Einen formulierte der Hochschullehrer und Romanist Victor Klemperer, der verfolgte „Rassejude“, der sich mit seiner „arischen“ Frau nach dem Erlebnis des zweiten Weltkriegs und des Schicksals so vieler seiner Verwandten, Freunde und Bekannten vornahm, den Rest ihres Lebens daran zu setzen, „daß es in Deutschland noch einmal menschlich werde.“ Die unlängst mit soviel Beifall aufgenommene Publikation seiner Tagebücher nützten nicht wenige in der „Goldhagen-Debatte“ als eine Art Selbstbedienungsladen, in dem jeder sich herausuchen kann, was immer ihm gerade passend vorkommt.

Mit einem Brief, den Klemperer vor 50 Jahren schrieb, läßt sich derart nicht verfahren. Sein Adressat war ein Mann, der in der Weimarer Republik in die Reichswehr eingetreten war und es in der Wehrmacht bis zum Major im Generalstab gebracht hatte. Dieser bat, aus der Gefangenschaft früh zurückgekehrt, den Antifaschisten um ein Leumundszeugnis, das damals im Volksmund auch „Persilschein“ genannt wurde. Klemperer lehnte [44:] das Ansinnen mit einer denkwürdigen Begründung ab: „Sie und alle die anderen mußten wissen, welchen wahnsinnigen Verbrechen Sie dienten, welche unausdenkbaren Greuel Sie durch ihre Diensttreue in Schutz nahmen und ermöglichten.“ Und dann weiter: „Sie und so viele mit Ihnen sagen immer: wir sind schuldlos, wir haben es nicht gewußt. Aber hat denn nicht einer von Ihnen den Hitler-Kampf (gemeint ist das Buch „Mein Kampf“ – K. P.) gelesen, wo doch alles nachher Ausgeführte mit schamloser Offenheit vorher geplant ist? Und haben denn all diese Morde, all diese Verbrechen, wohin man auch den Blick wandte, nur uns – ich meine jetzt keineswegs nur die Juden, sondern alle Verfolgten – offengelegen?“ Und schließlich, sich mit dem verbreiteten Argument auseinandersetzend, man habe seinen Platz nur behauptet, um Schlimmeres zu verhüten: „Aber es mußte doch längst vor dem 20. Juli offenbar sein, daß sich da nicht mehr mildem ließ – und nach dem 20. Juli hat man den Wahnsinn noch fast ein ganzes Jahr weitergeführt. Nein, wenn ich die Dinge rein sachlich sehe, kann ich nirgends volle Schuldlosigkeit anerkennen.“⁵⁹

Das waren Fragen und Urteile eines Mannes, dem es fern lag, sich zum Richter über Personen aufzuschwingen, der aber auch wußte, daß wissenschaftliche Methodik Differenzierung *und* Verallgemeinerung kennt und verlangt. Klemperer bestand bei aller Abstufung darauf, daß gerade die deutschen Intellektuellen, und dazu zählte er einschränkungslos auch die ausgebildeten deutschen Offiziere in der Heeresführung, auf die oberen Stufen gesetzt würden, wenn es sich um die Bestimmung von Schuld und Verantwortung handelte.

* * *

Der Streit um die Wehrmacht besitzt eine historische und zugleich eine politische Dimension. Geschichtlich führt er zu der Frage, was war dieses Deutsche Reich, das sich das Dritte nannte? Wie kam es in die deutsche Geschichte? Und: Wie weit und wie gewiß haben wir uns aus dieser Vergangenheit entfernt?

Politisch präsentiert sich in den Auseinandersetzungen um Ausstellungen und Denkmäler die deutsche Mitte. Da drängt sich viel, und ihre Fraktionen können nicht leicht unterschieden werden. Bemerkenswert ist die Rolle sozialdemokratischer Lokalpolitiker und Abgeordneter in Kommunalparlamenten, die zwischen ihren Überzeugungen und einem opportunistischen Taktieren um Wählergunst daherschwanken. In München un-[45:]ter einem sozialdemokratischen Oberbürgermeister steht das Rathaus für die Ausstellung „Vernichtung“ zur Verfügung. In Erfurt stimmten Abgeordneten

⁵⁹ Brief an Hans Hirche, 6. Januar 1947, in: Victor Klemperer: Und so ist alles schwankend. Tagebücher Juni bis Dezember 1945, hg. von Günter Jäckel unter Mitarbeit von Hadwig Klemperer, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 1996, 3. Auflage, S. 222/223.

dieser Partei für das Deserteur-Denkmal. In Bremen, wo eine große Koalition die Stadt verwaltet, werden Sozialdemokraten offenkundig von dem Gedanken geleitet, das Regierungsbündnis mit der CDU nicht zu gefährden. Im hessischen Dillenburg, wo sich eine politische Konfrontation für oder gegen die Wiederaufstellung eines Heldendenkmals ergab, das an den Krieg 1870/71 erinnert, operierte die sozialdemokratische Fraktion im Stadtrat mit dem Verweis auf die Stadtkasse und die Kosten, welche das Unternehmen verursachen würde.⁶⁰ In Göppingen haben Auseinandersetzungen um Erhalt oder Beseitigung eines 1939 errichteten Kriegerdenkmals bis vor das Amtsgericht geführt.⁶¹ Dabei hätte man sich im einen wie im anderen Falle, was den Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei gewiß schwer gefallen wäre, eines Wortes von Kurt Tucholsky erinnern können, der aus der Perspektive des Jahres 1932, das Verhältnis von deutsch-französischem und erstem Weltkrieg im Blick, lakonisch feststellte: „Jede Glorifizierung eines Menschen, der im Kriege getötet worden ist, bedeutet drei Tote im nächsten Krieg.“

Berührt – das ist womöglich ein zu schwaches Wort – sind durch diesen Streit die Bundeswehr und insbesondere die Traditionspflege unter den „Bürgern in Uniform“. Wie es um sie steht, wurde durch das lange, schließlich erst unter Dauerdruck aufgegebene Festhalten an Kasernennamen wie denen von Dietl und Kübler überdeutlich. Manches weist darauf hin, daß der Umgang mit der deutschen Militär- und Kriegsgeschichte auf das unterste „europäische“ Niveau gebracht werden soll. Davon zeugt etwa die Berufung eines Offiziers auf die neue deutsch-französische Waffenbrüderschaft und sein Hinweis, daß die Nachbarn denen keine Achtung entgegenbringen könnten, „die sich des Lebens und Sterbens ihrer Vorfahren schämen.“⁶² Dem mag man den Standpunkt des Österreicher Bildhauers Alfred Hrdlicka gedanklich konfrontieren, der seinem vor Leningrad umgekommenen Bruder ein Grab wünscht, aber erklärte, dessen Name habe auf einer Gedenktafel nichts zu suchen. Zwischen beiden Denk- und Verhaltensweisen liegen Weiten und kein Niemandsland.

[46:] Die Beschäftigung mit den Taten der Millionen deutscher Wehrmachtssoldaten kann (sie muß nicht) gerade die Angehörigen der jüngeren Generation an ein Goethe-Wort gemahnen, das besagt, man sei beim ersten Schritt frei, beim zweiten aber Knecht. Insbesondere mag es diejenigen nachdenklich stimmen, die den Schritt vom Staatsbürger in Zivil zum Staatsbürger in Uniform vor sich haben. Solche Nachdenklichkeit junger Leute aber hat deutschnationale Politiker zu allen Zeiten gestört. Das erwies wiederum auch die erneute Debatte über das Tucholsky-Diktum: „Soldaten sind Mörder“. Die Geschichte der Auseinandersetzung um diese drei Worte, die sich in einem Kommentar des Publizisten aus dem Jahre 1931 finden, wurde inzwischen vorbildlich dokumentiert.⁶³ Ihr jüngstes Kapitel verrät, worum es denen geht, die das Zitat, wie schon im Jahre 1932 vergeblich versucht worden ist, kriminalisieren wollen. Sie sorgen sich um den „Ehrenschatz der Bundeswehr“. Schon ist eine Gesetzesinitiative im Bundestag auf den Weg gebracht, die mit Haftstrafen zu drei Jahren diejenigen bedroht, die einer Herabwürdigung der Bundeswehr und ihrer Soldaten angeklagt werden. Dieses Bestreben hat Otto Schily treffend der „sakralen Erhöhung alles Militärischen“ zugeordnet.⁶⁴ Gegen den Vorsatz hat sich ein auch durch die Zahl der Teilnehmenden beachtlicher Widerspruch vor allem von Schriftstellem und Künstlern erhoben.⁶⁵

⁶⁰ Neunzehn tote Krieger von 70/71. In: „Die Zeit“, 19. April 1996.

⁶¹ Ein „herrliches Kriegerdenkmal“ wird verteidigt, in: jW, 3. März 1997. Auch in Göppingen wurde die Auseinandersetzung u. a. auf den Seiten der Lokalpresse geführt. Es dürfte für künftige wissenschaftliche Untersuchungen eine lohnende Aufgabe sein, den „Zeitgeist“ anhand gerade der veröffentlichten und unveröffentlichten Leserbriefe zu rekonstruieren.

⁶² Zitiert ebenda. Auch in Dillenburg fand eine Leserbrief-Debatte in der Lokalzeitung statt.

⁶³ Michael Hepp/Viktor Otto: Soldaten sind Mörder. Ch. Links Verlag, Berlin 1996.

⁶⁴ Tucholsky-Diskurs unterm Heiligen Kreuz. In: ND, 24. Oktober 1996. Jüngste Meldungen besagen indessen, daß innerhalb der regierenden Parteien Bedenken gegen dieses Vorhaben geäußert werden und der vorhandene gesetzliche Schutz als ausreichend angesehen würde. S. Sterbehilfe für Soldaten- Ehrenschatz. In: ND, 25. Februar 1997.

⁶⁵ Gegen Ehrenschatz für Soldaten. In: ND, 20. Februar 1997. Inzwischen mußte das Vorhaben aufgegeben werden, dessen Wirkung offenkundig auch an der Spitze der Bundeswehr nicht einheitlich bewertet sein mochte. Jedenfalls waren sich auch die als aktive Offiziere an einer öffentlichen Diskussion in München Teilnehmenden mit Zivilisten

Es mag der geistige Kampf um die Wahrheit über den zweiten Weltkrieg uns wie ein Kampf gegen Windmühlen erscheinen und die ihn führen, dem Ritter von der traurigen Gestalt mitunter zum Verwechseln ähneln. Dennoch: Es gibt Chancen, gegen die Verfälschung der Geschichte anzugehen, hierzulande viele und dabei mehr Mitstreiter, als es flüchtigem Blick mitunter vorkommen mag. Zudem gibt es Anzeichen dafür, daß der Streit um die Ausstellung auch zu manchem Nachdenken in den Reihen derer geführt hat, die sich als Streiter gegen Rechtskonservative und [47:] Neonazis verstehen. Die blanke Faust und der ratlose Ruf „Nazis raus“ erweisen ihre Untauglichkeit gegenüber einer Denk- und Stimmungslage, die Millionen gemein ist und sie – wenn auch mit unterschiedlichen Bindekräften – zueinanderführt. Die geistige Auseinandersetzung ist notwendig. Daß sie nicht nur in Sälen, sondern auch auf der Straße erfolgen kann, wurde in München bewiesen, wo Demonstranten an der Spitze ihrem gegen die Ausstellungsgegner gerichteten Zuges ein Transparent „Ohne Wehrmacht kein Holocaust“ vorantrugen. Diese Wahrheit betrifft den Kern des Streits. SS und Holocaust – das konnte bisher zusammengedacht und -gesagt werden. Aber: Wehrmacht und Holocaust? Das Thema ist aus den weithin ungelesenen und von den Medien ignorierten Monographien der Historiker in die Öffentlichkeit der Bundesrepublik gelangt. In mancher Hinsicht bildet es für Deutsche eine „Wiederentdeckung“. Daß die Wehrmacht im besetzten Gebiet Massaker unter Zivilisten anrichtete, wurde schon vor einem halben Jahrhundert Millionen ins Bewußtsein gebracht. Im ersten deutschen Nachkriegsfilm der DEFA mit dem Titel „Die Mörder sind unter uns“. Er wurde am 15. Oktober 1946 uraufgeführt.

Als dieser Aufsatz am 2. April 1997 abgeschlossen wurde, verbreiteten Agenturen eine Meldung aus Potsdam: In einer kürzeren Version lautet sie: „Mit 22 zu 18 Stimmen sprachen sich die Potsdamer Stadtverordneten am Mittwoch gegen den Vorschlag der PDS-Fraktion aus, die Ausstellung ‚Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944‘ dauerhaft nach Potsdam zu holen. Die Gründe reichten von absoluter Ablehnung der Ausstellung durch die CDU bis zur Meinung vom Bürgerbündnis, Potsdam würde mit der Ausstellung erneut zum Sündenbock für preußisch-deutsche Militärgeschichte mißbraucht. Auch OB (d. i. Oberbürgermeister) Horst Gramlich (SPD) stimmte gegen den Antrag.“⁶⁶ Debatte und Entschluß haben Aussicht, in die Geschichte Potsdams und namentlich seiner Stadtväter einzugehen wie übrigens auch die Auseinandersetzungen, die in anderen deutschen Städten zuvor stattfanden und sich wohl weiter fortsetzen werden. Denn darin sind sich die Befürworter mit manchen Gegnern der Dokumentation einig: Ein Schlußstrich soll, aber kann nicht verordnet werden.

auf dem Podium darüber einig, daß ein derartiges Gesetz überflüssig sei. S. Soldaten können Mörder werden. jW, 21. März 1997.

⁶⁶ Potsdam lehnt Ausstellung ab. In: ND, 3. April 1997.

[48:]

Veröffentlichungen 1994-1996

der Mitglieder der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V.

Zusammengestellt von MARGARETE PI ESCHE

Abkürzungen:

BzG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin
Bulletin	Bulletin / Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V., Berlin
DLZ	Deutsche Lehrerzeitung, Berlin
HPB	Das Historisch-Politische Buch, Stuttgart, Kiel
MGM	Militärgeschichtliche Mitteilungen, München
RD	Referatsdienst zur Literaturwissenschaft, Berlin
1999	1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, Hamburg, Köln
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin

Eichholtz, Dietrich

Bücher

1996

Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945. Bd. 3: 1943-1945. Berlin: Akademie-Verl.“ 1996. 803 S. (Unter Mitarb. von Hagen Fleischer, Manfred Oertel, Berthold Puchert u. Karl Heinz Roth)

Beiträge in Sammelchriften

1994

Eichholtz, Dietrich: Wirtschaftskollaboration und „Ostgesellschaften“ in NS-besetzten Ländern 1941-1944. In: Europa unterm Hakenkreuz. Erg.bd. 1: Okkupation und Kollaboration (1938-1945). Beiträge zu Konzepten und Praxis der Kollaboration in der deutschen Okkupationspolitik / Hg.: Bundesarchiv. Zsgest. u. eingel. von Werner Röhr. Berlin; Heidelberg, Hüthig Verlagsgemeinschaft, 1994. S. 433-459

1995

Eichholtz, Dietrich: Das deutsche Großkapital und der Krieg. In: Der 8. Mai 1945 / Hg. von Hans Modrow. Berlin, 1995. S. 169-175

Eichholtz, Dietrich u. Dietrich, Martina: Soziale Umbrüche in Brandenburg 1943-1945. In: Terror, Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus / Hg. [49:] von Brigitte Berlekamp u. Werner Röhr. Münster: Westfälisches Dampfboot, 1995. S. 123-161

1996

Eichholtz, Dietrich: Ausbeutung im „Großwehrwirtschaftsraum“. Institutionen und Praxis der deutschen Wirtschaftspolitik im besetzten Europa. In: „Neuordnung Europas“. Vorträge vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung 1992-1996 / Hg. von Werner Röhr u. Brigitte Berlekamp. Berlin: Ed. Organon, 1996. S. 59-86

Eichholtz, Dietrich: Deutschland am Ende des Krieges – eine kriegswirtschaftliche Bilanz. In: Ebenda. S. 157-178

Eichholtz, Dietrich: Hermann Göring. In: Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen / Hg. von Kurt Pätzold u. Manfred Weißbecker. Leipzig: Militzke, 1996. S. 18-54

Beiträge in Zeitschriften und Periodika

1996

Eichholtz, Dietrich: Deutschland am Ende des Krieges. Eine kriegswirtschaftliche Bilanz. In: Bulletin, (1996) 6, S. 17-41

Eichholtz, Dietrich: La politica nazionalsocialista del „nuovo ordine“ e l'economia tedesca. In: I viaggi di Erodoto, Milano, 10 (1996) 29, S. 98-104

Rezensionen

1994

Die deutsche Staatskrise 1930-1933. Handlungsspielräume und Alternativen / Hg. von Heinrich August Winkler unter Mitarb. von Elisabeth Müller-Luckner. München, 1992. (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien; 26). Rez. in: ZfG, 42 (1994) 3, S. 267-268

Horstmann, Theo: Die Alliierten und die deutschen Großbanken. Bankenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland. Bonn, 1991. Rez. in: ZfG, 42 (1994) 1, S. 95

Modelle für ein deutsches Europa. Ökonomie und Herrschaft im Großwirtschaftsraum / Hg. von Horst Kahrs [u. a.]. Berlin, 1992. (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik; 10). Rez. in: ZfG, 42 (1994) 5, S. 465-466

1995

Zwangsarbeit bei Daimler-Benz / Hg. von Samara Hopmann; Mark Spoerer; Birgitt Weitz; Beate Brüninghaus. Stuttgart, 1994. (Zeitschrift für Unternehmensgeschichte; Beiheft 78). Rez. in: ZfG, 43 (1995) 7, S. 655-658

1996

Naasner, Walter: Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942-1945. Boppard/Rh., 1994. Rez. in: 1999, 11 (1996) 2

[50:] Ranki, György: The economics of the Second World War. Wien; Köln; Weimar, 1993. (Böhlau zeitgeschichtliche Bibliothek; 21). Rez. in: ZfG, 44 (1996) 4, S. 371-373

Gossweiler, Kurt

Bücher

1994

Gossweiler, Kurt: Die Strasser-Legende / Mit einem Vorw. von Gregor Gysi u. einem Beitr. von Norbert Madloch. Berlin: Ed. Ost, 1994. 127 (147) S.

Beiträge in Sammelchriften

1994

Gossweiler, Kurt: Deutscher Rechtsextremismus seit der Novemberrevolution und seine Bekämpfung durch die Arbeiterbewegung und andere demokratische Kräfte. In: 75 Jahre deutsche Novemberrevolution. Bonn: Pahl-Rugenstein, 1994. S. 40-74. (Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung; 21)

Gossweiler, Kurt: Diskussionsbeitrag zum Thema „Dritter Griff nach der Weltmacht“. In: Was tun? Der Konkret-Kongress, Hamburg 1994. Über Bedingungen und Möglichkeiten linker Politik und Gesellschaftskritik. Hamburg: KW „Konkret“, 1994. S. 71-78

Gossweiler, Kurt: Hatte der Sozialismus nach 1945 keine Chance? In: Wider die Resignation der Linken. Stimmen gegen Antikommunismus, Konterrevolution und Annexion. Hamburg: GNN-Verl., 1994. S. 204-219

Gossweiler, Kurt: Zwei Beiträge in griechischer Übersetzung:

1. Der moderne Revisionismus und die Niederlage des Sozialismus (Aus: Weißenseer Blätter 4/1992); 2. Die vielen Schalen der Zwiebel Gorbatschow (Aus: Kommunistische Arbeiterzeitung,

Sonderdruck Februar 1993). Beides in: *Setemata Socialismo – Problematismoi – Synchrones Anatheoretismos & Antepanastase*. Athen: Synchrone Epoche, 1994. S. 13-39; S. 61-101

1995

Gossweiler, Kurt: Anmerkungen zu antifaschistischen Strategien in der Arbeiterbewegung vor 1933. In: *Arbeiterbewegung und Antifaschismus*. Bonn: Pahl-Rugenstein, 1995. S. 132-139. (Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung; 24)

1996

Gossweiler, Kurt: Anmerkungen zum Referat Stefan Doernbergs. In: *50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Wider den Geschichtsrevisionismus*. Bonn: Pahl-Rugenstein, 1996. S. 103-109. (Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung; 25)

[51:] Gossweiler, Kurt: Italienischer und deutscher Faschismus – Gemeinsamkeiten und Unterschiede. In: *Antifaschismus* / Hg. von Frank Deppe; Georg Fülberth u. Rainer Rilling. Heilbronn: Distel-Verl., 1996. S. 279-289

Gossweiler, Kurt: Pour la défense du socialisme: erreurs et succès de l'édification socialiste. In: *The collapse of socialism in the Soviet Union: causes and lessons*. – Brüssel: PTB-Ed. S. 97-122. (PTB-Editions). Auch in: *Streitbarer Materialismus*, München, (1994), Nr. 19

Beiträge in Zeitschriften und Periodika

1994

Gossweiler, Kurt: Die vielen Schalen der Zwiebel Gorbatschow. In: *Offensiv. Sozialistisches Monatsblatt der PDS/Linke Liste aus Niedersachsen, Diskussion, Hannover*, (1994) 4

Gossweiler, Kurt: Der 20. Juli 1944 und die Faschismustheorie. In: *Streitbarer Materialismus*, München, (1994) 19, S. 25-82

Gossweiler Kurt: Stärken und Schwächen im Kampf der SED gegen den Revisionismus. In: *Ebenda*, (1994) 18, S. 35-80

1995

Gossweiler, Kurt: Faschismus aus der „Mitte der Gesellschaft“? In: *Marxistische Blätter*, Essen, (1995) 1, S. 35-44

Gossweiler, Kurt: Was ist Faschismus? Faschismus aus ‚der Mitte der Gesellschaft‘? In: *Transparenz. Informationsschrift für Geschichte und Politik*, Mannheim, (1995) 2-4, S. 19-24; S. 19-24; 12-25

Grieger, Manfred

Beiträge in Sammelchriften

1994

Grieger, Manfred: Rüstung und Unternehmensdeformation im Nationalsozialismus. Das Beispiel des Volkswagenwerkes. In: *Bericht über die 39. Versammlung deutscher Historiker in Hannover 23.-26. September 1992*. Stuttgart; Düsseldorf; Berlin; Leipzig, 1994. S. 224 f.

1995

Grieger, Manfred: River Rouge am Mittellandkanal. Das Volkswagenwerk während des Nationalsozialismus. In: *Zukunft aus Amerika. Fordismus in der Zwischenkriegszeit Siedlung, Stadt, Raum* / Hg. von der Stiftung Bauhaus Dessau und der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen. Dessau, 1995. S. 163-173

[52:] Grieger, Manfred: „Vernichtung durch Arbeit“ in der deutschen Rüstungsindustrie. In: *Vernichtung durch Fortschritt am Beispiel der Raketenproduktion im Konzentrationslager Mittelbau* / Hg. von Torsten Hess u. Thomas A. Seidel. Bad Münstereifel, 1995. S. 43-60

Beiträge in Zeitschriften und Periodika

1995

Grieger, Manfred: Rosa Luxemburg nach der Epochenwende 1989/90. Ein Idol wird besichtigt. In: Z. Zeitschrift für Marxistische Erneuerung, 5 (1994) 20, S. 48-60

Rezensionen

1994

Die Ethnisierung des Sozialen. Die Transformation der jugoslawischen Gesellschaft im Medium des Krieges. Berlin; Göttingen, 1993. Rez. in: 1999, 9 (1994) 2, S. 118-121

Modernisierung durch Vernichtung? Walter Grade: Nationalsozialistische Moderne. Rassenideologische Modernisierung durch Abtretung und Zerstörung gesellschaftlicher Peripherien. Frankfurt/M.; Berlin; Bm, 1994. Rez. in: Informationen, 19 (1994) 40, S. 34 f.

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit Studien zur aktuellen Entwicklung / Hg. vom Institut für Sozialforschung. Frankfurt/M.; New York, 1994. Rez. in: Ebenda, 19 (1994) 40, S. 35

Salzgitter. Geschichte der Gegenwart einer deutschen Stadt 1942-1992 / Hg. von Wolfgang Benz. München, 1992. Rez. in: Der Anschnitt. Zeitschrift für Kunst und Kultur im Bergbau, Essen, 46 (1994) 4-5, S. 174 f.

1995

Anton Burger – ein österreichischer Dienstmann. Karla Müller-Tupath: Verschollen in Deutschland. Das heimliche Leben des Anton Burger. Lagerkommandant von Theresienstadt. Hamburg, 1994. Rez. in: Theresienstädter Studien und Dokumente, Prag, (1995), S. 241-248

Südosteuropa-Handbuch. Bd. VII: Albanien / Hg. von Klaus-Detlev Grothusen. Göttingen, 1993. Rez. in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 1995, S. 395-398

Weser-Ems: Zwangsarbeit. Unter der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus. Dargestellt an den Ereignissen in Weser-Ems 1939-1945 / Hg. von Günter Heuzeroth u. Peter Szyka. Bd. IV/I und IV/2. Oldenburg, 1993 u. 1994. Rez. in: Informationen des Studienkreises Deutscher Widerstand, 20 (1995) 42, S. 32

[53:]

Berichte

1995

Grieger, Manfred: Hans Mommsen- 65 Jahre. In: 1999, 10 (1995) 4, S. 148-154

Halvorsen, Terje

Bücher

1994

Halvorsen, Terje: Fagbevegelsen som etterkrigshistorisk forskningsfelt (Die Gewerkschaftsbewegung der Nachkriegszeit als Forschungsaufgabe). 2. Aufl. Bergen, 1994. (Serie Etterkrigshistorisk register; 13)

1995

Halvorsen, Terje: Gjenoppbygging (Wiederaufbau). Oslo: AL Bibliotekssentralen, 1995, 4 S.

1996

Halvorsen, Terje: Mellem Moskva og Berlin. Norges Kommunistiske Parti under ikkeangrepspakten mellem Sovjet-Unionen og Tyskland 1939-1941. Oslo: Falken Forlag, 1996. 202 S.

Beiträge in Sammelchriften

1995

Halvorsen, Terje: Die Auseinandersetzung mit dem erstarkten Kommunismus in Skandinavien nach Kriegsende. In: Kriegsende im Norden. Vom heißen zum kalten Krieg / Hg. von Robert Bohn u. Jürgen Elvert. Stuttgart: Franz Steiner Verl., 1995. S. 251-265

1996

Halvorsen, Terje: Kommunisten im norwegischen Widerstand. Die Wollweberorganisation. In: „Neuordnung Europas“. Vorträge vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung 1992-1996 / Hg. von Werner Röhr u. Brigitte Berlekamp. Berlin: Ed. Organon, 1996, S. 309-321

Beiträge in Zeitschriften und Periodika

1995

Halvorsen, Terje: Kampen mot kommunistene i de skandinaviske land etter krigen (Der Kampf gegen die Kommunisten in den skandinavischen Ländern nach dem Krieg). In: Arbeiderhistorie, Oslo, (1995), S. 19-27

Halvorsen, Terje: Die kommunistischen Parteien Europas im zweiten Jahr des deutsch-sowjetischen Paktes am Beispiel Norwegens und Frankreichs. Eine kritische Auseinandersetzung mit traditionellen Auffassungen. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin, (1995), S. 32-51

[54] Halvorsen, Terje: Kommunipartiene og Stalin-Hitler-Pakten. Et kritisk oppgjøer med tradisjonelle oppfatninger (Die kommunistischen Parteien und der Stalin-Hitler-Pakt. Eine kritische Auseinandersetzung mit traditionellen Auffassungen). In: Historisk Tidsskrift, Oslo, (1995) 4, S. 441-464

Rezensionen

1995

Berntsen, Harald: To liv – en skjebne. Viggo Hansteen og Rolf Wickstroem (Zwei Leben – ein Schicksal). Oslo, 1995. Rez. in: Fabrikkarbeideren, Oslo, (1995) S. 9

Mitarbeit an Lexika

Halvorsen, Terje: Beiträge (insgesamt 11) zu: Norsk Krigsleksikon 1940-1945 / Hg. von Hans Fredrik Dahl (u. a.). Oslo: J. W. Cappelens forlag, 1995

Hass, Gerhart

Beiträge in Sammelchriften

1994

Hass, Gerhart: Deutsche Okkupationsziele und die Kollaboration in den besetzten Gebieten der Russischen Föderativen Sowjetrepublik 1941-1944. In: Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus 1938-1945. Achtbändige Dokumentenedition. Ergänzungsband 1: Okkupation und Kollaboration 1938-1945. Beiträge zu Konzepten und Praxis der Kollaboration in der deutschen Okkupationspolitik / Zsgest. u. eingel. von Werner Röhr. Berlin; Heidelberg: Hüthig, 1994. S. 273-291

Hass, Gerhart: Der Werwolf 1944/45 – Propaganda und Realität. In: Sachsenhausen bei Berlin. Speziallager Nr. 7 (1945-1950). Kassiber, Dokumente und Studien / Hg. von Günter Agde. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verl., 1994. S. 200-215

dass. gekürzt in: Wir waren damals 19. Fünfzig Jahre 8. Mai in und um Frankfurt. Berichte, Dokumente, Recherchen, Tagebücher, Erinnerungen, Gespräche – ein Lesebuch / Hg. von Jürgen Maerz. Projekt „Lokalhistorische Studien zu 1945 im Land Brandenburg: Zusammenbruch – Befreiung – Besatzung“. Frankfurt/Oder, 1995. S. 295-302

Hass, Gerhart: Zum Rußlandbild der SS. In: Das Rußlandbild im Dritten Reich / Hg. von Hans-Erich Volkmann. Köln; Weimar; Wien: Böhlau Verl., 1994. S. 201-224

1995

Hass, Gerhart: 8. Mai 1945 im Spiegel der Geschichtsschreibung der DDR. In: Deutsch-russische Zeitenwende. Krieg und Frieden 1941-1945 [55:] / Hg. von Hans-Adolf Jacobsen [u. a.]. -Baden-Baden: Nomos Verl.ges., 1995. S. 538-559. (Schriften der Paul Kleinewefers-Stiftung; 2)

1996

Hass, Gerhart Joachim Ribbentrop: „... zwischen den Mahlsteinen der Weltgeschichte zerrieben“. In: Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen / Hg. von Kurt Pätzold u. Manfred Weißbecker. Leipzig: Miltitzke, 1996. S. 55-87

Hass, Gerhart: Kriegsende und Neuanfang in der Geschichtsschreibung der DDR. Auswahlbibliographie. In: Jahresbibliographie. Bibliothek für Zeitgeschichte. Nr. 66. Essen, 1996

Beiträge in Zeitschriften und Periodika

1995

Hass, Gerhart: Dietrich Eichholtz zum 65. Geburtstag. In: 1999, 10 (1995) 4, S. 154-156

Hass, Gerhart: Das Rußlandbild der Deutschen und seine Wandlung im Zweiten Weltkrieg. In: Geschichte. Erziehung. Politik, Berlin, 6 (1995) 4, S. 228-236

Rezensionen

1995

„Unternehmen Barbarossa“. Zum historischen Ort der deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1933 bis Herbst 1941 / Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Hg. von Roland Foerster. München, 1993. (Beiträge zur Militärgeschichte; 40). Rez. in MGM, 54 (1995) 1, S. 213-215

Warmbrunn, Werner: The German occupation of Belgium 1940-1944. New York (u. a.), 1993. (American university studies: Ser. 9; 122). Rez. in: MGM, 54 (1995) 1, S. 235-237

Berichte

Hass, Gerhart: Tagung des Komitees der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Gesellschaft für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges am 30.-31. Oktober 1992. In: Bulletin, (1994), 2, S. 22-26

Heider, Paul

Beiträge in Sammelchriften

1994

Heider, Paul: Zum Rußlandbild im Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und Bund Deutscher Offiziere. In: Das Rußlandbild im Dritten Reich / [56:] Hg. von Hans-Erich Volkmann. – Köln; Weimar; Wien: Böhlau Verl., 1994. S. 165-199

1995

Heider, Paul: Der Bolschewismus – eine Hauptlinie im prosowjetischen Rußlandbild deutscher Kommunisten und Antifaschisten. In: Rußland und Europa. Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems. Leipzig: Rosa Luxemburg Verein, 1995. S. 269-279

Heider, Paul: Deutschland nach Hitler. Überlegungen im Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und im Bund Deutscher Offiziere. In: Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit / Hg. von Willi Hansen, Gerhard Schreiber u. Bernd Wegner. München: Oldenbourg Verl., 1995. S. 347-367

Heider, Paul: Das NKFD und der BDO in der Historiographie der DDR und die „Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere“. In: Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund deutscher Offiziere / Hg. von Gerd R. Ueberschär. Frankfurt/M.: Fischer Taschenb. Verl., 1995, S. 161-181

Heider, Paul: „Nicht Feind, nicht Gegner, sondern Partner“. Zum Transformationsprozeß der Nationalen Volksarmee auf dem Weg in die deutsche Einheit. In: Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit. Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945 bis 1995 / Hg. von Bruno Thoß. München, 1995. S. 419-442

1996

Heider, Paul: Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“. Antihitlerbündnis oder Koalition für ein demokratisches Deutschland? In: „Neuordnung Europas“. Vorträge vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung 1992-1996 / Hg. von Werner Röhr u. Brigitte Berlekamp. Berlin: Ed. Organon, 1996. S. 323-336

Beiträge in Zeitschriften und Periodika

1995

Heider, Paul: Die NVA im Herbst 1989. Zu ihrer Haltung während der revolutionären Umwälzung und ihr innerer Wandel auf dem Weg in die deutsche Einheit. In: Utopie kreativ, Berlin, (1995), April, S. 47-63

Rezensionen

1994

Der Nachrichtendienst der KPD 1919-1937 / Hg. von Bernd Kaufmann; Eckard Reisener, Dieter Schwips u. Henri Walter. Berlin, 1992. Rez. in: BzG, (1994) 4, S. 111-113

[57:] Stalingrad. Ereignis – Wirkung – Symbol / Hg. von Jürgen Förster. München-Zürich, 1992. Rez. in: BzG, (1994) 1, S. 106-108

1995

Buddrus, Michael: Die Organisation „Dienst für Deutschland“. Arbeitsdienst und Militarisierung in der DDR. München, 1994. Rez. in: BzG, (1995) 3, S. 124-125

Geschichte und Transformation des SED-Staates / Hg. von Klaus Schröder. Berlin, 1994. Rez. in: BzG, (1995) 2, S. 109-112

„Nach Hitler kommen wir“ / Hg. von Peter Erler, Horst Laude u. Manfred Wilke. Berlin, 1994. Rez. in: BzG, (1995) 2, S. 109-112

Stalingrad. Mythos und Wirklichkeit einer Schlacht / Hg. von Wolfram Wette u. Gerd R. Ueberschär. Frankfurt/M., 1992. Rez. in: BzG, (1995) 3, S. 122-124

1996

Deserteure der Wehrmacht. Feiglinge – Opfer – Hoffnungsträger? Dokumentation eines Meinungswandels / Hg. von Wolfram Wette. Essen, 1995. Rez. in: ZfG, 44 (1996) 4, S. 373-375

Walter, Franz; Dürr, Tobias; Schmidke, Klaus: Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora. Bonn, 1993. Rez. in: BzG, (1996) 1, S. 116-118

Berichte

1995

Heider, Paul: Konferenz zum Thema „Kapitulation und Befreiung“. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin, 31 (1995) 1, S. 148-149

1996

Heider, Paul: Deutsche Widerstandskämpfer in den Reihen der Alliierten. In: Bulletin, (1996) 6, S. 77-79

Heider, Paul: „Im Bunde mit dem Feind. Deutsche auf alliierter Seite“. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 32 (1996) 1, S. 136-137

Hinze, Sibylle

Beiträge in Sammelchriften

1995

Hinze, Sibylle: Opfer von SA und Gestapo im Land Brandenburg (1933-1936). In: Terror, Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus. Probleme einer Sozialge-[58:]schichte des deutschen Faschismus / Hg. von Brigitte Berlekamp und Werner Röhr. Münster: Westfälisches Dampfboot, 1995. S. 191-204

Hinze, Sibylle: Vom Schutzmann zum Schreibtischmörder. Die Staatspolizeistelle Potsdam. In: Die Gestapo – Mythos und Realität / Hg. von Gerhard Paul, Klaus Michael Mallmann. Darmstadt, 1995.

Lotfi, Gabriele

Beiträge in Sammelchriften

1996

Lotfi, Gabriele: Das Arbeitserziehungslager Flughafen Mülheim-Ruhr. In: Mülheimer Jahrbuch '97. 52. Ausgabe / Hg. vom Verkehrsverein Mülheim an der Ruhr e. V. in Verbindung mit der Presseabteilung der Stadt Mülheim an der Ruhr. Duisburg: WAZ-Druck, 1996, S. 151-159

Lotfi, Gabriele: Der Befehlshaber der Ordnungspolizei in Münster und der Luftschutz im Zweiten Weltkrieg. In: Villa ten Hompel. Sitz der Ordnungspolizei im Dritten Reich. Vom „Tatort Schreibtisch“ zur Erinnerungsstätte / Hg. von Alfons Kenkmann. Münster. agenda-Verl., 1996. S. 78-98

Lotfi, Gabriele: Der Einsatz der Ordnungspolizei in Arbeitserziehungslagern der rheinisch-westfälischen Gestapo. In: Ebenda, S. 11-27

Moll, Martin

Beiträge in Sammelchriften

1995

Moll, Martin: Kapitulation oder heroischer Endkampf in der „Festung Norwegen“? Die Entscheidung für ein friedliches Ende der deutschen Okkupation Dänemarks und Norwegens im Frühjahr 1945. In: Kriegsende im Norden: Vom heißen zum kalten Krieg / Hg. von Robert Bahn und Jürgen Elvert. Stuttgart: Franz Steiner Verl, 1995. (Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft; Beiheft 14). S. 43-83

Moll, Martin: Die Stadler: Ein oststeirisches Adelsgeschlecht und ihre Herrschaft Stadl an der Raab. In: St. Ruprecht an der Raab: Beiträge zur Geschichte einer oststeirischen Marktgemeinde / Hg. von Robert F. Hausmann. St. Ruprecht an der Raab: Eigenverl., 1995. S. 84-99

1996

Moll, Martin: Editionsprojekt Hitlers schriftliche zivile Anordnungen 1939-1945. In: „Neuordnung Europas“. Vorträge vor der Berliner Gesellschaft [59:] für Faschismus- und Weltkriegsforschung 1992-1996 / Hg. von Werner Röhr u. Brigitte Berlekamp. Berlin: Ed. Organon, 1996. S. 387-413

Rezensionen

1994

Ausgewählte Operationen und ihre militärhistorischen Grundlagen / Hg. von Hans-Martin Ottmer u. Heiger Ostertag. Herford; Sonn, 1993. (Operatives Denken und Handeln in deutschen Streitkräften; 4). Rez. in: MGM, 53 (1994) 1, S. 228 f.

Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918-1938 / Hg. von Arnold Suppan. Band 1 und 2. Wien, 1993 u. 1994. Rez. in: Historicum / Sommer 1994, S. 35

Die deutsche Luftwaffe 1939-1945: Führung und Truppe / Hg. von Kurt Mehner u. Reinhard Teuber. Norderstedt, 1993. Rez. in: MGM, 53 (1994) 2, S. 570 f.

Der Erste Weltkrieg als Kommunikationsereignis / Hg. von Siegfried Quandt u. Horst Schichtel. Gießen, 1993. (Medien – Kommunikation – Geschichte; 1). Rez. in: Publizistik, Opladen, 39 (1994) 4, S. 480 f.

Flugblattpropaganda im 1. und 2. Weltkrieg / Hg. von Klaus Kirchner [u. a.]. (Gesamtwerk: Ca. 20 Bände). Erlangen, 1978 ff. Rez. in: Ebenda, 39 (1994) 2, S. 242-245

Geheimdienstkrieg gegen Deutschland: Subversion, Propaganda und politische Planungen des amerikanischen Geheimdienstes im Zweiten Weltkrieg / Hg. von Jürgen Heideking u. Christof Mauch. Göttingen, 1993. Rez. in: MGM, 53 (1994) 1, S. 207-209

Gruber, Karl: Reden und Dokumente 1945-1953. Eine Auswahl / Hg. von Michael Gehler. Wien; Köln; Weimar, 1994. (Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck. Arbeitskreis Europäische Integration. Historische Forschungen. Veröffentlichungen; 2). Rez. in: Historicum / Herbst 1994, S. 43

Hausjell, Fritz: Journalisten für das Reich: Der „Reichsverband der deutschen Presse“ in Österreich 1938-1945. Wien, 1993. (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik; 56). Rez. in: Publizistik, Opladen, 39 (1994) 2, S. 245 f.

Klinkhammer, Lutz: Zwischen Bündnis und Besatzung. Das nationalsozialistische Deutschland und die Republik von Salo 1943-1945. Tübingen, 1993. (Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom; 75). Rez. in: HPB, 42 (1994). S. 207

[60:] Plakatsammlung des Instituts für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund. Teile A, B ,C und Kommentar- und Registerband / Bearb. von Barbara Posthoff. München; London; New York; Paris, 1988-1992. (Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung 50/1 und 50/2). Rez. in: Publizistik, Opladen, 39 (1994) 1, S. 123-125

Rathkolb, Oliver: Die USA und Österreich im Kalten Krieg. Ms. Habilschrift Wien, 1993. Rez. in: Historicum /Winter 1993/94, S. 8-10

Sakowska, Ruta: Die zweite Etappe ist der Tod: NS-Ausrottungspolitik gegen die polnischen Juden, gesehen mit den Augen der Opfer. Ein historischer Essay und ausgewählte Dokumente aus dem Ringelblum-Archiv 1941-1943. Berlin, 1993. (Publikationen der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz; 3). Rez. in: HPB, 42 (1994), S. 350

Schmeling, Anke: Josias Erbprinz zu Waldeck und Pyrmont: Der politische Weg eines hohen SS-Führers. Kassel, 1993. (Nationalsozialismus in Nordhessen. Schriften zur regionalen Zeitgeschichte; Heft 16). Rez. in: Ebenda, 42 (1994), S. 297 f.

Die Wiener Jahrhundertwende: Einflüsse, Umwelt, Wirkungen / Hg. von Jürgen Nautz u. Richard Vahrenkamp. Wien; Köln; Graz, 1993. (Studien zu Politik u. Verwaltung; 46). Rez. in: Ebenda, 42 (1994), S. 167

1995

Becker, Hans-Jürgen: Wasserflugzeuge – Flugboote, Amphibien, Schwimmerflugzeuge: Entwicklungsgeschichte der deutschen Flugboote, Schwimmerflugzeuge, Amphibien, Bodeneffektgeräte sowie Bordflugzeuge. Bonn, 1994. (Die deutsche Luftfahrt; 21). Rez. in: MGM, 54 (1995) 1, S. 319 f.

Die deutsche Staatskrise 1930-1933: Handlungsspielräume und Alternativen / Hg. von Heinrich August Winkler. (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien; 26). München, 1992. Rez. in: Historicum / 43 (Frühling 1995), S. 43.

Elvert, Jürgen: Geschichte Irlands. München, 1993. Rez. in: Ebenda, Nr. 44 (Sommer 1995), S. 33

Das Ende der Weimarer Republik und die nationalsozialistische Machtergreifung: Vorträge Heidelberger Historiker in der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte / Hg. von Christoph Gradmann u. Oliver von Mengersen. Heidelberg, 1994. Rez. in: MGM, 54 (1995) 1, S. 275 f.

Hanisch, Ernst: Der lange Schatten des Staates: Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Wien, 1994. Rez. in: Historicum / Nr. 43 (Frühling 1995), S. 37

[61:] Karner, Stefan: Im Archipel GUPVI: Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941-1956. Wien; München, 1995. Rez. in: Ebenda, Nr. 44 (Sommer 1995), S. 33 f.

Ottmer, Hans-Martin: „Weserübung“: Der deutsche Angriff auf Dänemark und Norwegen im April 1940. München, 1994. (Operationen des Zweiten Weltkrieges; 1). Rez. in: HPB, 43 (1995), S. 392 f.

Raymond Aron: Über Deutschland und den Nationalsozialismus: Frühe politische Schriften / Hg. von Joachim Stark. Leverkusen, 1993. Rez. in: Ebenda, 43 (1995), S. 489

Steinert, Marlis: Hitler. München, 1994. Rez. in: Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft, Stuttgart, 8 (1995) 2, S. 310-313

Warmbrunn, Werner: The German occupation of Belgium 1940-1944. Frankfurt/M., 1993. Rez. in: HPB, 43 (1995), S. 393 f.

Winker, Klaus: Fernsehen unterm Hakenkreuz: Organisation, Programm, Personal. Köln; Weimar; Wien, 1994. (Medien in Geschichte und Gegenwart; 1). – Rez. in: Publizistik, Opladen, 40 (1995) 4, S. 518-520

Zeutschner, Heiko: Die braune Mattscheibe: Fernsehen im Nationalsozialismus. Hamburg, 1995. Rez. in: Ebenda, 40 (1995) 4, S. 518-520

Berichte, Diverses

1995

Moll, Martin: Editionsprojekte zu Hitlers schriftlich ergangenen Befehlen ziviler Natur 1939-1945: Ein Zwischenbericht In: Bulletin, (1995), 4, S. 56-64

Moll, Martin: Kriegsende im Norden: Vom heißen zum kalten Krieg (Bericht über eine Tagung der Uni Kiel Oktober 1994). In: Bulletin, (1995), 4, S. 65-72

Mitarbeit an Lexika

Moll, Martin: Artikel zu diversen Stichworten. In: Norsk Krigsleksikon 1940-1945/ Hg. von Hans Fredrik Dahl; Guri Hjeltnes; Berit Nokleby; Nils Johan Ringdal; Oystein Sorensen. Oslo 1995

Pätzold, Kurt

Bücher

1994

Pätzold, Kurt u. Erika Schwarz: „Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof“. Franz Nowak – der Transportoffizier Adolf Eichmanns. Berlin: Metropol Verl., 1994. 240 S. (Dokumente, Texte, Materialien; 13)

[62:]

1995

Pätzold, Kurt u. Manfred Weißbecker: Adolf Hitler. Eine politische Biographie. Leipzig: Militzke, 1995. 640 S.

Herausgebertätigkeit

1996

Dokumente gegen Legenden. Chronik und Geschichte der Abwicklung der MitarbeiterInnen des Instituts für Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Hg. von Kurt Pätzold

gemeinsam mit Ingrid Martschencz, Erika Schwarz, Sonja Stiegnitz. Berlin: MAAS Verlag, 1996. 200 S.

Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen / Hg. von Kurt Pätzold u. Manfred Weißbecker. Leipzig: Militzke, 1996, 480 S.

Beiträge in Sammelchriften

1994

Pätzold, Kurt: „Die vorbereitenden Arbeiten sind eingeleitet“. Zum 50. Jahrestag der Wannsee-Konferenz. In: Antisemitismus und Judenmord. Beiträge zur Geschichte der Judenverfolgung / Beiträge von Helmut Eschwege [u. a.]. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Verein, 1994. S. 31-50. (Texte zur politischen Bildung; 16)

1995

Pätzold, Kurt: Der braune Antisemitismus. In: Antisemitismus. Geschichte, Interessenstruktur, Aktualität / Hg. von Gudrun Hentges; Guy Kempfert; Reinhard Kühnl. Heilbronn: Distel Verl., 1995. S. 115-123

Pätzold, Kurt: Hitler et les Berlinois. In: Berlin 1933-1945. Séduction et terreur: croisade pour une catastrophe. Paris, 1995. S. 70-92. (Serie Memoires; 37)

1996

Pätzold, Kurt: Alfred Jodl „... weil ich nichts zu verbergen hatte“. In: Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen / Hg. von Kurt Pätzold u. Manfred Weißbecker. Leipzig: Militzke, 1996. S. 332-366

Pätzold, Kurt: Arthur Seyß-Inquart „... wie immer der Weg führt“. In: Ebenda, S. 367-400

Pätzold, Kurt: Hans Frank „... wir liquidieren die Dinge im Lande“. In: Ebenda, S. 186-223

Pätzold, Kurt u. Weißbecker, Manfred: Im Streit um Hitler – Nach dem Schreiben einer Biographie. In: Antifaschismus / Hg. von Frank Deppe, Georg Fülberth und Rainer Rilling. Heilbronn: Distel Verl. 1996, S. 290-309

Pätzold, Kurt: Judenmord und Kriegsaufwand. In: „Neuordnung Europas“. Vorträge vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Welt-[63:]kriegsforschung 1992-1996 / Hg. von Werner Röhr u. Brigitte Berlekamp. Berlin: Ed. Organon, 1996. S. 289-306

Pätzold, Kurt: Julius Streicher „... he was a good person“. In: Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen / Hg. von Kurt Pätzold u. Manfred Weißbecker. Leipzig: Militzke Verl., 1996. S. 264-296

Pätzold, Kurt: La storiografia della Repubblica Democratica Tedesca in retrospettiva. Una discussione. In: I Muri della storia. Storie e storiografia dalle dittature alle democrazie 1945-1990 / a cura di Gustavo Corni. Atti del convegno internazionale Trieste, 6-8 ottobre 1994. Trieste: Edizioni Lint, 1996. S. 119-132

deutsch: in: Gustavo Corni / Martin Sabrow: Die Mauern der Geschichte. Historiographie in Europa zwischen Diktatur und Demokratie. Leipzig: Akademische Verlagsanstalt, 1996. S. 187-203

Pätzold, Kurt: Die Utopie einer pluralistischen Universität. Zum Rektorat Heinrich Finks. In: Universität im Zwiespalt von Geist und Macht. Zu Ergebnissen und Erfahrungen der hochschulpolitischen Umbrüche in Deutschland von 1945 und 1989/90. Jena, 1996. S. 162-171. (Schriftenreihe des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft)

Pätzold, Kurt: „Zwangvereinigung“ – War das die Frage aller Fragen? Unvollständiger Rückblick auf einen 50. Jahrestag. In: Nach der Debatte. Erfahrungen aus dem Streit um den 50. Jahrestag des

Zusammenschlusses von KPD und SPD. Jena, 1996. S. 3-20. (Schriftenreihe des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft; 26)

Beiträge in Zeitschriften und Periodika

1995

Pätzold, Kurt: Die Nazis verkündeten vor 60 Jahren die sogenannten Nürnberger Rassengesetze. In: antifa, Berlin, (1995) 9, S. 17-20

Pätzold, Kurt: Persecution and the Holocaust. A Provisional Review of GDR Historiographie. In: Leo Baeck Institute Year Book, London, 40 (1995), S. 291-312.

Pätzold, Kurt: Zweierlei Freiheiten. Die Phantasie des Historikers und des Filmemachers beim Umgang mit dem „Holocaust“. In: Mitteilungen des Instituts für Wissenschaft und Kunst, Wien, 50 (1995) 4, S. 24-31

1996

Pätzold, Kurt: Die Katastrophe des Jahres 1933 und die Folgen. In: Icarus. Zeitschrift für soziale Theorie und Menschenrechte, 2 (1996) 6, S. 19-25

Pätzold, Kurt: Sind die Helden müde? Zehn Jahre nach dem Historikerstreit. In: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, 7 (1996) 28, S. 117-130

[64:] Pätzold, Kurt: Die verweigerte Herausforderung. Daniel Goldhagen und seine Kritiker. In: Bulletin, (1996) 7, S. 26-67

Pätzold, Kurt: Die „Weltkrieg II-Lügen“. Von Ursprüngen, Methoden und Absichten. In: antifa, (1996) 10, S. 17-20. Gekürzte Fassung in: Marxistische Blätter, 34 (1996) 5, S. 77-81

Pätzold, Kurt: Auf allen Vieren? (Zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD zur SED). In: Konkret, Hamburg, (1996) 3

Rezensionen

1994

Friedlich, Jörg: Das Gesetz des Krieges. Das deutsche Heer in Rußland 1941 bis 1945. Der Prozeß gegen das Oberkommando der Wehrmacht. München, 1993. Rez. in: Konkret, Hamburg, (1994) 2, S. 56-58

Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik / Hg. von Mechthild Rössler u. Sabine Schleiermacher unter Mitarb. von Cordula Tolmien. Berlin, 1994. (Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts). Rez. in: Ebenda, (1994) 2, S. 56-58

Die Tagebücher des Joseph Goebbels / Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte u. mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußland Hg. von Elke Fröhlich. T. II, Bd. 7, 8, 9 (702, 591, 655 S.). München, 1993. Rez. in: ZfG, 42 (1994) 6, S. 554-557

1995

Der „gesäuberte“ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente / Hg. von Lutz Niethammer unter Mitarb. von Karin Hartewig; Hany Stein u. Leonie Wannemacher. Berlin, 1994. 566 S. Rez. in: Konkret, Hamburg, (1995) 7, S. 20-24; ebenfalls in: Bulletin, (1996), 7, S. 26-67

Hilberg, Raul: Unerbetene Erinnerung. Der Weg eines Holocaust-Forschers. Frankfurt/M., 1994. Rez. in: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, Frankfurt/M., 34 (1995) 133, S. 242-243

Nothnagel, Hans; Dähn, Ewald: Juden in Suhl. Ein geschichtlicher Rückblick. Konstanz, 1995. Rez in: Ebenda, 34 (1995) 134, S. 200-201

1996

Klemperer, Viktor: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1903-1945 / Hg. von Walter Nowojcki unter Mitarbeit von Hadwig Klemperer. Berlin, 1995. Rez. in: Ebenda, 35 (1996) 137, S. 190-191

[65:] Wolffsohn, Michael: Die Deutschland-Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legende. München, 1995. Rez. in: Konkret, Hamburg, (1996) 2, S. 26-28.

Berichte

„Gut, daß es nichts kostet“. (Das am 15. Juni 1994 eingeweihte „Haus der Geschichte“ in Bonn). In: Konkret, Hamburg, (1994) 8, S. 50-52

Petrick, Fritz

Beiträge in Sammelchriften

1994

Petrick, Fritz: Die norwegische Kollaboration 1940-1945. In: Europa unterm Hakenkreuz. Erg.bd. 1: Okkupation und Kollaboration (1938-1945). Beiträge zu Konzepten und Praxis der Kollaboration in der deutschen Okkupationspolitik / Hg.: Bundesarchiv. Zsgest. u. eingel. von Werner Röhr. Berlin; Heidelberg: Hüthig, 1994. S. 119-130

1995

Petrick, Fritz: Einar Gerhardsen (1897-1987). In: Lebensbilder europäischer Sozialdemokraten / Hg. von Otfried Dankelmann. Wien: Verl. für Gesellschaftskritik, 1995. S. 175-185

Petrick, Fritz: Die Umstellung der norwegischen und dänischen Volkswirtschaft von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft. In: Kriegsende im Norden. Vom heißen zum kalten Krieg / Hg. von Robert Bahn u. Jürgen Elvert. Stuttgart: Franz Steiner Verl., 1995. S. 295-301

1996

Petrick, Fritz: Dänemark, das „Musterprotektorat“? In: „Neuordnung Europas“. Vorträge vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung 1992-1996 / Hg. von Werner Röhr u. Brigitte Berlekamp. Berlin: Ed. Organon, 1996. S. 31-46

Beiträge in Zeitschriften und Periodika

1995

Petrick, Fritz: Den Tyske Arbejdsfront og fagbevægelsen i de tysk besatte lande. In: Årbog for arbejderbevægelsens historie 1994; deutsch: Die DAF und die Gewerkschaften in von Deutschland besetzten Ländern. In: Bulletin, (1995), 4, S. 1-33

[66:]

Rezensionen

1994

Arbejderbevægelsens historie i Norge. Bd. 1-6. Oslo, 1985-1990. Rez. in: International review of social history, (1994), S. 93-99 (zusammen mit Michael F. Scholz)

Ellingsen, Dag: Krigsprofiterene og rettsoppgjøret (Die Kriegsgewinnler und die gerichtliche Abrechnung). Oslo, 1993. Rez. in: HPB, 42 (1994) 7/8, S. 293

Foreren har befalet – Jadeaktionen oktober 1943 / Hg. von Hans Sode-Madsen. Kopenhagen, 1993. Rez. in: Ebenda, 42 (1994) 11/12, S. 469

Kan, Alexander: Nikolai Bucharin und die skandinavische Arbeiterbewegung. Mainz, 1993. Rez. in: ZfG, 42 (1994) 8, S. 751-752

Oberdörfer, Eckhardt: „Von der Wiege bis zur Bahre“ ist doch Gryps das einzig Wahre. Ein Streifzug durch die Geschichte der Universität Greifswald und ihrer Studenten. Schernfeld, 1993. Rez. in: HPB, 42 (1994) 11/12, S. 515 f.

Ortner, Helmut: Der einsame Täter. Der Mann, der Hitler töten wollte. Göttingen, 1993. Rez. in: Ebenda, 42 (1994) 1/2, S. 34 f.

Pundik, Herbert: Det kan ikke ske i Danmark. Jodernes flugt til Sverige 1943. Kobenhagen, 1993. Rez. in: Ebenda, 42 (1994) 11/12, S. 469 f.

Rosh, Lea u. Schwarberg, Günther: Der letzte Tag von Oradour. Göttingen, 1994. Rez. in: Ebenda, 42 (1994) 11/12, S. 476

Roth, Karl Heinz: Intelligenz und Sozialpolitik im „Dritten Reich“. Eine methodisch-historische Studie am Beispiel des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der Deutschen Arbeitsfront. München, 1993. Rez. in: Ebenda, 42 (1994) 3/4, S. 128 f.

Scheel, Heinrich: Vor den Schranken des Reichskriegsgerichts. Mein Weg in den Widerstand. Berlin, 1993. Rez. in: Ebenda, 42 (1994) 3/4, S. 124 f.

Sommer-Lefkovits, Elisabeth: Ihr seid auch in dieser Hölle? Erinnerungen an die unheilvollen Zeiten 1944-1945. Zürich, 1994. Rez. in: Ebenda, 42 (1994) 11/12, S. 476 f.

1995

Bahar, Alexander: Sozialrevolutionärer Nationalismus zwischen Konservativer Revolution und Sozialismus. Harre Schulze-Boysen und der „Gegner“-Kreis. Koblenz, 1992; Boysen, Elsa: Harro Schulze-Boysen. Das Bild eines Freiheitskämpfers. Koblenz, 1992. Rez. in: Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft, Stuttgart, (1995) 1, S. 141-143

[67:] Ottmer, Hans-Martin: „Weserübung“. Der deutsche Angriff auf Dänemark und Norwegen im April 1940. München, 1994. Rez. in: ZfG, 43 (1995) 10, S. 945-946

1996

Scholz, Michael F.: Herbert Wehner in Schweden 1941-1946. München, 1995. (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; 70). Rez. in: Arbejderhistorie. Tidsskrift for historie, kultur og politik, (1996) 4, S. 135-137

Urban, Wolfgang: Rügen- so wie es war. Düsseldorf, 1995. Rez. in: HPB, 44 (1996) 3/4, S. 150

Berichte

1995

Petrick, Fritz: Callesen, Gerd: Den sidste landsfader (Der letzte Landesvater) [ThoNald Stauning]. In: 1999, (1995) 1, S. 138 f.

Petrick, Fritz: Ein neues Periodikum: Das Bulletin der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung. In: 1999, (1995) 2, S. 129

1996

Petrick, Fritz: Hitlers „Führererlasse“ 1933-1945: Ein neues Editionsprojekt. In: 1999, (1996) 1, S. 140 f.

Petrick, Fritz: Die Kriegsniederlage des deutschen Faschismus – Probleme einer Wirtschaftsbilanz. Ein Kolloquium mit Dietrich Eichholtz. In: 1999, (1996) 1, S. 139 f.

Puchert, Berthold

Bücher (Koautor)

1996

Puchert, Berthold: Der deutsche Außenhandel im zweiten Weltkrieg. In: Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945. Bd. 3: 1943-1945. Berlin: Akademie-Verl., 1996. S. 393-507

Beiträge in Sammelchriften

1996

Puchert, Berthold: Die ökonomische Kriegsbereitschaft Deutschlands und Polens im Jahre 1939. In: „Neuordnung Europas“. Vorträge der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung 1992-1996 / Hg. von Werner Röhr u. Brigitte Berlekamp. Berlin: Ed. Organon, 1996. S. 127-155

[68:]

Beiträge in Zeitschriften und Periodika

1996

Puchert, Berthold: Deutscher Außenhandel im zweiten Weltkrieg am Beispiel der Schweiz skizziert. In: Bulletin, (1996) 6, S. 42-50

Püschel, Almuth

Bücher

1996

Püschel, Almuth: „... der Angeklagte ist Jude.“ Die Auswirkungen der antisemitischen Gesetzgebung auf Bürger der Provinz Brandenburg. Potsdam, 1996. 136 S. (Brandenburgische historische Hefte; 2)

Beiträge in Sammelchriften

1995

Püschel, Almuth: Ein Atelier am Rande der Stadt. Ein Streit um Kompetenzen und Macht. In: Potsdam. Märkische Kleinstadt – Europäische Residenz. Reminiszenzen einer eintausendjährigen Geschichte / Hg. von Peter Michael Hahn; Kristina Hübener; Julius H. Schoeps. Berlin, 1995

Püschel, Almuth: Une capitale du cinéma. In: Berlin 1933-1945. Séduction et terreur, croisade pour une catastrophe / Hg. von Lionel Richard. Paris, 1995

Mitarbeit an Lexika

1994

Stichworte: Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur; Arbeiterradiobewegung. In: Lexikon zur Geschichte der deutschen sozialistischen Literatur von den Anfängen bis 1945 / Hg. von Silvia Schlenstedt; Simone Barck [u. a.]. Stuttgart, 1994

Putensen, Dörte

Herausgebertätigkeit

1996

Finnland und Deutschland. Forschungen zur Geschichte der beiden Länder und ihrer Beziehungen / Hg. von Manfred Menger u. Dörte Putensen. Hamburg, 1996

Beiträge in Sammelchriften

1995

Putensen, Dörte: Die „Finnlandisierung“ Finnlands. In: Kriegsende im Norden. Vom heißen zum kalten Krieg / Hg. von Robert Bohn u. Jürgen Elvert. Stuttgart, 1995. S. 281-293

[69:] Putensen, Dörte: Karl Harald Wiik (1883-1946). In: Lebensbilder europäischer Sozialdemokraten / Hg. von Otfried Dankelmann. Wien: Verl. für Gesellschaftskritik, 1995. S. 489-500

1996

Putensen, Dörte: Das nordische Zusammenarbeitskomitee der sozialdemokratischen Parteien und der Winterkrieg. In: Finnland und Deutschland. Forschungen zur Geschichte der beiden Länder und ihrer Beziehungen / Hg. von Manfred Menger u. Dörte Putensen. Hamburg, 1996. S. 147-158

Rezensionen

1994

Tietoa, taitoa, asiantuntemusta. Helsinki eurooppalaisessa kehityksessä 1875-1917 (Wissen, Kunst und Sachverstand. Helsinki in der europäischen Entwicklung 1875-1917). Bd. 1-3. Helsinki, 1992. Rez. in: ZfG, 42 (1994) 12, S. 1123-1124

1995

Kan, Alexander: Nikolai Bucharin und die skandinavische Arbeiterbewegung. Mainz, 1993. Rez. in: 1999, (1995) 4, S. 135-137

Röhr, Werner

Herausgebortätigkeit

Bulletin / Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V., Wissenschaftliche Halbjahresschrift; Berlin: Ed. Organon. (seit 1993)

1994

Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945). Achtbändige Dokumentenedition. Hg. vom Bundesarchiv. Ergänzungsband 1: Okkupation und Kollaboration (1938-1945). Beiträge zu Konzepten und Praxis der Kollaboration in der deutschen Okkupationspolitik / Zus.gest. u. eingel. von Werner Röhr. Berlin; Heidelberg: Hüthig, 1994, 632 S.

1995

Terror, Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte des deutschen Faschismus / Hg. von Brigitte Berlekamp u. Werner Röhr. Münster: Westfälisches Dampfboot, 1995. 346 S.

1996

Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945). Achtbändige Dokumentenedition. Hg. vom Bundesarchiv. Band 8: Analysen – Quellen – Register / Zus.gest. u. eingel. von Werner Röhr. Heidelberg: Hüthig, 1996. 904 S.

[70:] „Neuordnung Europas“. Vorträge vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung 1992-1996 / Hg. von Werner Röhr und Brigitte Berlekamp. Berlin: Ed. Organon, 1996. 453 S.

Beiträge in Sammelchriften

1994

Röhr, Werner: Einleitung. In: Europa unterm Hakenkreuz. Ergänzungsband 1: Okkupation und Kollaboration (1938-1945). Beiträge zu Konzepten und Praxis der Kollaboration in der deutschen Okkupationspolitik / Zus.gest. u. eingel. von Werner Röhr. Berlin; Heidelberg: Hüthig, 1994. S. 17-30

Röhr, Werner: Esaus Bruder und das Linsengericht. In: Die kurze Zeit der Utopie. Die „zweite“ DDR 1989/1990 / Hg. von Siegfried Prokop. Berlin, 1994. S. 175-186

Röhr, Werner: Okkupation und Kollaboration. In: Europa unterm Hakenkreuz. Ergänzungsband 1: Okkupation und Kollaboration (1938-1945). Beiträge zu Konzepten und Praxis der Kollaboration in der deutschen Okkupationspolitik / Zus.gest. u. eingel. von Werner Röhr. Berlin; Heidelberg: Hüthig, 1994. S. 59-84

Röhr, Werner: Von der Offenbarungskritik zum Atheismusstreit In: Evolution des Geistes: Jena um 1800. Natur und Kunst, Philosophie und Wissenschaft im Spannungsfeld der Geschichte / Hg. von Friedrich Strack. Stuttgart, 1994. S. 434-457. (Deutscher Idealismus. Philosophie und Wirkungsgeschichte in Quellen und Studien; 17)

1995

Röhr, Werner: Alltag und Alltagsgeschichte. Fragen, Probleme und Kritiken zur sozialgeschichtlichen Faschismusforschung. In: Terror, Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus / Hg. von Brigitte Berlekamp u. Werner Röhr. Münster: Westfälisches Dampfboot, 1995. S. 294-344

Röhr, Werner: Einleitung. Sozialgeschichtliche Faschismusforschung auf dem Hintergrund der Kontroverse zwischen Alltags- und Sozialgeschichte. In: Ebenda, S. 7-29

Röhr, Werner: Rassismus und Neuordnungsplanung. Zu den Kontroversen über Gründe und Funktionen der Völkermordpolitik der deutschen Faschisten im zweiten Weltkrieg. In: „Bruch und Kontinuität“. Beiträge zur Modernisierungsdebatte in der NS-Forschung. Dokumentation einer Wissenschaftswerkstatt der Hans Böckler-Stiftung in der Gedenkstätte Sachsenhausen. Hg. von Sabine Blum-Geenen (u. a.). Essen; Münster, 1995. S. 133-152

Röhr, Werner: Über die Initiative zur terroristischen Gewalt der Gestapo. Fragen und Einwände zu Gerhard Paul. In: Terror, Herrschaft und Alltag [71:] im Nationalsozialismus / Hg. von Brigitte Berlekamp u. Werner Röhr. Münster: Westfälisches Dampfboot, 1995. S. 211-224

1996

Röhr, Werner: Einleitung. In: Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945). Achtbändige Dokumentenedition. Bd. 8: Analysen – Quellen – Register / Zus.gest. u. eingel. von Werner Röhr. Heidelberg: Hüthig, 1996. S. 15-22

Röhr, Werner: Fasismi ja rasismi: Rotuantisemitismin asema kansallissosialistisessa ideologiassa ja politikassa. In: Rasismi tieteesä ja politikasa / Hg. von W. Juoko Jokisalo. Helsinki, 1996. S. 92-121, 241-246, 282-288

Röhr, Werner: Forschungsprobleme zur deutschen Okkupationspolitik im Spiegel der Editionsreihe „Europa unterm Hakenkreuz“. In: Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945). Achtbändige Dokumentenedition. Bd. 8: Analysen – Quellen – Register / Zus.gest. u. eingel. von Werner Röhr. Heidelberg: Hüthig, 1996. S. 25-342

Röhr, Werner: Kapitulation oder Befreiung? In: 50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Wider den Geschichtsrevisionismus / Hg. von der Marx-Engels-Stiftung e.V. Bonn: Pahl-Rugenstein, 1996. S. 183-202. (Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung, 25)

Röhr, Werner: Landesverrat oder Patriotismus? Probleme und Fragen zur Kollaboration im zweiten Weltkrieg. In: „Neuordnung Europas“. Vorträge vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung 1992-1996 / Hg. von Werner Röhr u. Brigitte Berlekamp. Berlin: Ed. Organon, 1996. S. 87-116

Beiträge in Zeitschriften und Periodika

1994

Röhr, Werner: Gewittersturm über Warschau – Politische Akzente des Aufstandes 1944. In: Bulletin, (1994), 3, S. 1-55

Röhr, Werner: Posthistoire. Realität oder Perspektive – Erfahrung oder Interpretation? In: ZfG, 39 (1994) 4, S. 319-330

1995

Röhr, Werner: Terror und Politik. Über die Funktionen des Terrors für die faschistische Okkupationspolitik in Polen 1939-1945. In: ZfG, 43 (1995) 1, S. 27-54

Röhr, Werner: Zwischen Auschwitz und Kolyma? In: Bulletin, (1995), 5, S. 43-58

[72:]

1996

Röhr, Werner: Böhmisches-sächsischer Herbst 1938. In: Dresdner Hefte. Beiträge zur Kulturgeschichte, Dresden, 14 (1996) 48, S. 66-75

Röhr, Werner: Singularität – Vergleichbarkeit – Wiederholbarkeit? Zur Bewertung des faschistischen Völkermords an den Juden. In: Dzieje Najnowsze. Kwartalnik poswiecony historii XX. wieku, Warszawa, 28 (1990) 1, S. 129-136

Rezensionen

1994

Edelmann, Marek: Das Ghetto kämpft. Vorwort: Ingrid Strobl. Berlin, 1993. Rez. in: ZfG, 42 (1994) 4, S. 379-80

Friedrich, Jörg: Das Gesetz des Krieges. Das deutsche Heer in Rußland 1941-1945. Der Prozeß gegen das Oberkommando der Wehrmacht. München, 1993. Rez. in: Neues Deutschland vom 1. September 1994

Vertriebene Vernunft I. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaftler 1930-1940 / Hg. von Friedrich Stadler. Wien; München, 1987. 584 S. / Vertriebene Vernunft II. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft. Internationales Symposium 19. bis 23. Oktober 1987 in Wien. Wien; München, 1988. Rez. in: Referatedienst zur Literaturwissenschaft, Berlin, 26 (1994/4), Sp. 659-664

1995

Denkmale und politischer Totenkult. Der politische Totenkult. Kriegerdenkmale in der Moderne / Hg. von Reinhart Koselleck u. Michael Jeismann. München, 1994. 440 S.; Denkmal-Werte-Gesellschaft. Zur Pluralität des Denkmalbegriffs / Hg. von Wilfried Lipp. Frankfurt/M., 1993. Rez. In: Referatedienst zur Literaturwissenschaft, Berlin, 27 (1995) 3, Sp. 503-508

Jansen, Christian u. Weckbecker, Amo: Der „Volksdeutsche Selbstschutz“ in Polen 1939/40. München, 1992. Rez. in: ZfG, 43 (1995) 3, S. 272-275

Pätzold, Kurt u. Weißbecker, Manfred: Adolf Hitler. Eine politische Biographie. Leipzig, 1995. Rez. in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Frankfurt/M., (1995) 24, S. 167-170

Wissenschaft unter dem NS-Regime / Hg. von Burchard Brentjes. Red. Bearb. von Günter Albrecht-Schöneiche, 1992. Rez. in: ZfG, 43 (1995) 3, S. 283-84

1996

Dimensionen des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus / Hg. von Wolfgang Benz. München, 1996. Rez. in: DLZ, (1996) Nr. 34

[73:] Der „gesäuberte“ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente / Hg. von Lutz Niethammer, Karin Hartewig, Harry Stein und Leonie Wannenmacher, eingel. von Karin Hartewig u. Lutz Niethammer. Berlin, 1994. Rez. in: HPB, (1996) 12, S. 41-42

Handbuch Deutscher Rechtsextremismus / Hg. von Jens Mecklenburg. Berlin, 1996. Rez. in: DLZ, (1996) Nr. 49/50, S. 16

Köhler, Otto: Hitler ging – sie blieben. Der deutsche Nachkrieg in 16 Exempeln. Hamburg, 1996. (Konkret, Texte; 9). Rez. in: DLZ, (1996) Nr. 34, S. 11

Orozco, Teresa: Platonische Gewalt. Gadammers politische Hermeneutik der NS-Zeit. Hamburg, 1995. Rez. in: HPB, 44 (1996) 5/6, S. 225

Das Scheitern der Verständigung. Deutsche, Tschechen und Slowaken in der Ersten Republik (1918-1939) / Hg. von Jörg K. Hensch u. Dusan Kovac. Essen, 1994. 149 S. (Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Bd. 2). Rez. in: HPB, 44 (1996) 5/6, S. 213

Schulze, Hagen: Kleine deutsche Geschichte. Mit Bildern aus dem Deutschen Historischen Museum. München, 1996. Rez. in: DLZ, (1996) Nr. 49/50, S. 15

Spaniens Himmel. Volksfront und Internationale Brigaden gegen den Faschismus 1936-1939 / Hg. von Elefant Press u. Fritz Teppich. Berlin, 1996. Rez. in: DLZ, (1996) Nr. 23, S. 11

Wienecke, Annette: „Besondere Vorkommnisse nicht bekannt“. Zwangsarbeit in unterirdischen Rüstungsbetrieben. Wie ein Heidedorf kriegswichtig wurde. Bonn, 1996. Rez. in: DLZ, (1996) Nr. 39/40, S. 11

Berichte

Röhr, Werner: Herrschaft und Alltag. Ein Bericht. In: Bulletin, (1994), 2, S. 4-21

Roth, Karl Heinz

Bücher (Koautor)

1996

Roth, Karl Heinz: Wirtschaftliche Vorbereitungen auf das Kriegsende und Nachkriegsplanungen. In: Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945. Bd. 3: 1943-1945. Berlin: Akademie-Verl., 1996. S. 509-611

[74:]

Beiträge in Sammelchriften

1994

Roth, Karl Heinz: Die nationalsozialistischen Bemühungen um Bismarcks Erbe in der Sozialpolitik. In: Nationalsozialismus und Modernisierung / Hg. von Michael Prinz u. Rainer Zitelmann. 2. erg. Aufl. Darmstadt Wiss. Buchgesellschaft, 1994. S. 385-450. (WB Forum; 92). Vgl. auch in: Bismarcks Sozialstaat. Beiträge zur Geschichte der Sozialpolitik und zur sozialpolitischen Geschichtsschreibung / In Zsarb. mit der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts Hg. von Lothar Machtan. Frankfurt/M.; New York: Campus Verl., 1994. S. 385-450

Roth, Karl Heinz: Die Sozialpolitik des „Europäischen Großraums“ im Spannungsfeld von Okkupation und Kollaboration 1938-1945. Bisherige Forschungen – Quellenprobleme – erste Ergebnisse. In: Europa unterm Hakenkreuz. Achtbändige Dokumentenedition. Erg.bd. 1: Okkupation und Kollaboration. Beiträge zu Konzepten und Praxis der Kollaboration in der deutschen Okkupationspolitik / Zus.gest. u. eingel. von Werner Röhr. Berlin, Heidelberg: Hühig Verlag, 1994. S. 461-565

1995

Roth, Karl Heinz: Historisierung des Nationalsozialismus? Tendenzen gegenwärtiger Faschismusforschung. In: „Bruch und Kontinuität“. Beiträge zur Modernisierungsdebatte in der NS-Forschung. Dokumentation einer Wissenschaftswerkstatt der Hans-Böckler-Stiftung i. d. Gedenkstätte Sachsenhausen / Hg. von Sabine Blum-Geenen (u. a.). Essen: Klartext-Verl., 1995. S. 31-52

Roth, Karl Heinz: Sozialgeschichte und Sozialpolitik des deutschen Faschismus. Zwischenbilanz und Forschungsfragen. In: Terror, Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte des deutschen Faschismus / Hg. von Brigitte Berlekamp und Werner Röhr. Münster: Westfälisches Dampfboot, 1995. S. 246-257

Roth, Karl Heinz: Thesen zur Arbeitsgruppe Sozialpolitik. In: „Bruch und Kontinuität“. Beiträge zur Modernisierungsdebatte in der NS-Forschung. Dokumentation einer Wissenschaftswerkstatt der Hans-Böckler-Stiftung in der Gedenkstätte Sachsenhausen / Hg. von Sabine Blum-Geenen [u. a.]. Essen: Klartext-Verl., 1995. S. 101-108

1996

Roth, Karl Heinz: Unfreie Arbeit im deutschen Herrschaftsbereich 1930-1945. Historische Grundlinien und Methodenfragen. In: „Neuordnung Europas“. Vorträge vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung 1992-1996 / Hg. von Werner Röhr u. Brigitte Berlekamp. - Berlin: Ed. Organon, 1996. S. 199-217

[75:] Roth, Karl Heinz: Vom „Generalplan Ost“ zum „Europäischen Bürgerkrieg“. Die „Generalpläne Ost“ der SS als angewandte Bevölkerungs- und Vernichtungswissenschaft. In: Ebenda, S. 117-133

Roth, Karl Heinz: Die wirtschaftspolitischen Nachkriegsplanungen des deutschen Faschismus. Forschungsbilanz und offene Fragen. In: Ebenda, S. 179-195

Roth, Karl Heinz: Unfreie Arbeit im deutschen Herrschaftsbereich 1930-1945. Historische Grundlagen und Methodenfragen. In: Ebenda, S. 199-217

Roth, Karl Heinz: Zwangsarbeit im Siemens-Konzern (1938-1945). Fakten, Kontroversen, Probleme. In: Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft 1939-1945 / Hg. von Hermann Kaienburg. Opladen: Leske + Budrich, 1996. S. 149-168. (Sozialwissenschaftliche Studien; 34)

Beiträge in Zeitschriften und Periodika

1994

Roth, Karl Heinz: Revisionist tendencies in historical research into German fascism. In: International review of social history, Amsterdam, 39 (1994) 3, S. 429-455

1995

Roth, Karl Heinz: Das Ende eines Mythos. Ludwig Erhard und der Übergang der deutschen Wirtschaft von der Annexions- zur Nachkriegsplanung (1939 bis 1945). T. 1. 1939 bis 1943. In: 1999, 10 (1995) 4, S. 53-93

Roth, Karl Heinz: Public health – Nazi style: Gesundheitspolitische Kontroversen in der NS-Diktatur (1935-1944). In: 1999, 10 (1995) 2, S. 13-56

1996

Roth, Karl Heinz: Die wirtschaftspolitischen Nachkriegsplanungen des deutschen Faschismus- Forschungsbilanz und offene Fragen. In: Bulletin, (1996), 6, S. 51-70

Scheel, Klaus

Bücher

1996

Scheel, Klaus: 1933. Der Tag von Potsdam. Berlin: Brandenburgisches Verlagshaus, 1996. 156 S. (Das Tagebuch Europas)

Beiträge in Sammelchriften

1996

Scheel, Klaus: Deutsche Beuteakten im Sonderarchiv Moskau. Vorgeschichte und Bestände. In: „Neuordnung Europas“. Vorträge der Berliner Gesellschaft [76:] für Faschismus- und Weltkriegsforschung 1992-1996 / Hg. von Werner Röhr u. Brigitte Berlekamp. Berlin: Ed. Organon, 1996. S. 415-429

Seckendorf, Martin

Beiträge in Sammelchriften

1994

Seckendorf, Martin: Kulturelle Deutschtumspflege im Übergang von Weimar zu Hitler am Beispiel des Deutschen Ausland-Instituts (DAI). Eine Fallstudie. In: Völkische Wissenschaft. Gestalten und Tendenzen der deutschen und österreichischen Volkskunde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts / Hg. von Wolfgang Jacobeit; Hannjost Lixfeld; Olaf Bockhorn. Wien; Köln; Weimar: Böhlau-Verl., 1994. S. 115-135

1996

Seckendorf, Martin: Nach dem Endsieg. Deutsche Nachkriegsplanungen für Griechenland 1940/41. In: „Neuordnung Europas“. Vorträge vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung 1992-1996 / Hg. von Werner Röhr u. Brigitte Berlekamp. Berlin: Ed. Organon, 1996. S. 47-57

Rezensionen

1995

Manoschek, Walter: „Serbien ist judenfrei“. Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung 1940/41. München, 1993. Rez. in: Utopie kreativ, Berlin, (1995) 61, S. 86-88

Umbreit, Hans

Beiträge in Sammelchriften

1994

Umbreit, Hans: Les chefs militaires allemande. In: La libération de la Provence – Les armées de la libération. Colloque international, Fréjus 15 et 16 septembre 1994. Paris: Institut d’histoire de la défense. Sirpa, 1994. S. 117-128

Umbreit, Hans: La libération de Paris et la grande stratégie du IIIe Reich. In: Paris 1944: Les enjeux de la libération / Préface de Jaques Chirac. Actes du colloque (2-4 février 1994), publiés sous la direction de Christine Levisse-Touzé. Paris: Albin Michel, 1994. S. 327-343

Umbreit, Hans: Die Rolle der Kollaboration. in der deutschen Besatzungspolitik. In: Okkupation und Kollaboration 1938-1945. Beiträge zu Konzepten und Praxis der Kollaboration in der deutschen Okkupationspolitik / Zus.gest. u. eingel. von Werner Röhr. Berlin; Heidelberg: Hüthig, 1994. S. 33-44

[77:]

1995

Umbreit, Hans: Les Allemands confrontes au débarquement. In: 1944. Les libérations. Colloque international 4-5 mai 1994 à Caen. Caen: Mémorial-Editions du Lys, 1995. S. 21-27

Beiträge in Zeitschriften und Periodika

1994

Umbreit, Hans: Unité et diversité de l’occupation nazie. In: Relations Internationales, Genf, (1994) 80, S. 415-427

Waite, Robert G.

Bücher

1995

Waite, Robert G.: „I just went to work“: Jack Simplot and his Business Empire. Pocatello/Idaho: Idaho State University Oral History Center.

Beiträge in Sammelchriften

1994

Waite, Robert G.: Kollaboration und deutsche Besatzungspolitik in Lettland 1941-1945. In: Europa unterm Hakenkreuz. Erg.bd. 1: Okkupation und Kollaboration 1938-1945 / Hg. u. eingel. von Werner Röhr. Berlin; Heidelberg: Hüthig, 1994. S. 217-238

Beiträge in Zeitschriften und Periodika

1994

Waite, Robert G.: It’s like seeing an old friend again: Two Hossiers work on the restoration of the Library of Congress. In: Arts Indiana, 16 (1994), S. 18

Waite, Robert G.: Jane Alexander knows that Indiana exists. Interview. In: Arts Indiana. 16 (1994), S. 19

1996

Waite, Robert G.: Level 111. The Mauthausen concentration camp. In: Bulletin, (1996) 7, S. 68-92

Walzl, August

Bücher

1994

Walzl, August: Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand gegen die NS-Herrschaft in Kärnten, Slowenien und Friaul / Mit einem Vorwort von Peter Steinbach. Klagenfurt: Carinthia, 1994. 347 S.

[78:]

1995

Walzl, August: Boeckl und der Gauleiter. Klagenfurt, 1995. 259 S.

Walzl, August: Villach zwischen den Zeiten. Die Geschichte der Draustadt 1945-1995. Klagenfurt, 1995. 270 S.

Beiträge in Sammelchriften

1994

Walzl, August: L'organizzazione dell'Amministrazione civile nella zona d'Operazione „Litorale Adriatico“. In: Storia contemporanea in Friuli, Udine, 23 (1994)

1995

Walzl, August: Alltag und Terror im südlichen Gau. In: Terror, Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte des deutschen Faschismus / Hg. von Werner Röhr u. Brigitte Berlekamp. Münster: Westfälisches Dampfboot, 1995. S. 162-180

Walzl, August: Befreiung und Besetzung. Anmerkungen zur Legislative in Kärnten im Jahr 1945. In: Kärntner Jahrbuch für Politik, Klagenfurt.

Walzl, August: Rivendicazioni slovene sulla Carinzia 1941-1945. In: Storia contemporanea in Friuli, Udine 24 (1995)

Wehner, Günter

Beiträge in Sammelchriften

1994

Wehner, Günter. Zur Wirksamkeit der Betriebsrätetätigkeit der Henningsdorfer AEG-Betriebe in den zwanziger Jahren. In: Gewerkschaften und Betriebsräte im Kampf um Mitbestimmung und Demokratie 1919-1994. Bonn: Pahl-Rugenstein, 1994. S. 226-228. (Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung; 23)

1995

Wehner, Günter: Im Egerland und in der Tatra. In: Im Bunde mit dem Feind – Deutsche auf alliierter Seite / Hg. von Stefan Doernberg. Berlin: Dietz Verl., 1995. S. 52-70

Wehner, Günter: Jenseits des Atlantiks. In: Ebenda, S. 313-327

Wehner, Günter u. Stroeck, Jürgen: Tagungsbericht In: Arbeiterbewegung und Antifaschismus. Bonn: Pahl-Rugenstein, 1995. S. 255-262. – (Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung; 25)

[79:]

1996

Wehner, Günter: Im Ringen um die Einheit Deutschlands. In: 50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Bonn: Pahl-Rugenstein, 1996. S. 160-162. (Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung; 25)

Wehner, Günter: Die Schlacht um Berlin April/Mai 1945 – Aus der Sicht von Schüleraufsätzen des Jahres 1946. In: Ebenda, S. 220-224 Wehner, Günter u. Sommer, Heinrich u. Stroeck, Jürgen: Tagungsbericht. In: Ebenda, S. 231-240

Weißbecker, Manfred

Bücher

1995

Weißbecker, Manfred u. Pätzold, Kurt: Adolf Hitler. Eine politische Biographie. Leipzig: Militzke, 1995. 640 S. (Militzke Biographie)

Herausgebertätigkeit

1996

Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen / Hg. von Kurt Pätzold u. Manfred Weißbecker. Leipzig: Militzke, 1996. 480 S.

Beiträge in Sammelchriften

1994

Weißbecker, Manfred: „Wenn hier Deutsche wohnten ...“. Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP. In: Das Rußlandbild im Dritten Reich / Hg. von Hans-Erich Volkmann. Köln; Weimar; Wien, 1994. S. 9-54

1996

Weißbecker, Manfred: Alfred Rosenberg. „Die antisemitische Bewegung war nur eine Schutzmaßnahme ...“. In: Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen / Hg. von Kurt Pätzold u. Manfred Weißbecker. Leipzig: Militzke, 1996. S. 150-185

Weißbecker, Manfred: Fritz Sauckel. „Wir werden die letzten Schlacken unserer Humanitätsduselei ablegen ...“. In: Ebenda, S. 297-331

Weißbecker, Manfred u. Pätzold, Kurt: Im Streit um Hitler. Nach dem Schreiben einer Biographie. In: Antifaschismus / Hg. von Frank Deppe [u. a.]. Heilbronn: Distel Verl., 1996. S. 290-309. (Distel Hefte; 31)

Weißbecker, Manfred: Wilhelm Keitel „... man ist solch ein Lump geworden“. In: Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen / Hg. von Kurt Pätzold u. Manfred Weißbecker. Leipzig: Militzke, 1996. S. 88-118

[80:]

Beiträge in Zeitschriften und Periodika

1995

Weißbecker, Manfred: Paul Levi (1883-1930). Biographische und andere Gedanken zu seinem Weg in und zwischen den Parteien der deutschen Arbeiterbewegung. In: BzG, 37 (1995) 1, S. 98-112

Rezensionen

1994

Nationalsozialismus und Modernisierung / Hg. von Michael Prinz u. Rainer Zitelmann. Darmstadt, 1991. Rez. in: ZfG, 42 (1994) 4, S. 366

1995

Struve, Walter: Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus in einer industriellen Kleinstadt. Osterode am Harz 1918-1945. Essen, 1992. Rez. in: ZfG, 43 (1995) 1, S. 86-88

Wieland, Günther

Bücher (Koautor)

1996

Wieland, Günther u. Hohmann, Joachim S.: MfS-Operativvorgang „Teufel“. „Euthanasie“-Arzt Otto Hebold vor Gericht. Berlin: Metropol-Verl., 1996. 319 S.

Beiträge in Sammelchriften

1994

Wieland, Günther: Die deutsch-deutschen Rechtsbeziehungen zur Ahndung von NS-Verbrechen zwischen Mauerbau und Wiedervereinigung. In: Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen / Hg. von Helge Grabitz; Klaus Bästlein; Johannes Tuchel: Festschrift für Wolfgang Scheffler zum 65. Geburtstag. Berlin: Verl. Edition Henrich, 1994. S. 386-407. (Reihe deutsche Vergangenheit; 112)

Wieland, Günther: Der sowjetische Sachsenhausenprozeß 1947. In: Sachsenhausen bei Berlin, Speziallager Nr. 7 1945-1950. Kassiber, Dokumente und Studien / Hg. von Günter Agde. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verl., 1994. S. 234-251

1995

Wieland, Günther: Die Nürnberger Prinzipien im Spiegel von Gesetzgebung und Spruchpraxis sozialistischer Staaten. In: Strafgerichte gegen Menschheitsverbrechen. Zum Völkerstrafrecht 50 Jahre nach den [81:] Nürnberger Prozessen / Hg. von Gerd Hankel u. Gerhard Stuby. Hamburg: Hamburger Ed“ 1995. S. 98-123

1996

Wieland, Günther: Der Beitrag der deutschen Justiz zur Ahndung der in den besetzten Gebieten verübten NS-Verbrechen. In: Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus 1938-1945. Bd. 8: Analysen, Quellen, Register / Hg. vom Bundesarchiv. Zusammengestellt und eingeleitet von Werner Röhr. Heidelberg: Hüthig Verl.gemeinschaft, 1996. S. 344-409

Wieland, Günther: Deutsch-deutscher Rechtsverkehr 1945-1990. In: „Neuordnung Europas“. Vorträge vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung 1992-1996 / Hg. von Werner Röhr u. Brigitte Berlekamp. Berlin: Ed. Organon, 1996. S. 367-384

Willems, Susanne

Bücher

1996

Willems, Susanne: Lothar Kreyssig. Vom eigenen verantwortlichen Handeln. Eine biographische Studie zum Protest gegen die Euthanasieverbrechen in Nazi-Deutschland / Mit einem Geleitwort von Klaus Engelhardt. Berlin: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, 1996. 236 S.

Rezensionen

*Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945). Achtbändige Dokumentenedition Hg. vom Bundesarchiv*¹

*Band 1: Die faschistische Okkupationspolitik in Österreich und der Tschechoslowakei (1938-1945). Dokumentenauswahl und Einleitung von HELMA KADEN unter Mitarbeit von LUDWIG NESTLER, SONJA KLEINSCHMIDT und KURT FROTSCHER. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften*², Berlin 1988, 284 S.

Band 2: Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939-1945). Dokumentenauswahl und Einleitung von WERNER RÖHR unter Mitarbeit von ELKE HECKERT, BERND GOTIBERG, JUTTA WENZEL und HEIDE-MARIE GRÜNTAL, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1989, 419 S.

Band 3: Die faschistische Okkupationspolitik in Belgien, Luxemburg und den Niederlanden (1940-1945). Dokumentenauswahl und Einleitung von LUDWIG NESTLER unter Mitarbeit von HEIDI BÖHME, KURT FROTSCHER, ELKE HECKERT, EVA HINTZE, KERSTIN WELLER und BRIGITTE WÖLK, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1990, 288 S.

Band 4: Die faschistische Okkupationspolitik in Frankreich (1940-1944). Dokumentenauswahl und Einleitung von LUDWIG NESTLER unter Mitarbeit von FRIEDEL SCHULZ, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1990, 352 S.

Band 5: Die faschistische Okkupationspolitik in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion (1941-1944). Dokumentenauswahl und Einleitung von NORBERT MÜLLER unter Mitarbeit von UWE LÖBEL und ULRICH FREYE, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1991, 660 S.

Band 6: Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Jugoslawien, Griechenland, Albanien, Italien und Ungarn (1941-1945). Dokumentenauswahl und Einleitung von MARTIN SECKENDORF unter Mitarbeit von GÜNTER KEBER, JUTTA KOMOROWSKI, HORST MUDER, HERBERT STÖCKING und KARL ÜBEL, Hüthig Verlagsgemeinschaft, Berlin-Heidelberg 1992, 438 S.

[83:] *Band 7: Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Dänemark und Norwegen (1940-1945). Dokumentenauswahl und Einleitung von FRITZ PETRICK unter Mitarbeit von REINHARD ABRAHAM sowie HELMA KADEN und EVA HINTZE, Hüthig Verlagsgemeinschaft, Berlin-Heidelberg 1992, 264 S.*

Ergänzungsband 1: Okkupation und Kollaboration (1938-1945). Beiträge zu Konzepten und Praxis der Kollaboration in der deutschen Okkupationspolitik. Zusammengestellt und eingeleitet von WERNER RÖHR, Hüthig Verlagsgemeinschaft, Berlin-Heidelberg 1994, 632 S.

Band 8 (gleichzeitig Ergänzungsband 2): Europa unterm Hakenkreuz. Analysen-Quellen-Register. Zusammengestellt und eingeleitet von WERNER RÖHR, Hüthig Verlag, Heidelberg 1996, 901 S.

Anzuzeigen ist der Abschluß eines Anfang der 80-er Jahre in der damaligen DDR von den mittlerweile verstorbenen Historikern Ludwig Nestler und Wolfgang Schumann als Herausgeber begonnenen, mehrbändigen Quellenwerkes zur nationalsozialistischen Okkupationspolitik in den während des zweiten Weltkrieges von Deutschland besetzten europäischen Staaten. Bis 1990 waren in der DDR bzw. in einer westdeutschen Lizenzausgabe die ersten fünf der insgesamt sieben geplanten Länderbände erschienen oder in Druck gegeben. Nach dem Ende der DDR drohte das Werk zunächst aus mancherlei Gründen ein Torso zu bleiben. Erfreulicherweise entschloß sich das Bundesarchiv jedoch zur Übernahme der Herausgeberschaft, wodurch das Erscheinen der noch ausstehenden zwei Länderbände sowie zweier weiterer, der Zusammenfassung und Analyse gewidmeter Teile gesichert werden konnte.

¹ Herausgeberkollegium der Bände 1-5: Wolfgang Bleyer, Elisabeth Brachmann-Teubner, Gerhart Hass, Helma Kaden, Manfred Kuhnt, Norbert Müller, Ludwig Nestler, Fritz Petrick, Werner Röhr, Wolfgang Schumann, Martin Seckendorf.

² Die Bände 1-4 erschienen gleichzeitig im Verlag Pahl-Rugenstein in Köln unter dem Titel „Nacht über Europa“.

Eine derartige Fortführung eines zu DDR-Zeiten begonnenen Forschungs- und Editionsvorhabens war und ist im Kontext der „Abwicklung“ der ostdeutschen Historiographie eher eine seltene Ausnahme, die freilich unter Beweis stellt, daß das gegenständliche Projekt auch in den Augen westlicher Historiker eine als schmerzlich empfundene Forschungslücke mindestens partiell zu schließen geeignet war.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit der deutschen Besatzungspolitik zwischen 1939 und 1945 setzte zunächst in den von der Okkupation betroffenen Ländern unmittelbar nach Kriegsende, nicht zuletzt angeregt durch die strafrechtliche Auseinandersetzung mit den Besatzungsverbrechen und -Verbrechern, ein und brachte bis heute eine Unzahl von Publikationen sehr unterschiedlicher Qualität hervor. Kennzeichnend für diese mittlerweile unüberschaubar gewordene Literatur war und ist der Umstand, daß ihre Verfasser in der Regel in dem nationalstaatlichen Rahmen ihres Herkunftslandes verblieben und Versuche einer länderübergreifenden Synthese unter Anlegung vergleichender Maßstäbe zunächst kaum gewagt wurden. Eine solche der Komparatistik verpflichtete Zu-[84:]sammen-schau scheiterte in den meisten Fällen schon an dem Umstand, daß die Mehrzahl der Einzelforschungen in den Landessprachen erschien und deshalb Historikern aus anderen Staaten nur mit großem Aufwand, wenn überhaupt, zugänglich war, wodurch die nationalstaatliche Zersplitterung und Begrenzung der Forschung zusätzlich verfestigt wurde.

Die westdeutsche Historiographie hat sich des Themas der deutschen Besatzungspolitik zunächst nur zögernd und anfangs vorrangig unter kriegs-völkerrechtlichen Aspekten angenommen, wofür die in den 50-er Jahren erschienenen Arbeiten aus dem Tübinger Institut für Besatzungsfragen beispielhaft genannt seien. Wohl erschienen seit Anfang der 60-er Jahre vereinzelt Monographien zur Geschichte einzelner Staaten unter deutscher Herrschaft³, die zwar bis heute als Standardwerke gelten, jedoch die Landkarte des deutschbesetzten Europas nur bruchstückhaft abdeckten. Große Teile dieser Landkarte waren in der westdeutschen Forschung weiße Flächen, was sich ebenso beispielhaft wie idealtypisch in der Tatsache manifestierte, daß die in den 50-er Jahren erschienene und sogleich ins Deutsche übersetzte Studie des Amerikaners Alexander Dallin über die zeitweilige Okkupation weiter Gebiete der Sowjetunion ungeachtet ihrer nach heutigen Maßstäben unzulänglichen Quellengrundlage jahrzehntelang die einzige Gesamtdarstellung in deutscher Sprache blieb.⁴

Während also in Westdeutschland aus mancherlei Gründen, nicht zuletzt wegen der Sprachbarrieren, die reichhaltigen Ergebnisse der Forschungen in den von der Okkupation betroffenen Staaten nur bruchstückhaft rezipiert wurden, erschien ein schier nicht endenwollender Strom von Veröffentlichungen, die in militärgeschichtlicher Perspektive die – mit Ausnahme der Sowjetunion- nur wenige Tage oder höchstens Wochen dauernden Vorgänge während der „Feldzüge“ der Jahre 1939 bis 1941 in den Blick nahmen. Die Verzerrung der Proportionen in diesen Darstellungen, welche der jahrelangen Okkupation nach dem Ende der Kampfhandlungen nicht entfernt gerecht zu werden vermochten, wurde zwar [85:] erkannt und gar nicht so selten beklagt, doch änderte sich zunächst nichts Grundlegendes. Erst in den 80-er Jahren wurden erste Ansätze einer vergleichenden Synthese und Analyse der unterschiedlichen Formen, Strukturen und Politikinhalt der deutschen Besatzungspolitik vorgelegt und in deren Folge in dem vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg (jetzt Potsdam) begonnenen, auf zehn Bände angelegten Werk „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“⁵ bewußt der Versuch gewagt, dem Thema der als Konsequenz der militärischen Ereignisse der ersten Kriegsphase in weiten Teilen Europas bestehenden deutschen Besatzungsherrschaft die ihm gebührende Aufmerksamkeit zu widmen.

³ Beispielhaft seien genannt Martin Broszat: Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945 (Stuttgart 1961); Eberhard Jäckel: Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg (Stuttgart 1966); Erich Thomsen: Deutsche Besatzungspolitik in Dänemark 1940-1945 (Düsseldorf 1971); Gerhard Hirschfeld: Fremdherrschaft und Kollaboration. Die Niederlande unter deutscher Besatzung, 1940-1945 (Stuttgart 1984).

⁴ Alexander Dallin: Deutsche Herrschaft in Rußland 1941-1945. Eine Studie über Besatzungspolitik (Düsseldorf 1958). Originalausgabe unter dem Titel „German Rule in Russia“ (New York-London 1957). Die deutschsprachige Version wurde übrigens 1981 unverändert wieder aufgelegt.

⁵ Bis jetzt sind die Bände 1-4, 5/1 und 6 erschienen. Die Behandlung der Besatzungspolitik wurde in den bis dato vorliegenden Teilen bis etwa 1941/42 fortgeführt.

Die Durchführung der als sinnvoll und notwendig erkannten vergleichenden Forschungen begegnete alsbald mannigfachen Schwierigkeiten, welche sich u. a. aus der Zersplitterung der relevanten Quellenbestände auf zahlreiche Archive in nahezu allen ehemals besetzten europäischen Staaten und deren von Land zu Land unterschiedlicher Zugänglichkeit ergaben. Vor diesem Hintergrund ist es um so mehr zu begrüßen, daß mit der Reihe „Europa unterm Hakenkreuz“ erstmals eine Auswahl zentraler Quellen zur deutschen Okkupationspolitik vorliegt, die zwar dem Spezialisten den Gang in die Archive nicht abnehmen kann und soll, aber eine ausgezeichnete erste Orientierung bietet. Bei der Dokumentenauswahl legten die Herausgeber besonderes Gewicht auf die Aufnahme möglichst vieler bislang unpublizierter Quellen, die zudem nicht nur den Aktenüberlieferungen jener Institutionen entnommen wurden, die traditionellerweise als die Verantwortlichen und Exekutoren der Besatzungspolitik gelten. Neben den Akten ziviler und militärischer Besatzungsdienststellen, der Reichskommissare, Militärbefehlshaber, des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete etc. finden sich in großer Zahl Dokumente aus dem Bereich der privaten Wirtschaft, der Banken und Konzerne, die maßgeblich in die ökonomische Ausplünderung der okkupierten Territorien eingebunden waren.

Die Auswahl der abgedruckten Quellen orientierte sich also an den erhaltenen Akten jener Stellen, welche die Okkupationspolitik einerseits auf zentraler Ebene konzipierten und andererseits auf unterschiedlich abgestuften lokalen Ebenen exekutierten. Ins Blickfeld gerät durch dieses bewußt angewandte Auswahlverfahren der weite, keineswegs auf die obersten Verwaltungschefs und „die SS“ beschränkte Kreis der für die Besatzungsherrschaft insgesamt Verantwortlichen. Besonders prägnant wird hierdurch die von der jüngeren Forschung einhellig vertretene Auffassung [86:] von der unauflösbaren Verflechtung politischer, wirtschaftlicher und militärischer Expansion mit ihren jeweils mittel- und langfristigen Zielsetzungen untermauert. Ihre Schwerpunkte setzen die sieben Dokumentenbände auf der Ausnutzung der unterworfenen Staaten für die deutsche Wirtschaft und Rüstung sowie auf den von deutschen Dienststellen im Rahmen ihrer „Bevölkerungspolitik“ begangenen Massenverbrechen, welche allerdings nur aus der Sicht der Exekutoren des Terrors und nicht aus der Perspektive der Betroffenen beleuchtet werden. Daneben sollten durch die Auswahl der im übrigen strikt chronologisch angeordneten Dokumente die nicht unwesentlichen, durch den Kriegsverlauf erzwungenen Modifikationen der deutschen Besatzungspolitik bei nahezu unveränderter Beibehaltung ihrer organisatorischen Strukturen aufgezeigt werden.

Für all diese hier nur angedeuteten Fragestellungen bieten die sieben Länderbände eine Fülle an weitgehend unbekanntem und unpubliziertem Quellenmaterial. Bedauerlicherweise wurde für die ersten Bände bewußt auf die Nutzung westeuropäischer und westdeutscher Archive verzichtet, dafür aber in weitem Umfang Quellen aus osteuropäischen Beständen herangezogen. Die von der DDR seinerzeit auf Umwegen erworbenen Filme mit Akten des damaligen Koblenzer Bundesarchivs, die in den Bänden 1 bis 5 unpraktischerweise nur nach den DDR-internen und durch die Zusammenführung auch der Archive überholten Filmsignaturen zitiert wurden, sind nunmehr im Band 8 durch ein Konkordanzverzeichnis aufgeschlüsselt, welches die mühelose Ermittlung des aktuellen Standortes und der gegenwärtigen Signaturen gestattet.

Man würde den Quellenbänden nicht gerecht, würde man sie lediglich als (Auswahl-)Edition bewerten. Jedem Band ist eine umfangreiche, von einem oder mehreren ausgewiesenen Sachkennern verfaßte Einleitung vorangestellt, die für sich betrachtet jeweils eine eigenständige Forschungsleistung darstellt. In den Einleitungen werden Struktur, Verlauf und Modifikationen der deutschen Besatzungsherrschaft, deren Zusammenspiel mit einheimischen kollaborierenden Kräften und die Reaktionen der unterworfenen Bevölkerungen umfassend thematisiert und die abgedruckten Dokumente in diesen Kontext eingeordnet. Darüber hinaus findet sich in diesen Texten eine gründliche Analyse bisheriger Forschungsergebnisse und des aktuellen Forschungsstandes. Selbstverständlich wird hierbei auch die Historiographie des jeweiligen Landes ausführlich verarbeitet. Für nicht wenige okkupierte Staaten verkörpern die Einleitungen überhaupt die einzige deutschsprachige Zusammenfassung, die dem Gesamtzeitraum der Besetzung mit all ihren Einzelaspekten nach wissenschaftlichen Kriterien gerecht zu werden vermag.

[87:] Die Quellenbände sind durch beigefügte Landkarten, Skizzen der Behördenorganisation und der regionalen Dienststellenverteilung, Tabellen, einen Abbildungsteil, eine Chronologie der wichtigsten Ereignisse sowie sachlich gegliederte Register benutzerfreundlich gestaltet. Die Register sämtlicher Bände werden zudem im Band 8 nochmals zusammengefaßt. Hinsichtlich der geographischen Strukturierung der sieben Länderbände fällt auf, daß mit Österreich und der Tschechoslowakei auch zwei bereits vor Kriegsausbruch unblutig annektierte bzw. besetzte Staaten Berücksichtigung fanden. Etwas unglücklich erscheint lediglich die Anlage von Band 6 (Südosteuropa und Italien), weil hier zuviele und hinsichtlich des Zeitpunkts, der Motive und des Verlaufs der Okkupation zu disparate Staaten in einem einzigen Band zusammengefaßt wurden.

Nach Abschluß der Quellenbände kristallisierte sich die Notwendigkeit heraus, übergreifende Fragestellungen gesondert zu thematisieren. Zu diesem Zweck erschien 1994 der mit „Okkupation und Kollaboration“ betitelte erste Ergänzungsband, welcher zunächst drei zusammenfassende Beiträge zu dem in den letzten Jahren vermehrt diskutierten Thema der Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht beinhaltet. Es folgen 18 Aufsätze zum Phänomen der Kollaboration in den allermeisten okkupierten Ländern bzw. Landesteilen (Österreich bleibt hier ausgeklammert). Neben bilanzierenden, auf bisherigen Forschungsergebnissen aufbauenden Beiträgen findet sich hier eine Reihe von Länderstudien, die überhaupt erstmals in deutscher Sprache die Zusammenarbeit mit den Okkupanten beispielsweise im Baltikum, in der Ukraine, der Russischen Föderativen Sowjetrepublik und in Weißrußland, in den von Finnland besetzten Gebietsteilen der UdSSR, in Albanien, Italien und anderswo behandeln. Diesen Arbeiten kommt ebenso Pioniercharakter zu wie den zwei abschließenden Aufsätzen zur Wirtschaftskollaboration und der Rolle der Kollaborateure bei der Gestaltung der Sozialpolitik im sogenannten „europäischen Großraum.“

Einem grundlegend anderen Aufbau folgt Band 8. in ihm findet sich zunächst ein mehr als dreihundertseitiger Beitrag von Werner Röhr über „Forschungsprobleme zur deutschen Okkupationspolitik“. Der Autor liefert einen detailreichen Überblick über sämtliche Okkupationen im deutschen Machtbereich, die Strukturen der Besatzungsherrschaft, die Inhalte und Ziele der Besatzungspolitik sowie die zwischen den Polen von Resistenz und bewaffnetem Widerstand anzufindenden Formen des Widerstandes. Die bisher von der Forschung vorgelegten Konzepte zu Einordnung und Vergleich der auf den ersten Blick verwirrenden, ja chaotischen äußeren Strukturen der Besatzung werden von Röhr vorgestellt und kritisch diskutiert. Dieser Beitrag beeindruckt durch seine geglückte Verbindung von Theorie und Empirie, seine Detailkenntnisse wie auch die Unmenge [88:] der in ihm angeschnittenen Fragen und den Reichtum der verarbeiteten Spezialliteratur.

Nach einem das eigentliche Thema ergänzenden und über das Kriegsende hinausweisenden Beitrag von Günther Wieland über die Ahndung der Besatzungsverbrechen durch die (west- und ost-)deutsche Justiz folgt ein zwar knapper, aber gleichwohl für weiterführende Forschungen zentral wichtiger Überblick zu Quellenlage und Erschließungsstand der Archivalien zur Okkupationspolitik des Dritten Reiches von Czesław Madajczyk. Besonders hingewiesen sei auf die von Margarethe Piesche in mühevoller Kleinarbeit zusammengestellte, mehr als 150 Seiten umfassende Auswahlbibliographie, welche die Bearbeiterin in einen thematisch gegliederten allgemeinen Teil und einen Länderteil, dessen einzelne Abschnitte wiederum nach Sachgebieten unterteilt sind, strukturiert hat. Durch die umfassende Einbeziehung fremdsprachiger Literatur wird diese Bibliographie zu einem unentbehrlichen Arbeitsmittel für jedermann, der sich mit dem Thema der deutschen Okkupationen im zweiten Weltkrieg zu befassen hat.

Wenn auch in dem 1996 erschienenen Abschlußband bedauernd bemerkt wird, daß selbst die neunbändige Reihe „Europa unterm Hakenkreuz“ zahlreiche Fragen offenlassen mußte, zu deren Beantwortung es noch immer an profunden Forschungen mangelt, so kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß hier nicht nur der Wissenschaft, sondern auch dem politisch und historisch Interessierten ein Werk in die Hand gegeben wird, das gerade für den deutschsprachigen Leser eine ungeheure Arbeitserleichterung verkörpert. Die zumeist in Auszügen abgedruckten mehrere Tausend Dokumente stehen hier gleichwertig neben den einleitenden Darstellungen der Länderbände und den Analysen der beiden Ergänzungsbände. Das Hauptverdienst der Reihe dürfte nach Meinung des

Rezensenten darin bestehen, daß hier dem Benutzer aus dem deutschen Sprachraum, der in den meisten Fällen nur eines kleinen Teils der Landessprachen in den einst vom Dritten Reich besetzten Staaten mächtig sein dürfte, die seit Jahrzehnten in reichem Maße vorliegenden Forschungsergebnisse dieser Länder anschaulich vermittelt werden und somit deren lange unterbliebene Rezeption ermöglicht wird. Damit gibt „Europa unterm Hakenkreuz“ vielfältige Impulse für eine dringend notwendige komparatistische Betrachtung der deutschen Okkupationen zwischen 1938 und 1945 über die Grenzen nationaler bzw. nationalsprachlicher Historiographie hinaus. Von diesen Impulsen werden deutschsprachige Historiker ebenso profitieren wie ihre Kollegen in den einst betroffenen Staaten, zumal diese von den einer Gesamtschau der Thematik entgegenstehenden Problemen nicht minder betroffen waren.

[89:] „Europa unterm Hakenkreuz“ steckt ein Forschungsfeld ab und füllt dieses ungeachtet seiner allzu bescheidenen Selbsteinschätzung zu einem Gutteil aus, in welchem die Grundzüge der Okkupationspolitik in allen deutsch besetzten Gebieten zu dokumentieren, daneben aber die länder- und auch phasenspezifischen Besonderheiten angemessen zu berücksichtigen sein werden. Dringend erwünscht wäre aus der Sicht des Rezensenten eine preiswerte Taschenbuchausgabe, die diesem verdienstvollen Werk die ihm gebührende weite Verbreitung zusätzlich sichern könnte.

Martin Moll

YVES TERNON: *Der verbrecherische Staat. Völkermord im 20. Jahrhundert*. Hamburger Edition, Hamburg 1996, 344 S.

Der Autor konzentriert sich in seiner Analyse von Völkermord auf das 20. Jahrhundert, weil in ihm seiner Meinung nach durch die Verbindung von totalitärem Staat und Ideologie eine besondere Qualität erreicht werde. Spezifische Merkmale des „Totalitarismus“ wie Einheitspartei, eine Ideologie, die absolute Autorität hat, Kontrolle von Wirtschaft, Medien und Polizei durch die Partei führen nach Ansicht Ternons dazu, daß im 20. Jahrhundert der Völkermord monopolistisch und ideologisch sei. Dies bedeute Rückkehr von Irrationalität in ein Zeitalter, das sich doch eigentlich über die Aufklärung definiert habe.

Yves Ternon legt mit seinem Buch eine umfangreiche, fakten- und kenntnisreiche Argumentation zum Problem des Völkermordes vor, die sich in erster Linie auf Bestimmungen juristischer Art stützt. Im Rückgriff auf das internationale Strafrecht, das Nürnberger Recht und die Völkermordkonvention der Vereinten Nationen legt er in den ersten beiden Kapiteln des Buches den systematischen und begrifflichen Rahmen vor, innerhalb dessen dann einige Beispiele des Völkermordes im 20. Jahrhundert vorgestellt und diskutiert werden.

Die entscheidende Grundlage für eine Definition des Begriffes *Völkermord* stammt von dem amerikanischen Völkerrechtler Raphael Lemkin, der 1944 *Genozid* als neuen Begriff in die internationale Diskussion eingebracht hat: Hierunter versteht er die „Zerstörung eines Volkes oder einer ethnischen Gruppe ...“ durch eine „planmäßige Koordinierung verschiedener Aktionen, die darauf abzielen, die unentbehrlichen Lebensgrundlagen von Volksgruppen zu zerstören, um diese Gruppen selbst zu vernichten.“ (zitiert auf S. 17) Mit dieser Bestimmung wird ein wesentlicher Aspekt für die Charakterisierung eines Völkermordes eingeführt: es geht um eine *Gruppe* von Menschen, die vernichtet werden soll. Auf der anderen Seite gehört zur Charakterisierung des Völkermordes die Akzeptanz [90:] des Staates als Rechtssubjekt, was in der Weise die Kompliziertheit strafrechtlicher Verfolgung von Verbrechen einschließt wie diese durch Staaten begangen werden, die souverän sind und als Subjekt des Völkerrechts strafrechtlich nicht verfolgt werden können, weil nicht alle Bürger eines schuldigen Staates schuldig sind.

Mit der Völkermordkonvention der Vereinten Nationen wird 1946 in der Bestimmung eines Völkermordes zwischen *Genozid* und *Verbrechen gegen die Menschheit* unterschieden: dabei liegt der wesentliche Unterschied im Tatmotiv, das den entsprechenden Verbrechen zugrundeliegt. Beim *Verbrechen gegen die Menschheit* wird das Opfer wegen seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse, als Anhänger einer bestimmten Religion oder wegen seiner politischen Meinung getötet; beim

Genozid gilt der Vorsatz, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise zu vernichten. (vgl. S. 38)

Ternon macht in seiner geschichtlichen Analyse des Begriffs *Völkermord* auf eine entscheidende Schwierigkeit aufmerksam, die bis heute die Ahndung von Völkermord verhindert oder erschwert: „In den meisten Fällen von Völkermord wird dieses Verbrechen auf dem Hoheitsgebiet des Täters selbst begangen. Aufgrund dieser Tatsache ist die Regierung, die den Völkermord befohlen hat, entweder noch an der Macht, und man darf an ihren guten Absichten zweifeln, sich selbst strafrechtlich zu belangen; oder aber das schuldige Regime ist durch ein anderes ersetzt worden, in dessen politischem Interesse es liegen muß, Strafverfolgungen zu betreiben, weshalb es nicht als objektiv gelten kann.“ (S. 43) Bis heute ist es nicht möglich, Völkermorde zu verhüten, weil der Staat alleiniger Richter seiner Interessen ist und die UNO es nicht vermag, sich der Souveränität eines Staates zu widersetzen.

In Bezug auf den Bürger des Staates, das Individuum, macht Ternon auf eine Zweideutigkeit aufmerksam, die bereits mit den amerikanischen und französischen Erklärungen zu den Menschenrechten in die Diskussion gekommen ist: als Staatsbürger ist dieser jeder Zeit gegen Mißbräuche des Staates geschützt, wenn die damit verbundenen Rechte durch ihn eingehalten bzw. durch den Staat gewahrt werden. Sobald er dieser Rechte beraubt wird, wird er zum *Anderen*, zum *Fremden* – und damit ist er potentiell Opfer, er stellt eine Bedrohung dar. Diese Tatsache erhält darüber hinaus einen widersprüchlichen Aspekt, da sich das Individuum zum Schutz seiner Menschenrechte eigentlich an die Behörden des Staates wenden muß, der ihn ausgegrenzt hat. „In diesem Fall wird alles möglich, sogar Völkermord.“ (S. 60)

Entsprechend der Völkermordkonvention der Vereinten Nationen muß dann von *Völkermord* gesprochen werden, wenn sich die vernichtende [91:] Gewalt des Staates gegen eine Gruppe von Menschen wendet, die sich aus einer Gesamtheit von Beziehungen und Übereinstimmungen heraus definiert – dabei sollte berücksichtigt werden, daß eine solche Gruppe nicht unbedingt eine gesellschaftliche Realität darstellen muß, sondern auch durch die Phantasie des Einen- d. h. des Staates – ihre Identität erlangen und somit fiktiven Charakter haben kann. Wenn eine Gruppe dann aber als Opfer bestimmt wird, hat sie keine Chance, ihrem Schicksal zu entkommen, da sie sich durch das Gesetzsein als Opfer den Regeln des Mörders zu unterwerfen hat. Vielleicht gelingt es ihr, die Vernichtung hinauszuzögern, sie hat aber keine Chance, diese zu verhindern.

Ternon zitiert, um die Mechanismen des Völkermordes zu analysieren Hanna Ahrendt, die in ihrem Buch *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* den Ausgangspunkt von Völkermord darin sieht, daß „der irrsinnigen Massenfabrikation von Leichen ... die historisch und politisch verständliche Präparation lebender Leichname voran(geht).“ (zitiert auf S. 80) Ternon stellt dar, wie durch die *Auswahl* und durch die *Planmäßigkeit* der Verbrechen eine Gruppe von Menschen als solche vernichtet wird.

Dabei ist für das 20. Jahrhundert kennzeichnend – und hier schließt sich dann wieder der Kreis zu den einleitenden Bemerkungen –, daß der technische Fortschritt für den entscheidenden Übergang von Tyrannei und Despotismus zum „Totalitarismus“ beiträgt; im 20. Jahrhundert erleichtern Bürokratie und Technologie das Vorhaben eines Völkermordes. An dieser Stelle fehlt ein Hinweis auf die Arbeiten von Zygmunt Bauman, denn dieser hat ja gerade in *Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust* versucht, diesen als Ausdruck des Herrschaftsanspruchs der modernen Ratio, als gesteigerten Ausdruck von Moderne einzuordnen.⁶ Das Fehlen eines Verweises auf diese Arbeit fällt deshalb auch besonders auf, weil sich Yves Ternon selbst das Ziel gestellt hat, eine „Bestandsaufnahme der Arbeiten der amerikanischen Wissenschaftler zu unternehmen und diese mit den Forschungsergebnissen der europäischen Philosophen und Soziologen zu verbinden, die sie häufig nicht berücksichtigt haben.“ (S. 13)

⁶ Bei Bauman heißt es: „Der Holocaust wurde inmitten der modernen, rationalen Gesellschaft konzipiert und durchgeführt, in einer hochentwickelten Zivilisation und im Umfeld außergewöhnlicher kultureller Leistungen; er muß daher als Problem dieser Gesellschaft, Zivilisation und Kultur betrachtet werden.“ (Zygmunt Bauman: *Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust*, Hamburg 1992, S. 10).

Die Ausführungen zum theoretischen und begrifflichen Hintergrund der Analyse von Völkermorden des 20. Jahrhunderts werden durch ein Kapitel zur Psychosozilogie des Völkermordes abgeschlossen, in dem Ter-[92:]non vor allem auf die Experimente von Stanley Milgram aus den Jahren 1969 bis 1973 verweist, in denen dieser den Nachweis führte, wie normale Bürger den Befehl zur Tötung ihresgleichen erfüllen, weil es ihre Pflicht ist. Für den Autor belegen diese Experimente die Tatsache, daß der „in eine hierarchisierte Gesellschaftsstruktur eingebundene Mensch sein persönliches Gewissen ausschalten ...“ (S. 97) und damit zum Ausführenden eines Völkermordes werden kann.

Den weitaus umfangreichsten Teil des Buches bildet die Analyse von Genoziden (die Völkermorde an den Juden, den Armeniern, in Kambodscha, Ruanda und der Sowjetunion) und genozidärer Massaker (Ternon führt Beispiele aus Asien, Afrika und Amerika an). Diese Unterscheidung zwischen Genozid und genozidären Massakern ist nach Ansicht Ternons notwendig, da die unter letzterem angeführten Beispiele strittige Fälle sind und es trotz der Völkermordkonvention immer noch eine Kontroverse zur Einengung und Erweiterung des Völkermordbegriffes gibt. Die einzelnen Abschnitte machen noch einmal deutlich, wie intensiv sich Yves Ternon mit den Materialien zu den einzelnen Beispielen beschäftigt hat und weisen eine umfangreiche, detaillierte und kenntnisreiche Argumentation auf⁶ die bestechend und überzeugend ist.

Der Autor hat sich in der Vergangenheit vor allen Dingen mit den Völkermorden an den Juden und den Armeniern beschäftigt, und so soll an dieser Stelle besonders auf den Vergleich verwiesen werden, den Ternon zwischen diesen beiden Fällen zieht. Konsequenterweise sieht er die Analogien da, wo beide die Voraussetzungen eines Völkermordes erfüllen, die Ternon in den ersten Kapiteln seines Buches diskutiert hat: „Ein von einer Einheitspartei beherrschter Staat, dem alle zivile und militärische Gewalt zu Gebote stand, plante und betrieb im Schutz eines Weltkrieges mit Hilfe seiner Bürokratie und Technik die Vernichtung einer Gruppe, einer wehrlosen Minderheit, von der er aber behauptete, sie habe sich gegen ihn verschworen und bedrohe seine Existenz. In beiden Fällen war der unmittelbare Anlaß des Mordens eine unumstößliche ideologische Überzeugung, die eine Gruppe zu Trägern einer Mission machte.“ (S. 154) Ternon diskutiert im weiteren auch die Unterschiede zwischen diesen beiden Völkermorden und kommt zu dem Schluß, an der Einzigartigkeit des Mordes an den Juden festzuhalten. Diese ist darin begründet, daß es in der Geschichte der Menschheit kein Verbrechen gibt, das so total und ungeheuerlich geplant und begangen wurde. In dieser Argumentation schließt Ternon sich der von Hannah Ahrendt, Saul Friedländer und Eberhard Jäckel an: es ging beim Völkermord an den [93:] Juden darum, einer Gruppe von Menschen das Leben und die Existenz auf dem Planeten Erde überhaupt abzustreiten.⁷

Da Yves Ternon in dem Kapitel zum Völkermord an den Juden explizit *Phasen* dieses Völkermordes unterscheidet, soll darauf verwiesen werden, daß solche Phaseneinteilung auch schon von Raul Hilberg vorgenommen wurde, was Ternon nicht ausdrücklich anführt, aber seine ganze theoretische Argumentation doch eigentlich differenzierter bereichert.⁸

Ausdrücklich erwähnt werden soll noch der Abschnitt zur Sowjetunion, da dieses Thema auch für Ternon ein sehr diskussionswürdiges ist. Dies kommt bereits in der Überschrift 'Völkermorde in der

⁷ In einem kürzlich erschienenen Artikel diskutieren zwei israelische Wissenschaftler mit verwandter Intention die Einzigartigkeit des Holocaust und legen den Aspekt darauf, daß diese nicht nur in der Vernichtung der Juden, sondern ebenso in der einzigartigen Weltanschauung der Nationalsozialisten begründet ist: diese Weltanschauung ist wesentlich dadurch charakterisiert, daß sie die gemeinsame Menschlichkeit der Menschheit leugnet. „Die Deutschen waren einzigartig genug, weil sie – radikaler als jeder in den letzten Jahrtausenden – die Idee einer gemeinsamen Menschheit gleichermaßen theoretisch wie praktisch leugneten. Diese Leugnung der Menschheit verkörperten sie durch die Weise, in der sie Erniedrigung und Vernichtung in der Tilgung aller Juden aus der Welt verschmolzen.“ (A Margalit/G. Motzkin: Die Einzigartigkeit des Holocaust, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Berlin 45 (1997) 1, S. 18.

⁸ Während Ternon *Ausgrenzung, Emigration und Ausweisung und Konzentration* unterscheidet, teilt Hilberg den Vernichtungsprozeß in einer modernen Gesellschaft in folgende Struktur: Definition, Entlassung von Beschäftigten und Enteignung von Geschäftsbetrieben, Konzentration, Ausbeutung der Arbeitskraft und Aushungerung, Vernichtung, Beschlagnahme der persönlichen Habe. (vgl. R. Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden, Berlin 1986, S. 999).

Sowjetunion?“ zum Ausdruck. Das Fragezeichen bezieht sich auf den Plural, denn die Spezifik der Verbrechen der Führung der Sowjetunion besteht darin, daß kein bestimmter Zeitraum festzulegen ist und die Verbrechen sich über zwei Kontinente erstrecken. Ternon erwähnt in diesem Zusammenhang das Konzept von R. J. Rummel, der den Begriff „Demozid“ in die Diskussion eingebracht hat und darunter die Verbrechen wie Massaker, Exekutionen, Deportationen, Vertreibungen und Inhaftierungen in Arbeitslager einordnet. Andererseits stellt er die vielen Statistiken über die mögliche Zahl von Todesopfern in der Sowjetunion in Frage, da es für die wenigsten eindeutige Beweise gibt. Dennoch bleiben die Verbrechen der sowjetischen Führung für Ternon Völkermorde, weil sie die zwei Kriterien erfüllen: die „Schuldigkeit“ der Opfer resultierte aus der Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen, nationalen, sozialen oder politischen Gruppe und die Verbrechen wurden im Namen einer Ideologie begangen, die meinte, [94:] die Wahrheit zu besitzen und das Gute und das Böse unterscheiden und erkennen zu können. (vgl. S. 196, 197)

Die beiden Abschnitte zur Kurdenfrage und zur Tragödie in Jugoslawien beeindruckten ebenfalls durch die enormen Kenntnisse des Autors und machen das Buch gleichzeitig zu einem geschichtlichen Nachschlagewerk, dem zahlreiche Fakten und Zusammenhängen zur Problematik des Völkermordes entnommen werden können.

Gibt es nun eigentlich eine Lösung, um möglicherweise Völkermorde zu verhüten? Gibt es Lehren, die aus den bisherigen Völkermorden zur Verhütung weiterer gezogen werden könnten? Ternon sieht diese vor allen Dingen in der Realisierung des Vorschlages zur Gründung eines Internationalen Forschungszentrums über Völkermordverbrechen, da alle bisherigen Verbrechen vorhersehbar gewesen seien. Er verweist auf die Pionierarbeiten von Israel Chamy und Chanan Rapaport, die bereits 1982 die Schaffung eines *Early Warning Systems* angeregt haben. Letztendlich kann er aber natürlich auch nur eine Hoffnung äußern: Möge das 21. Jahrhundert nicht mehr die Ära verbrecherischer Staaten sein, wie es das ausgehende Jahrhundert war.

Regina Wegner

GIAN TREPP: *Bankgeschäfte mit dem Feind. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Zweiten Weltkrieg. Von Hitlers Europabank zum Instrument des Marshallplans*. Rotpunktverlag, Zürich ²1996, 268 S.

Gian Trepp studierte Volkswirtschaft und ist heute freier Journalist. Seit 1986 schreibt er über die Schweiz als Finanzplatz und dessen Geschichte.⁹ Als 1996 der amerikanische Senator D'Amato sowie mehrere jüdische Organisationen die Schweizer Banken beschuldigten, sich am Eigentum jüdischer Opfer der Nazis bereichert zu haben, konnten diese Banken einer Stellungnahme nicht mehr so hartnäckig ausweichen wie in den Jahrzehnten zuvor. Bei den Vorwürfen ging es sowohl um die Aktivitäten der Schweizer Nationalbank bei der „Wäsche“ der Goldreserven, die Nazideutschland in den besetzten Ländern geraubt hatte, als auch um die Rolle der Schweiz bei der Beschaffung kriegswichtiger Rohstoffe und Rüstungsgüter für die deutsche Kriegführung. Das vorliegende Buch wurde zuerst 1993 veröffentlicht, die Neuauflage von 1996 stellt eine explizite Stellungnahme in dieser Diskussion dar, und zwar zu jener Bank, die als [95:] nichtschweizerische von manchen Kritikern gern übersehen wird. Trepp geht es hier um die 1929/30 gebildete Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Das Buch ist solide recherchiert und trotz der trockenen Materie überaus spannend geschrieben.

Die BIZ war nach dem Staatsvertrag von Den Haag eine internationale Organisation von Zentralbanken und stand außerhalb der Schweizer Gerichtsbarkeit. Das schützte sie auch im Krieg vor jeglicher Diskriminierung oder gar Konfiskation. Die freie Ein- und Ausfuhr von Gold war der BIZ jederzeit garantiert. Die Bank hat mit dem Finanzplatz Schweiz nicht nur den Standort (Basel) gemeinsam, sie ist Teil seiner Geschichte. Ein großer Teil der Bankgeschäfte der BIZ war sogar unmittelbar mit denen der Schweizer Nationalbank verflochten.

⁹ Trepp publizierte 1987 „Ganz oben – 125 Jahre SB“ (mit Res Strehle und Barbara Weyermann), 1991 „Finanzderivate – Die Risiken“ (mit Wolfgang Hafner) und 1996 „Swiss Connection“.

Der Autor hat für seine Forschungen neben dem Nachlaß von Thomas H. McKittrick (BIZ-Präsident von 1940-46), der an der Graduate School of Business Administration der Harvard University in Boston liegt, zahlreiche US-amerikanische und Schweizer Archive, das Historische Archiv des Deutschen Bundesbank und auch das Archiv der Schweizer Nationalbank gesichtet. Das BIZ-Archiv aber zählt nicht zu seinen Quellen, es ist für Außenstehende hermetisch verschlossen. Als Hauptquelle seiner Darstellung der BIZ-Goldgeschäfte im zweiten Weltkrieg konnte Trepp die von Konrad Thiersch 1946 angefertigte BIZ-interne Aufarbeitung sämtlicher Goldgeschäfte der Bank benutzen. Unter dem Titel „Operations su or de la BRI pendant la guerre“ umfaßt die auf den 30. April 1946 datierte Tabellensammlung rund 800 einzelne Goldgeschäfte der BIZ. Bei aller Skepsis gegenüber dieser Quelle hinsichtlich der Vollständigkeit zum einen, der Glaubwürdigkeit zum anderen, bietet sie doch eine ausreichende empirische Grundlage für die Aussagen des Autors.

„Während sich die Soldaten ihrer Länder gegenseitig abschlachteten, saßen Reichsbankpräsident Walther Funk, Gouverneur Vincenzo Azzolini von der Banca d'Italia und Gouverneur Montague C. Norman von der Bank of England friedlich im Verwaltungsrat der BIZ. Mit dabei waren auch die im Verlauf des Krieges je zweimal ausgewechselten Gouverneure der Banque de France, der Banque de Belgique und der Niederländischen Bank. Dazu gesellten sich ein in Berlin stationierter Direktor der Bank of Japan und die beiden neutralen Präsidenten der Schwedischen Reichsbank und der Schweizerischen Nationalbank“. Präsident der BIZ und zugleich Verbindungsmann zur Federal Reserve Bank of New York war von Januar 1940 bis Juni 1946 Thomas McKittrick. Gemeinsam mit dem von der Reichsbank abgeordneten Generaldirektor Paul Hechler und Generaldirektor Roger Auboin von der Banque de France bildete er das entscheidende Managertrio der BIZ-Geschäftsleitung. Diese Bankzu-[96:]sammenarbeit der miteinander Krieg führenden Staaten war zwar wenig publik, aber auch nicht geheim. Sowohl Hitler als auch Churchill billigten diese Zusammenarbeit ihrer Zentralbanken-Gouverneure, Roosevelt tolerierte sie. Der britische Schatzkanzler verteidigte sie im Oktober 1942 öffentlich im Untemaus. Seither rissen aber die gezielten Presseattacken auf die BIZ in den Wirtschaftszeitungen der Alliierten nicht ab. Roosevelts Finanzminister Henry Morgenthau wollte die BIZ unbedingt auflösen, doch mächtige Finanzkreise der Wallstreet traten für ihre weitere Existenz ein.

Die BIZ war 1930 im Zusammenhang mit dem Young-Plan als Reparationsbank gegründet worden. Doch mit dem Hoover-Moratorium von 1931 und der deutschen Bankenkrise 1932 endeten die deutschen Reparationszahlungen. Ein Komitee der BIZ bestätigte im August 1931 den Finanzbankrott der Weimarer Republik und empfahl ein Stillhalteabkommen auch für kurzfristige deutsche Auslandsschulden. Es wurde bis 1944 jährlich neu verhandelt und verlängert. Auf der Konferenz von Lausanne wurden dann am 9. Juli 1932 die Reparationen offiziell zu Grabe getragen. Damit war die Aufgabe der BIZ entfallen und sie als Reparationsbank überflüssig. Ihr Präsident trat zurück, ihre Auflösung schien absehbar.

Doch bereits im Sommer und Herbst 1933 wurde die BIZ im Zeichen der britischen Appeasement-Politik mit dem Nazireich gerettet. Aus der Reparationsbank wurde eine Bank des Ausgleichs mit dem „Dritten Reich“ und dann im Krieg eine Kollaborationsbank. Während sich Hitlers Reichsbank 1933/34 in die BIZ integrierte und eine Naziequipe entsandte, zogen sich die USA faktisch aus Basel zurück. Hitler wurde nicht müde, „Versailles“ anzuprangern und schrittweise zu beseitigen. Doch seine Regierung zahlte bis zum Mai 1945 regelmäßig die auf der Versailler Regelung beruhenden Zinsen an die BIZ. Offenkundig war der Nutzen, den sie aus deren Bankgeschäften ziehen konnte, gewichtiger als die Liquidierung dieser „Schande von Versailles“.

Für die politische Strategie des Appeasement kam der Kooperation der europäischen Zentralbanken in der BIZ große Bedeutung zu. Ein Musterbeispiel lieferte die BIZ-Bankabteilung nach der Besetzung der Tschechoslowakei: Sie lieferte die in London liegenden tschechoslowakischen Währungsreserven an die Deutsche Reichsbank aus. Diese wirtschaftliche Appeasement-Politik wurde von deren Anhängern sogar noch über Polens Kriegsniederlage hinaus fortgeführt, als sich am 10. November 1939 in Paris ein Komitee für Wirtschaftsfrieden gründete, in dem die BIZ maßgeblich vertreten war. Doch mit dem deutschen Angriff auf die Niederlande, Belgien, Luxemburg und Frankreich am

10. Mai 1940 wurde [97:] das Ziel dieses Komitees vollends gegenstandslos. Und doch wurde seine Tätigkeit in der folgenden Wirtschaftskollaboration direkt weitergeführt. Noch vor Kriegsbeginn hatte der BIZ-Verwaltungsrat auf Vorschlag des Gouverneurs der Bank of England den US-Amerikaner McKittrick zum Präsidenten gewählt. Seine Amtszeit begann am 1. Januar 1940. Das US-Federal Reserve System hatte mit dieser Wahl nichts zu tun. Dennoch gehörte diese Wahl zu den Gründen, warum die BIZ den Krieg überlebte.

Bis Ende 1942 hatte die BIZ als Hitlers Europabank Kriegskonjunktur. Aber auch in der Phase des anschließenden Niedergangs bis Kriegsende leistete sie der Hitlerregierung wichtige Dienste. *Erstens* fungierte die BIZ als Zahlstelle im Goldverkehr der Reichsbank, die BIZ-Bankabteilung fungierte unter der Leitung von Generaldirektor Paul Hechler faktisch als internationaler Arm der Reichsbank. Die Goldzessionen der Reichsbank an die BIZ waren zweifellos die wichtigste Dienstleistung für das Deutsche Reich, zugleich waren sie fast immer unmittelbar an die Kooperation der Schweizer Nationalbank gekoppelt. *Zweitens* war die BIZ-Finanzdiplomatie die wichtigste Schnittstelle der Reichsbank zu den Zentralbanken der Westalliierten. Sie war eine Kollaborationsbank par excellence, zumal die Präsidenten der drei Zentralbanken der besetzten Länder (Frankreich, Niederlande, Belgien) im Amt blieben und ihr Verwaltungsratsmandat in der BIZ behielten. Nachdem die BIZ bereits anerkannt hatte, daß Deutschland die Staatsbanken von Österreich und der Tschechoslowakei samt ihren Goldreserven, ihren BIZ-Kapitalanteilen und den ihnen zustehenden Stimmrechten übernommen hatte, respektierte die BIZ-Bankabteilung auch die Liquidierung der durch die Reichsbank einverleibten Zentralbank von Danzig und der geschlossenen Bank Polski in Warschau. Die Reichsbank übernahm offiziell auch deren BIZ-Kapitalanteile und Stimmrechte.

Drittens hatte die Reichsbank bis zum Kriegseintritt der USA über die BIZ einen außerordentlich wichtigen Finanzkanal zu US-Banken. Wenn man nur auf die Höhe dieser Zahlungen der Reichsbank nach New York via BIZ schaut – im ersten Halbjahr 1940 betrug sie ca. 400 Millionen Franken – so wird deren Bedeutung für die Reichsbank kaum ersichtlich. Für die Reichsbank war wichtiger, daß sie mit der BIZ über einen raschen und vor allem sicheren Kanal für den Zahlungsverkehr mit den USA verfügte. „Das breite Netz von BIZ-Korrespondenzbanken an der Wall Street und die Bereitschaft der BIZ-Bankabteilung zu ‚Zahlungen ohne Namensnennung‘ im Auftrag der Reichsbank setzt dabei der Phantasie über mögliche Empfänger von Geldern aus Berlin in den USA keine Grenzen“ (S. 57).

Viertens bestand das Hauptinteresse Deutschlands an der Zusammenarbeit mit der Schweiz darin, die Finanzdrehscheibe Schweiz der deutschen [98:] Kriegswirtschaft dienstbar zu machen. „Hitler bedurfte eines neutralen Finanzplatzes mit einer harten Währung, die ohne Devisenkontrollen frei gehandelt werden konnte, mit erfahrenen Banken, die das Vertrauen der internationalen Finanzwelt genossen, mit einer Nationalbank, die gewillt war, deutsches Gold ohne allzu viele Fragen nach dem Ursprung gegen harte Devisen einzutauschen; mit einer BIZ, die der Reichsbank als internationaler Arm in heiklen Geschäften diente.“ Die BIZ aber war Teil dieses Finanzplatzes und konnte ohne Zustimmung der Schweizer Nationalbank keine Goldtransaktionen vornehmen. Die BIZ vermittelte über die Bankgeschäfte mit den Staatsbanken der besetzten, der neutralen und im Kriege feindlichen Länder auch solche mit den Privatbanken jener Länder.

Alle diese Tätigkeiten verstießen eklatant gegen die vorgebliche Neutralität der BIZ. Das war ihren Direktoren auch bewußt. So machte BIZ-Präsident McKittrick in Erwiderung auf die Warnungen und Vorwürfe der US-Regierung ganz offensichtlich falsche Angaben über die Geschäftstätigkeiten der Bank.

Von den genannten Tätigkeitsfeldern sei hier ein Blick auf die Goldgeschäfte der Reichsbank über die BIZ geworfen. Die Gründerväter hatten der BIZ die Rolle einer Hüterin des Goldstandards zugewiesen. Bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges hatte der Goldstandard der Währungen weltweite Gültigkeit, 1914 brach er zusammen. Zwischen 1924 und 1928 wurde der Goldstandard in fast allen Ländern wiederhergestellt. Auch die BIZ-Gründer glaubten, damit seien die monetären Krisen der Kriegs- und Inflationszeit endgültig überwunden. Doch jenes Währungssystem, das sich durch die

fixe Bindung der einzelnen Währungen an ein bestimmtes Goldgewicht auszeichnet, war bereits damals obsolet. 1931 hob die Bank von England ihre Goldeinlösepflicht auf, 1933 folgten die USA diesem Schritt. Doch die BIZ verteidigte weiterhin den krisenuntauglichen Goldstandard und baute ein Goldclearingsystem für die Zentralbanken auf. Ihre Tradition des Goldgeschäfts blieb auch im zweiten Weltkrieg der Hauptstrang ihrer Tätigkeit, dies sollte sich für die Reichsbank als enormer Vorteil erweisen. Da im Kriege die Zentralbanken der neutralen Länder Zahlungen in Reichsmark ablehnten, verschaffte das BIZ der Reichsbank Devisen für deren Goldlieferungen. Welchen Ursprungs das deutsche Gold war, war auch damals kein großes Geheimnis. Die BIZ übernahm die Goldzessionen der Reichsbank und wickelte damit deren Geschäfte ab. Der letzte Goldtransport wurde noch Ende April 1945 übernommen. Doch damit nicht genug, sie beteiligte sich selbst an dubiosen Umschmelzaktionen dieses Goldes, der letzte Auftrag datiert vom Mai 1944:

Der spektakulärste Fall für BIZ und Schweizer Nationalbank aber war die Übernahme des an Deutschland ausgelieferten Goldes der belgischen [99:] Staatsbank. In Erwartung eines deutschen Angriffs hatte die Banque National de Belgique schon im März 1940 zwei Drittel ihrer Goldreserven nach London und New York in Sicherheit gebracht. Die restlichen 198 Tonnen wurden in einem Tresor der Banque de France bei Bordeaux deponiert. Sie sollten im Fall eines deutschen Angriffs auf Frankreich ebenfalls nach London evakuiert werden. Als Anfang Juni 1940 – also noch vor der französischen Kapitulation – eine englische Korvette mit dem belgischen Finanzministers Camille Gutt das belgische Gold im Hafen von Bordeaux abholen wollte, mußte er vom französischen Finanzminister Yves Bouthilier erfahren, das belgische Gold sei bereits nach Dakar verschifft worden.

Auch die Banque de France hatte ihre gesamten inländischen Goldreserven von 1.900 Tonnen nach Übersee verschifft. Bei den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen in Wiesbaden verlangte der deutsche Chefunterhändler Hans Hemmen genaue Auskunft über den Verbleib. Erst durch die von den Franzosen gelieferten Informationen erfuhren die deutschen Okkupanten vom Verbleib des belgischen Goldes – und forderten ultimativ dessen Auslieferung. Obwohl die Deutschen das versprochene schriftliche Einverständnis des Gouverneurs der belgischen Staatsbank, Georges Janssen, nicht beibringen konnten, willigten sowohl die französische Waffenstillstandsdelegation in Wiesbaden als auch Staatschef Petain, Regierungschef Laval und der neue Gouverneur der Banque of France, Yves Bréart de Boisanger, ein, das belgische Gold ohne die Unterschrift Janssens auszuliefern. Der alte Gouverneur der Bank, Pierre Fournier, hatte es abgelehnt, den Depotvertrag zu brechen, und wurde darum von Pétain entlassen. Zu seinen Gesprächen mit Hitler am 24. Oktober in Montoire kam Petain das belgische Gold gerade recht, dieses Geschenk kostete ihn ja nichts.

Zwischen November 1940 und Mai 1942 wurden die 198 Tonnen Gold – meist auf dem beschwerlichen Landweg durch die Sahara – nach Frankreich geschafft und dann nach Berlin verladen. Dort aber ließ die Reichsbank die Goldbarren umschmelzen und mit einem Prägestempel mit Vorkriegsdatum versehen. Zwischen Januar 1943 und Februar 1944 wurden rund 110 Tonnen der umgegossenen belgischen Barren zum Reichsbank-Depot bei der Schweizer Nationalbank in Bern speditiert. Rund 80 Tonnen davon hatte die Reichsbank zur Bezahlung von Rüstungslieferungen aus der Schweiz und zur Beschaffung von Schweizer Franken bei der Nationalbank benutzt. 1945 fand die Rote Armee in der Berliner Münze Unterlagen über die Umschmelzung mit genauer Verzeichnung der neuen Prägung – und lieferte sie den Alliierten aus.

[100:] Die Reichsbank hatte die umgeschmolzenen Barren auf das Jahr 1937 datiert, denn unter dem Druck der Alliierten wollte die Schweizer Nationalbank nur noch Vorkriegsgold in Zahlung nehmen. Die Goldgeschäfte der BIZ waren den Alliierten nicht verborgen geblieben. Bereits im Januar 1942 erhielt der BIZ-Präsident McKittrick eine Warnung von Gouverneur Norman aus London. Am 5. Januar 1943 warnten die Alliierten in einer in London herausgegebenen offiziellen Erklärung die neutralen Staaten vor einer Übernahme von Nazi-Gold. Sie forderten deren Regierungen auf, alles als Bezahlung angebotene Nazi-Gold zu identifizieren und abzulehnen. Das von Deutschland unrechtmäßig erworbene Gold müsse nach dem Krieg zurückerstattet werden. Dessen ungeachtet fungierte die BIZ auch weiterhin als Zahlstelle im Goldverkehr der Reichsbank.

Beinahe noch spannender als die Goldgeschäfte der Reichsbank mit Hilfe der BIZ schildert Trepp die unmittelbare Nachkriegsgeschichte der BIZ. Es war US-Finanzminister Henry Morgenthau und seinem Stellvertreter Harry D. White mit viel Mühe und Umsicht gelungen, gegen den Widerstand der Vertreter der Wall-Street-Banken auf der Konferenz von Bretton Woods im Juli 1944 eine Resolution durchzubringen, die die Liquidation der BIZ vorsah. Doch diese Resolution blieb Papier. Roosevelt starb, sein Nachfolger Truman berief als Finanzminister einen Vertrauensmann der Wall-Street-Banken. Mitte Januar 1946 gelang es der BIZ mit Hilfe der Banque de France, eine drohende Untersuchung ihrer Bücher durch Beamte der US-Regierung abzuwenden. Die Kernfrage dieser Hilfe war die erfolgte Rückgabe des belgischen Goldes. Inzwischen war allerdings die Untersuchungsabteilung für Nazi-Kartelle und deutsches Auslandsvermögen bei der US-Militärregierung (OMGUS) in Deutschland entmachtet worden. Der beginnende kalte Krieg verhalf der BIZ zum Überleben und zum Wiederaufstieg. 1946 nahmen die europäischen Zentralbanken ihre seit Kriegsausbruch unterbrochenen Basler Gespräche wieder auf, 1947 erteilte der Verwaltungsrat der BIZ sich selbst eine Generalabsolution, 1948 wurde die BIZ und nicht der IWF zur zentralen Bank für die Marshall-Plan-Gelder. Nunmehr war die BIZ zum Instrument der US-Europapolitik geworden. Jene Liquidationsresolution von Bretton Woods aber war mit ausdrücklicher Einwilligung des neuen US-Finanzministers stillschweigend abgeschrieben worden.

Werner Röhr

ULRICH HERBERT: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903-1989. J. H. W. Dietz Nachfolger GmbH, Sonn 1996, 695 S.

[101:] Werner Best wurde weltweit bekannt, nachdem Hitler ihn am 27. Oktober 1942 zum Chef des deutschen Okkupationsregimes im besetzten Dänemark gemacht hatte. Im Unterschied zu den meisten seiner nicht weniger bekannten Amtskollegen, die wie Hans Frank (Polen), Alfred Rosenberg (Sowjetunion) und Arthur Seyß-Inquart (Niederlande) als Hauptkriegsverbrecher zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden oder wie Josef Terboven (Norwegen) in den letzten Tagen des Krieges als Selbstmörder endeten, konnte Best erstaunlich ungeschoren überleben. Die zur Besatzungsbehörde umfunktionierte Kopenhagener Gesandtschaft vermochte er zwar nicht wieder die Stellung „einer diplomatischen Vertretung des Reiches“ zu verschaffen, wie es die „Regierung“ des Hitler-Nachfolgers Dönitz noch am 8. Mai 1945 von ihm forderte¹⁰, aber für sich selbst hat der ehemalige Reichsbevollmächtigte nach der Entlassung aus dänischer Haft in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, ohne jemals mit dem Nationalsozialismus zu brechen, einen bis zuletzt relativ sicheren Platz gefunden. Er starb am 23. Juni 1989, zwei Wochen bevor die Staatsanwaltschaft Duisburg die Eröffnung eines Hauptverfahrens wegen Mordes an 8.723 Menschen gegen ihn beantragte.

Zwei Jahre zuvor hatte Ulrich Herbert mit Vorarbeiten zu der nunmehr vorliegenden Biographie Bests begonnen. Im Unterschied zu etlichen seiner westdeutschen Fachkollegen, die sich schon vor ihm mit relevanten Themen – wie etwa Erich Thomsen mit der deutschen Besatzungspolitik in Dänemark¹¹ – befaßt hatten, verzichtete er bewußt darauf, den bis zum Ende seiner Tage geistig rege gebliebenen und hartnäckig sein apologetisches Geschichtsbild propagierenden Altnazi¹² persönlich zu konsultieren. Dafür hat er alles, was Best je zu Protokoll gegeben hat, nach allen Regeln der Quellenkritik akribisch aufgearbeitet und damit der – nicht zuletzt von Best selbst – verbreiteten Legendenbildung die Grundlage entzogen.

Dabei geht es natürlich nicht nur und nicht einmal in erster Linie um die Rolle, die Best im Rahmen der deutschen Besatzungspolitik in Dänemark [102:] gespielt hat, sondern um dessen gesamte

¹⁰ Lutz Graf Schwerin von Krosigk an Werner Best, 8. Mai 1945, in: Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Dänemark und Norwegen (1940-1945), Hg. vom Bundesarchiv. Dokumentenauswahl und Einleitung von Fritz Petrick (= Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945). Achtbändige Dokumentenedition, Bd. 7), Berlin 1992, S. 237, Dok. 156.

¹¹ Erich Thomsen, Deutsche Besatzungspolitik in Dänemark 1940-1945, Düsseldorf 1971.

¹² Vgl.: Dänemark in Hitlers Hand. Der Bericht des Reichsbevollmächtigten Werner Best über seine Besatzungspolitik in Dänemark mit Studien über Hitler, Göring, Himmler, Heydrich, Ribbentrop, Canaris u. a., hg. von Siegfried Matlok Husum 1988.

politische Karriere einschließlich ihrer Folgen. Die in drei Teile gegliederte Darstellung schildert zunächst, wie der elitäre Exklusivität suchende Gymnasiast, Jurastudent und promovierte Rechtsanwalt von der völkischen Bewegung über die DNVP zur NSDAP und zur SS gelangt ist, die „in der Folgezeit in immer stärkerem Maße zur eigentlichen politischen Heimat Bests“ wurde und „es bis zum Ende des Krieges blieb“ (S. 119). Best engagierte sich mit seiner ganzen Person. Er erfand den von Ernst Jünger aufgegriffenen Begriff des „heroischen Realismus“. Und als Verfasser der umstrittenen Boxheimer Dokumente, in denen er die Errichtung der „Rechtsdiktatur zur defensiven Notstandsmaßnahme stilisierte“, verlieh er „den Gewaltphantasien der Rechten ein legalistisches Gewand“ (S. 115) und sich selbst den ihm in diesen Kreisen auch später noch nützlichen „Nimbus von Härte und Gewaltbereitschaft“ (S. 119). Folgerichtig wurde er im März 1933 Polizeichef in Hessen, wo er in Osthafen bei Worms – dem „Westhofen“ in Anna Seghers’ Roman „Das siebte Kreuz“ – das erste „reguläre“ KZ und in Darmstadt das erste Staatspolizeiamt Hitlerdeutschlands etablierte. Wichtiger als diese immerhin interessanten Details des individuellen Lebenslaufes ist für Herbert jedoch dessen soziale Signifikanz. Best steht symptomatisch für die bisher in der Historiographie kaum beachtete Entstehung, Formierung, Haltung und Betätigung der spezifischen - akademisch gebildeten – NS-Elite, die sich vor allem im Führerkorps der SS konzentrierte.

Im zweiten Teil schildert Herbert noch detaillierter die sich sukzessive wandelnde zentrale Funktion Bests im Terrorapparat des Dritten Reiches sowie die Rolle, die er anschließend in der Okkupationspolitik gespielt hat. Schon 1935 war er „die Nummer drei der Gestapo, und sein Einfluß stieg noch in dem Maße, in dem Himmler und Heydrich von ihren Funktionen als Reichsführer SS bzw. Chef des SD beansprucht wurden“ (S. 147). Das führte zu Spannungen und 1939 schließlich zum „Bruch“ mit Heydrich. Best, der mit der territorialen Ausweitung der Terrorherrschaft 1938/39 vom „Praeceptor und Vordenker der Sicherheitspolizei zum Organisator des Massenmords“ (S. 234) geworden war, den die von ihm aufgestellten und dirigierten „Einsatzgruppen“ zunächst in Polen begingen, verließ das RSHA, um sich fortan – und wiederum praktizierend und theoretisierend – in der Okkupationspolitik zu betätigen. Ohne seine Verbindung mit der SS – und Himmler – aufzugeben wechselte er zunächst zur Wehrmacht, um im August 1940 Kriegsverwaltungschef beim Militärbefehlshaber in Frankreich, und dann zum Auswärtigen Amt, um Reichsbevollmächtigter in Dänemark zu werden. Beiden Betätigungsfeldern hat Herbert jeweils ein eigenes Kapitel gewidmet, und auf das über Dänemark soll hier kurz eingegangen werden.

[103:] Während Best nach der von ihm selbst erarbeiteten Systematik der deutschen Besatzungsherrschaft in Frankreich im Rahmen einer „Aufsichtsverwaltung“ tätig war, stand er in Dänemark – zunächst jedenfalls – an der Spitze einer „Bündnisverwaltung“, die sich erst unter seiner Ägide in eine „Aufsichtsverwaltung“ verwandelte. Herbert bezeichnet beide Okkupationsregimes als „Aufsichtsverwaltung“ und verdeutlicht den Unterschied zwischen ihnen, indem er für Dänemark den unbesehen übernommenen Begriff „Musterprotektorat“ anführt, der – aus dem dänischen Widerstand kommend – von der britischen Propaganda gegen Bests Regime ins Feld geführt wurde. Best hat ihn zwar aufgegriffen und nach dem Kriege zu seinen Gunsten angeführt, jedoch nicht selbst gefunden, geschweige denn, ihn in seine Systematik eingefügt.¹³

Wichtiger als diese Begriffe sind damit einhergehende Fehldeutungen des deutschen Besatzungsregimes in Dänemark, das nicht allein vom Reichsbevollmächtigten und Auswärtigen Amt, sondern auch vom Befehlshaber der deutschen Truppen und OKW geprägt wurde. Und ungeachtet aller Gegensätze, die zwischen Best und dem den traditionellen Eliten, von denen bei Herbert kaum die Rede ist, zuzurechnenden General Hermann von Hanneken zweifellos bestanden, waren sie insbesondere angesichts des im Lande aufkommenden Widerstands aufeinander angewiesen. Deshalb vereinbarten sie am 18. August 1943, entweder den „zivilen“ oder auch den „militärischen Ausnahmezustand“ zu verhängen. Im ersten Fall wollte der General Best „auf Anforderung – soweit möglich –

¹³ Ebenso unbesehen hat Herbert die aus dem Dänischen falsch ins Deutsche übersetzte Charakterisierung des Landes durch Winston Churchill als „rufmörderischen Kanarienvogel“ übernommen (S. 341). Gemeint war der „Kanarienvogel des Raubmörders“ (rovnmorderens kanarifugl).

Wehrmachtverbände zur Verfügung stellen, die hinsichtlich der Durchführung ihrer Aufträge dem Befehlshaber unterstellt bleiben“ sollten; im zweiten wollte Best ebenfalls „auf Anforderung ... die ihm unterstellte Polizeitruppe abordnen und Angehörige seiner Behörde – insbesondere den vorgesehenen Chef der Zivilverwaltung – dem Befehlshaber zur Beratung und Unterstützung zur Verfügung stellen“¹⁴. Als der General den Ausnahmezustand am 29. August 1934 proklamierte, handelte er ganz in diesem Sinne, ohne sich, wie Herbert meint, „in dem Gewirr aus diplomatischen Rücksichten, staatsrechtlichen Vorschriften und machtpolitischen Rivalitäten heillos (zu) verfangen“ (S. 355).

Dänischen Forschungen – insbesondere den Arbeiten von Hans Kirchhoff – folgend, die die quellenkritischen Vorleistungen erbracht haben, verweist Herbert die von Best vor allem in Deutschland verbreitete Version, [104:] nach der er die dänischen Juden zur Flucht ins nahe Schweden veranlaßt und damit vor der Vernichtung bewahrt hätte, ins Reich der Legende. Wie zuvor schon in dem unter Militärverwaltung stehenden Frankreich hat Best während des militärischen Ausnahmezustands in Dänemark die Judenverfolgung vorangetrieben. Und erst als sich zeigte, daß die vorgesehene Deportation scheitern würde, ließ er die in Panik versetzten Juden fliehen.

Mit dem ersten und zweiten Teil seiner für den Druck überarbeiteten Darstellung hat sich Herbert 1992 habilitiert. Den dritten Teil, der Bests erstaunlich reibungslose Integration in die westdeutsche Gesellschaft und seine noch erstaunlicheren Aktivitäten als Koordinator und Organisator der Abwehr der von Strafverfolgung bedrohten Angehörigen der NS-Elite und der Rechtfertigung ihrer Verbrechen behandelt, hat er erst danach verfaßt Dieser bedeutende Beitrag zur jüngeren deutschen Zeitgeschichte wäre zweifellos besonders zu würdigen.

Fritz Petrick

MANFRED MESSERSCHMIDT: Was damals Recht war. ... NS-Militär- und Straffjustiz im Vernichtungskrieg. Hg. von WOLFRAM WETTE. Klartext-Verlag, Essen 1996, 348 S.

Das Buch enthält zehn Aufsätze Manfred Messerschmidts, der 1970 von Helmut Schmidt berufen bis 1988 Leitender Historiker des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg/Br. war. Er zeigt die Realität des Krieges, der im Osten von vornherein unter Mißachtung aller völkerrechtlichen Regeln als Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungsfeldzug geplant war. Nach Hitler hatte die Kampfführung der Wehrmacht ohne jede Rücksicht auf Prinzipien der zwischen den Staaten vertraglich vereinbarten Normen bzw. des bereits damals als Gewohnheitsrecht allgemein Anerkannten zu erfolgen. Daher ließ man die sowjetische Note vom 17. Juli 1941 unbeantwortet, in der sich die UdSSR – unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit – ausdrücklich an die Haager Landkriegsordnung gebunden erklärte.

Messerschmidt beweist, wie führende Militärs die strategisch-politisch-ideologische Zielsetzung des Unternehmens „Barbarossa“ als „partners in crime“ umsetzen: Militärjuristen und Offiziere der Oberkommandos der Wehrmacht und des Heeres entwarfen die Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare vom 6. Juni 1941. Feldmarschall Reichenau forderte im Befehl vom 10. Oktober 1941 vom Soldaten, „für die Notwendigkeit der harten aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschen volles Verständnis“. In der Tat: Die Zusammenarbeit mit den Einsatzkommandos funktionierte. Vor allem in Partisanenkampf nahm die Wehr-[105:]macht am Judenmord teil. Einzelne Kommandeure suchten zwar, Soldaten von Pogromen abzuhalten; Ansinnen der SS, Absperrdienste zu übernehmen, ist jedoch vielfach stattgegeben worden. Wie Feldgraue ihren Part im Weltanschauungskrieg leisteten, belegt die Meldung des Wehrmachtkommandanten von Weißruthenien, „daß in der Zeit vom 11.10.-10.11.1941 von 10.940 Gefangenen 10.431 erschossen“ wurden. Dabei zählte jene Division selbst zwei Tote und fünf Verwundete.

In mehreren Aufsätzen untersucht der Autor den Beitrag der NS-Militärjustiz im Kampf gegen den „inneren Feind“ (der zuweilen nur für Witwen und Waisen Verfolgter winzige Mittel zum Überleben gesammelt hatte und das oft mit dem Leben büßte) sowie gegen Angehörige der überfallenen Staaten. Messerschmidt stand die lückenhaft überlieferte Judikatur des Reichskriegsgerichts und der

¹⁴ Die Okkupationspolitik, S. 180, Dok. 99.

geschlossene Bestand von Zersetzungsverfahrensakten der Wiener Außenstelle des erst 1944 etablierten Zentralgerichts des Heeres zur Verfügung: Deserteure, Zersetzer und Verweigerer – meist sogenannte kleine Leute bildeten die Opfer. Offiziere und Angehöriger gehobener Gesellschaftsgruppen wußten wohl besser, „was sie von Militärrichtern zu erwarten hatten“. (S. 69)

Deren Bilanz lautet: 48 im ersten Weltkrieg vollstreckten Todesurteilen stehen Zehntausende im zweiten Weltkrieg gegenüber. „Man folgte dem Führer als dem höchsten Rechtsführer und Gerichtsherrn – ja, man eilte ihm voraus.“ (S. 41) Gleichwohl behauptete Admiral Bastian (Präsident des Reichskriegsgerichts) nach 1945, „kein Richter hätte jemals ein Urteil gefällt, das er nicht vor seinem Gewissen hätte verantworten können“. (S. 29) Dem stellt Messerschmidt gegenüber: Ein Unterschied der Aktivität beim Stabilisieren des Naziregimes ist zwischen Sondergerichten sowie dem Volksgerichtshof einerseits und der Wehrmachtsjustiz andererseits nicht feststellbar. Hitlers Kriegsrichter stempelten Tausende zu Minderwertigen und sozial Schädlichen. Zahlreiche aufgrund des Nacht- und Nebel-Erlasses ins Reich verbrachte Ausländer verurteilte man und unterwarf sie – vor dem Transport zur Exekution nach Halle – im Wehrmachtgefängnis „Brückenkopf“ Torgau brutalen Haftbedingungen mit Handschellen und Fußketten. Dessen Kommandant Major Friedrich Heinicke schlug eigenhändig Gefangene mit der Stahlrute. (Dazu sei angemerkt: So sehr die 1950er Prozedur der DDR-Justiz in Waldheim abzulehnen ist – selbst Schwerbelasteten hätten ordentliche Strafverfahren gewährt werden müssen – wäre der Hinweis, daß der Sadist Heinicke zu jenen 24 damals dort zum Tode Verurteilten und Hingerichteten gehörte, angezeigt gewesen.)

Resümierend hält Messerschmidt in einem der Aufsätze fest: Die Wehrmacht und ihr Krieg, die Wehrmacht und ihre Justiz gehören aufs engste [106:] in den Zusammenhang Wehrmacht und Nationalsozialismus. Eine Traditionspflege, die dies nicht wahrhaben will, blickt mit verbundenen Augen zurück. (S. 320)

Günther Wieland

MICHAEL P. HENSLE: Die Todesurteile des Sondergerichts Freiburg 1940-1945. Eine Untersuchung unter dem Gesichtspunkt von Verfolgung und Widerstand. Mit einem Vorwort von WOLFGANG BENZ. Belleville, München 1996, 192 S.

Als Synonym für die nazistische Strafjustiz gegen tatsächliche und vermeintliche Systemgegner gilt verbreitet der ab August 1934 judizierende *Volksgerichtshof*. Dagegen blieben die schon 16 Monate früher (RGBl. 1933 I, S. 136) geschaffenen Sondergerichte, deren Zahl sich bald von 26 auf 92 steigerte, lange unbeachtet. Erst in letzter Zeit entstanden – teils mit Sicht auf die Ahndung einzelner Delikte – verdienstvolle Forschungsarbeiten, die die Praxis jener stets in erster und letzter Instanz entscheidenden Spruchkörper untersuchten. Hensle hat seine Arbeit doppelt begrenzt, einerseits auf einen Gerichtssprengel, andererseits auf dort gefällte Höchststrafen. Die territoriale Zuständigkeit des Freiburger Sondergerichts reichte von Offenburg bis Lörrach, vom Schwarzwald bis zum Bodensee. 1940 errichtet, tagte das Tribunal in über eintausend Fällen. Von 727 Hauptverhandlungen sind Unterlagen überliefert: In 27 Prozessen überantwortete man 29 Opfer dem Henker. Gleichwohl sind Freiburgs Sonderrichter nicht den berüchtigsten unter ihresgleichen zuzuordnen wie die in Nürnberg und Stuttgart, denen die später im US-amerikanischen Juristenprozeß angeklagten Oswald Rothaug und Hermann Cuhorst vorstanden.

Das erste von der südbadischen Spruchkammer zu verantwortende Todesurteil beruhte gar auf ausdrücklicher Order des Reichsgerichts: Als im Breisgau 1941 ein vorbestrafter 29jähriger Maler wegen Diebstahls zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, ging der Oberreichsanwalt mit der 1940 eingeführten Nichtigkeitsbeschwerde dagegen vor und erwirkte, daß das oberste Gericht das Urteil mit dem Bemerkn, in besonders schweren Fällen sei „nur die Todesstrafe zulässig“, im Strafmaß aufhob. Als die neue Verhandlung dazu führte, setzte sich einer der Richter noch für die Begnadigung ein, der seine beiden Kollegen widersprachen mit den Worten des Vorsitzenden: „Der Unwert der Persönlichkeit des Verurteilten ist derart ins Auge fallend, daß er aus der Volksgemeinschaft ausgemerzt werden sollte“.

[107:] Haben sich diese Nazirichter mit der ersten Höchststrafe noch schwergetan, so belegt der Autor eindrucksvoll, wie sie in der Folge als zutiefst politische Instanz im strafprozessualen Kleid den – so Benz im Vorwort – „Macht- und Verfügungsanspruch des Staates gegen alle Volksgenossen im Zeichen der Ideologie der Volksgemeinschaft durchsetzten und ‚Volksschädlinge‘ brandmarkten und drakonisch bestrafen“. Daß das bis zuletzt geschah, beweist ihr letztes am 21. April 1945 – an dem französische Truppen in Freiburg einrückten – im sicheren Ausweichquartier am Bodensee verkündetes Todesurteil gegen eine 40jährige Frau, die vier für den Volkssturm bestimmte Textilien und „sämtliche Knöpfe einer SA-Uniform“ unterschlagen hatte.

Der Autor erörtert, ob die vom Sondergericht Verfolgten dem Widerstand gegen das Naziregime zuzurechnen sind. Das ist wegen der gefächerten Anklagevorwürfe – von Eigentumsdelikten bis zu gescheiterten Versuchen zweier Polen, eines Niederländers und eines 18jährigen Juden, die Schweizer Grenze zu überschreiten – differenziert zu bewerten. Hensle kritisiert den weitgefaßten Widerstandsbegriff Martin Broszats und betont, daß Widerstand in der Regel nicht zu trennen ist von Verfolgung. Er stellt die Bedingtheit von institutioneller Sanktionierung und reaktiver Abwehr dar und kommt zu dem Schluß, daß oft erst die Verfolgung durch das NS-Regime aufgrund seiner terroristischen Staatsideologie und der damit einhergehenden Maßlosigkeit, Handlungen in Akte des Widerstands gegen den Nazistaat „verwandelte“. Dennoch hätte Hensle -wie an anderer Stelle (S. 24) angedeutet – auf die extensive Ausuferung der Kompetenzen der Sondergerichte verweisen sollen, die zuletzt weite Bereiche der in keinerlei Beziehung zum Widerstand oder zur Regimekritik stehenden Kriminalität umfaßte.

Günther Wieland

KIRSTEN JOHN: „Mein Vater wird gesucht ...“ Häftlinge im Konzentrationslager in Wewelsburg. (Historische Schriften des Kreismuseums Wewelsburg, Bd. 2), Klartext Verlag, Essen 1996, 255 S., 87 Abb., Lageplan)

Die Wewelsburg bei Paderborn wollte Himmler mit einem 30-Millionenkredit der Dresdner Bank zum feierlichen Versammlungsort der Spitzen der SS ausbauen lassen.¹⁵ Ab 1934 mußten zuerst Angehörigen [108:] des Freiwilligen, dann des Reichsarbeitsdienstes den Aus- und Umbau leisten, bis sie 1938 zu Arbeiten am „Westwall“ abgezogen wurden. Danach beorderte die SS-Führung von Mai 1938 bis Januar 1940 mit Unterbrechungen in den ersten zehn Kriegswochen „Vorbeugungshäftlinge“ aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen zur Wewelsburg. Da sie nicht die von der SS erwarteten Arbeitsergebnisse erbrachten, wurden sie durch Zeugen Jehovas mit handwerklichen Berufen aus demselben Lager ausgetauscht. Die Zahl der hier eingesetzten Häftlinge erhöhte sich seit September 1940 durch politische Gefangene aus Sachsenhausen.

Das Lager Niederhagen bei der Wewelsburg fungierte schließlich von August 1941 bis April 1943 als kleinstes Konzentrationslager im KZ-System. Bis dahin durchlitten es rund 3900 Menschen aus mehreren Nationen, die unterschiedlichen Häftlingskategorien zugeordnet wurden: etwa 300 Bibelforscher, 100 aus politischen Gründen eingesperrte Deutsche, 300 Polen, 100 Westeuropäer, 1100 aus der UdSSR, 400 Gefangene der „befristeten Vorbeugungshaft“ und der „Sicherungsverwahrung“ sowie eine nicht abzuschätzende Zahl „Asozialer“, Sinti, Homosexueller und Tschechen. Ein Drittel von ihnen, nämlich 1278 Häftlinge, kamen bis zu diesem Zeitpunkt um. Wegen der Kriegssituation wurden die Bauarbeiten im April 1943 abgebrochen und die Überlebenden in das Konzentrationslager Buchenwald gebracht. Nur etwas mehr als 40 Zeugen Jehovas mußten noch für Erhaltungsarbeiten in der Wewelsburg bleiben, die nun als Außenlager zu Buchenwald gehörte. In die Lagerbaracken zogen daraufhin umgesiedelte „Volksdeutsche“ ein. US-amerikanische Einheiten befreiten am 2. April 1945 die letzten Wewelsburger Gefangenen.

¹⁵ Vgl. Karl Hüser: Wewelsburg 1933 bis 1945. Kult- und Terrorstätte der SS. Eine Dokumentation (Historische Schriften des Kreismuseums Wewelsburg, Bd. 1), Paderborn 21987; Wulff E. Brebeck/Karl Hüser: Wewelsburg 1933-1945. Kultstätte des SS-Ordens (Westfalen im Bild), Münster ²1995, mit Akzent auf dortigen Absichten und Bauten.

Diese erste umfassende Untersuchung des Konzentrationslagers¹⁶ Niederhagen-Wewelsburg umfaßt im ersten Teil eine Magisterarbeit von 1992. Nach einer kurzen Skizze des KZ-Systems schildert Kirsten John Aufbau und Organisation des Lagers bei der Wewelsburg, nennt biographische Daten des Kommandanten und von Bewachern und charakterisiert sie. Sie beschreibt die Zusammensetzung der Häftlinge und zeichnet die Haftverhältnisse und den Arbeitseinsatz nach. Dieses kleinste Konzentrationslager unterschied sich kaum von anderen. Niederhagen-Wewelsburg war überschaubar, es verfügte über keine Außenlager. Bibelforscher bekleideten Häftlingsfunktionen als Lagerälteste, in den Werkstätten, der [109:] Küche und dem Krankenrevier. Block- und Stubenälteste kamen wie sonst auch aus den Reihen von Deutschen aller Häftlingskategorien. Die Kapos der Baukommandos stellten meist Kriminelle und „Asoziale“, die gleich jenen aus denselben Gruppen andere Mitgefangene drangsalierten. John konstatiert: „Waren die Funktionäre jedoch Vertrauensleute der Häftlinge, konnten durch ihren Einfluß die Lebensbedingungen der Häftlinge günstiger gestaltet werden. So versuchten die Bibelforscher-Funktionshäftlinge in der Lagerschreibstube, geschwächte Glaubensbrüder aus schweren Arbeitskommandos in leichtere zu versetzen. Auf diese Weise konnten mehrere Häftlinge vor der physischen Entkräftung gerettet werden. Einzelnen Häftlingen konnte in diesem Machtsystem geholfen werden, aber nicht der Gesamtheit der Häftlinge.“ (S. 81) In der auf solcher Basis erwachsenden Selbstbehauptung und gegenseitigen Unterstützung der Zeugen Jehovas und deutscher politischer Häftlinge wie in nationaler Solidarität ausländischer politischer Gefangener sieht die Verfasserin zu Recht Formen des Widerstandes, der dem Terror der Bewacher und ihrer Helfershelfer begegnete.

Im umfangreicheren zweiten Teil betrachtet John ausführlicher die einzelnen Häftlingsgruppen hinsichtlich ihrer Gemeinsamkeiten und Unterschiede, ihrer Stärke und ihrer Opferzahl. Bei einigen Zeugen Jehovas und einigen deutschen und ausländischen politischen Gefangenen geht sie deren Lebenswegen nach und zitiert – soweit sie darüber berichten konnten – deren Aussagen. Diese Schilderungen der überlebenden Gefangenen vermitteln einen genaueren und lebendigen Eindruck einer Haftsituation, die nicht selten in Darstellungen des KZ-Systems und einzelner Lager zugunsten von Zahlen und Zusammensetzung der Häftlinge unberücksichtigt bleibt.

Da kaum offizielle Untertagen über das Lager bei der Wewelsburg vorhanden sind, zog John Aussagen aus dem Paderborner Prozeß gegen einzelne SS-Leute von der Wewelsburg 1970/71 heran, weiterhin Verzeichnisse aus den Gedenkstätten Buchenwald und Sachsenhausen sowie Aktensplitter aus zentralen und regionalen Archiven. Vor allem aber stützte sie sich auf Erinnerungsberichte von ehemaligen Häftlingen und Interviews mit ihnen sowie auf Schriftstücke aus Privatbesitz. Alle diese Quellen sind Ergebnis der Sammlung und Forschung des Kreismuseums Wewelsburg, an denen Kirsten John als Mitarbeiterin beteiligt war. Auf dieser Grundlage entstand ein anschauliches und differenziertes Bild von dem weithin unbeachteten Lager bei der Wewelsburg.

Klaus Drobisch

[110:] *Deserteure der Wehrmacht. Opfer-Feiglinge-Hoffnungsträger? Dokumentation eines Meinungswandels.* Hg. von WOLFRAM WETTE. Klartext-Verlag, Essen 1995, 356 Seiten.

Dem Schicksal und der Geschichte der Deserteure des 2. Weltkrieges wandte sich die historische Forschung relativ spät zu. Das Diskussionsangebot, das mit den Erinnerungsberichten und der künstlerischen Umsetzung dieser Thematik vor allem in der Literatur der zweiten Hälfte der 40er und zu Beginn der 50er Jahre der Öffentlichkeit gegeben war, wurde nicht aufgegriffen. Im Gegenteil, in den 50er Jahren setzte ein massiver Verdrängungsprozeß ein. Die Deserteure und Wehrkraftzersetzer bekamen weder in der DDR noch in der Bundesrepublik Recht, wurden nicht rehabilitiert und als NS-Opfer entschädigt. Die Urteile der Militärgerichte sind in der Masse, trotz eines zunehmenden

¹⁶ Vgl. die zuvor erschienenen Arbeiten: Karl Hüser: Das KZ in Wewelsburg 1939-1945. In: Verfolgung, Ausbeutung, Vernichtung. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge in deutschen Konzentrationslagern 1933-1945, hg. von Ludwig Eiber, Hannover 1985, S. 149-159; Wulff E. Brebeck/Karl Hüser: Wewelsburg 1933-1945. Das Konzentrationslager (Westfalen im Bild), Münster 1991.

Einstellungswandels in der Öffentlichkeit und auch in der Politik bis heute nicht als Unrechtsurteile definiert und für ungültig erklärt worden.

In der DDR paßten die Deserteure nur selten in das verklärte weit- und lebensfremde Bild vom bewußten politisch motivierten Widerstandskämpfer, der asketisch ohne Fehl und Tadel lebte; es sei denn, sie liefen zur Roten Armee über oder kämpften in den Partisanenarmeen. Hinzu kam, daß man sich gegenüber den Verweigerern des Dienstes in der NVA sehr repressiv verhielt.

Prägend für die öffentliche Meinung der BRD war die Kriegsgeneration. Die seit den 80er Jahren verstärkt einsetzenden Initiativen, sich des Schicksals der Deserteure öffentlich anzunehmen, sahen sich nicht selten mit Angriffen von Seiten der offiziellen Politik konfrontiert. Die Entscheidung des Kasseler Bundessozialgerichts, die in der Militärhaft des zweiten Weltkrieges erlittenen Schädigungen im Sinne des § 1 des Bundesentschädigungsgesetzes zu definieren, blieb auf staatlicher Seite bisher bedauerlicherweise eine Ausnahme, ebenso wie die in Einzelfällen erfolgte Aufhebung von Urteilen, die durch Kriegsgerichte gegen Deserteure und „Wehrkraftzersetzer“ gefällt wurden. Es ist zu bezweifeln, ob die geplanten Entschädigungen dem Leid der Opfer und ihrer Hinterbliebenen gerecht werden.

Die historische Forschung zu dieser Thematik wird nach wie vor durch eine Reihe politischer Debatten und Diskussionen begleitet. Die Spannweite der Meinungen über die Deserteure hat Wolfram Wette im Untertitel seines Buches zusammengefaßt: *Feigling-Opfer-Hoffnungsträger*. Es dokumentiert die bisherigen historischen Forschungen und den Stand der politischen Debatten zu diesem Thema und verweist angesichts der Deserteure aus Ex-Jugoslawien auf die Aktualität der Thematik. In dem Band sind Autoren vereint, die seit den frühen 80er Jahren zur Problema-[111:]tik der Deserteure des 2. Weltkrieges geforscht haben. Eine Reihe hier veröffentlichter Beiträge sind nicht speziell für diesen Band geschrieben worden, sondern früheren Veröffentlichungen entnommen.

Das Buch unterteilt sich in sechs Komplexe. Der erste rekonstruiert sowohl Aspekte der Historiographie als auch der politischen Auseinandersetzungen. Wolfram Wette skizziert einleitend beide Aspekte und ihre Verzahnung. Die folgenden zwei Beiträge sind Dokumente aus dem Jahr 1987, die einen Einblick in das Wirken von Initiativen zur Rehabilitierung der Deserteure geben. Die Geschichte der Deserteursdenkmale und das geistige Klima in der BRD beleuchtet Frank Dingel. Bedauerlicherweise handelt es sich um einen Beitrag aus dem Jahre 1990, so daß Entwicklungen in den neuen Ländern, die einen interessanten Einblick in Kongruenzen in den Haltungen aufgedeckt hätten, keinen Eingang fanden. Gleiches trifft auch auf den Beitrag von Fritz Soergel zur Geschichte der lokalen Deserteurs-Initiativen in Deutschland zu.

Der zweite Komplex widmet sich neueren Forschungen. Manfred Messerschmidt untersucht in seinem Beitrag die Motivationsgefüge, die Soldaten zur Desertion veranlaßten und belegt die rassistischen Grundlagen der Militärjustiz. Komprimiert und handbuchartig gibt Otto Hennicke, basierend auf Forschungen von Fritz Wüllner, einen informativen Überblick über den Strafvollzug, dem die nicht zum Tode verurteilten Deserteure ausgeliefert waren. Er beschreibt die einzelnen Formen der Strafvollstreckung und die Konsequenzen für die Verurteilten. Der Problematik der Militärjustiz und der Situation ihrer Opfer sowie die Perspektive der Justizangestellten auf ihre Opfer und die Nachkriegssituation beider Gruppen ist auch Thema des Beitrages von Volker Ullrich, wobei es hier zu Überlagerungen mit dem Beitrag von Manfred Messerschmidt kommt.

Der Veröffentlichung des Materials aus der Gedenkstätte Deutscher Widerstand hätte über die Bemerkungen von W. Wette in seiner Einführung (S. 17 f.) hinaus eine Kommentierung gutgetan, die die dortige Eingrenzung auf Deserteure, die aus bewußtem nachweisbaren politischen Widerstand gehandelt haben, aus der Situation der Entstehung der Ausstellung heraus erläutert und auf die Probleme einer solchen Darstellung hingewiesen hätte. Kritisch anzumerken ist auch der sehr uneinheitliche Umgang mit den Zitaten. Bei dem Beitrag von Volker Ullrich hätte man sich einen exakten Quellennachweis der Zitate gewünscht, eine Reihe von Zitaten sind – offenbar der Erstveröffentlichung dieses Beitrages in „Die Zeit“ geschuldet – nicht belegt und lassen sich nicht ohne weiteres dem allgemeinen Literaturanhang zuordnen, da es sich dem Charakter nach um ungedruckte Quellen

handelt. Der Darstellung der Fahnenflucht in der Nachkriegsliteratur wendet sich Norbert Haase zu. Der Beitrag sollte Anregung sein, andere Kunstgenre nach dieser Thematik zu befragen.

[112:] Der dritte Teil des Buches dokumentiert Anträge an den Deutschen Bundestag, die die Entschädigung der Deserteure fordern, die Meinungen von Politikern unterschiedlicher Parteien und die Bundestagsdebatte vom 30. Januar 1995, in der die Anträge von SPD und Bündnis 90/Die Grünen diskutiert wurden. Der vierte Abschnitt thematisiert das Urteil des Bundessozialgerichts, das Witwen hingerichteter Deserteure eine Witwenrente zubilligt, von der sie bis dahin ausgeschlossen waren. Veröffentlicht werden der Wortlaut der Begründung der Gerichtsentscheidung sowie das Urteil flankierende juristische Kommentare.

Dem sensiblen Thema Wehrmachtsdeserteure und Bundeswehr ist der fünfte Abschnitt gewidmet. Er enthält eine Rede von Ludwig Baumann anlässlich des Volkstrauertages 1993 in Mannheim, bei der die anwesenden Bundeswehrvertreter aus Protest die Veranstaltung verließen, sowie die Stellungnahme des Verteidigungsministeriums auf die Beschwerde Baumanns über diesen Eklat. Der Brief deutet einen Meinungswandel auch auf dieser Ebene an. Die anschließend dokumentierte Diskussion zwischen Baumann, Generalmajor a. D. Jürgen Schreiber und Hörern von NDR IV belegt die zunehmende Akzeptanz, die Deserteure in der Öffentlichkeit erfahren.

Der letzte Abschnitt stellt die Problematik der Desertion in einen aktuellen Kontext. Am Beispiel von Deserteuren und Wehrdienstverweigerern aus dem ehemaligen Jugoslawien thematisiert Wolfram Wette völkerrechtliche Komponenten dieses Problems, die Haltung des Europäischen Parlaments und untersucht kritisch Aspekte der deutschen Asylpolitik. Der Beitrag wird durch verschiedene Dokumente vor allem des Europäischen Parlaments ergänzt. Bedauerlich ist, daß vor dem Hintergrund des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes in der Bundesrepublik das Schicksal jener jungen Männer, die im Zivildienst als Bestandteil der Gesamtverteidigung einen Ersatzdienst zum Militär sehen, wie es in der Bremer Erklärung heißt, nur marginal angesprochen wird.

Almuth Püschel

Antifaschismus. Hg. von FRANK DEPPE, GEORG FÜLBERTH und RAINER RILLING. (Distel-Hefte, 31), Distel-Verlag, Heilbronn 1996, 619 S., III., Kt., Tab.;

REINHARD KÜHNEL: *Deutschland seit der französischen Revolution. Untersuchungen zum deutschen Sonderweg.* (Distel-Hefte, 29), Distel-Verlag, Heilbronn 1996, 250 S.

Frank Deppe, Georg Fülberth und Rainer Rilling haben den 60. Geburtstag von Reinhard Kühnel zum Anlaß genommen, 51 Autorinnen und Auto-[113:]ren zu einem Buchprojekt einzuladen. Unter dem Titel „Antifaschismus“ vereinigt der Band Beiträge von Politologen, Historikern, Philosophen, Soziologen, Kunsthistorikern, Journalisten, Ärzten, Theologen, Pädagogen, antifaschistischen Widerstandskämpfern und einer Trümmerfrau. Sie umfassen sehr verschiedenartige Themen, repräsentieren unterschiedliche Zugänge zum Antifaschismus, aber in allen Beiträgen finden sich Bezüge zu den Arbeiten von Reinhard Kühnel.

Im ersten Teil dominieren historische Rückblicke. Walter Grab macht sich Gedanken über den gegen den Geist der französischen Revolution gerichteten Nationalismus der Deutschen im 19. Jahrhundert. Martin Bennholt stellt Locarno in Zusammenhang zu den völkischen Traditionen der deutschen Außenpolitik. Werner Berthold steuert persönliche Erinnerungen an Widerstandskreise in Leipzig bei. Die Beiträge spannen sich von der Karriere des Fußballers und Lagerkommandanten Till Harder (Arthur Heinrich), über den Deutschbund (Dieter Fricke), die marxistische Faschismusforschung in den USA (Walter Struve), die Schwierigkeiten beim Schreiben einer Biographie von Hitler (Kurt Pätzold, Manfred Weißbecker), die Opfer des faschistischen Terrors in Mecklenburg und Vorpommern nach dem 20. Juli 1944 (Karl-Heinz Jahnke), über den Protest Münchener Intellektueller gegen Thomas Mann (Georg Bollenbeck), das Symbol Buchenwald (Emil Carlebach) bis zu den aufschlußreichen Kontroversen zwischen Breton und Dali Mitte der dreißiger Jahre über künstlerischen Analysen des Faschismus (Jutta Held).

Im zweiten Teil werden aktuelle Debatten geführt. Christoph Butterwege sieht im Antifaschismus, der für ihn in der Bundesrepublik als kleinster gemeinsamer Nenner in Form der „Gemeinsamkeit der Demokraten“ gegen den Neonazismus weiterlebte, kein überzeugendes Modell zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in den neunziger Jahren. Er verweist zu Recht darauf, daß der Rechtsextremismus in den letzten Jahren zunehmend Berührungspunkte und Überschneidungen mit Nationalkonservativen und Neoliberalen hatte und hat. Wolfgang Fritz Haug, der unermüdliche Streiter gegen den „hilflosen Antifaschismus“, wendet sich gegen einen 1995 von Christoph Dieckmann in „Die Zeit“ im Rückblick auf die DDR herausgestellten „schlichten Antifaschismus“. Dies allein reiche aber nicht aus, um den neuen Gefahren zu begegnen. Haug ist zuzustimmen, wenn er resümiert, daß eine Berufung auf früher angehäuften und veröffentlichten moralischen und theoretischen Substanz des Antifaschismus nicht ausreicht. Das zeigt sich auch im Plädoyer für eine antifaschistische Erziehung von Georg Auernheimer. Johannes Klotz sieht nach der Öffnung der Archive in Mittel- und Osteuropa eine Chance, die Entwicklungsgeschichte des Antifaschismus, der unterschiedlichen Formen und Ausprägungen antifaschistischer Bewegungen neu zu betrach-[114:]ten. Dies hängt sicherlich auch von der durch Fördermittel bestimmten Forschungsperspektive ab, die auf einen Diktaturenvergleich abhebt. Die von Klotz vorgeschlagenen Problemkreise zur Bedeutung des Antifaschismus im realen gesellschaftlichen Prozeß wären eine Diskussionsgrundlage für eine Entmythologisierung des Antifaschismus. Dabei sind jedoch die unterschiedlichen Linien komplexer und widersprüchlicher als sie Klotz bisher ins Auge faßt.

Die Vielfalt antifaschistischer Ansätze besticht, doch deren Bandbreite wäre sicherlich noch zu ergänzen. Ich denke an Beiträge aus der autonomen Antifa mit ihren theoretischen Ansätzen, aber auch das wenig beleuchtete Spannungsfeld von Nationalismus und Antifaschismus, z. B. der Befreiungskampf in den von den Deutschen okkupierten Ländern.

Das Buch richtet sich gegen einen Zeitgeist, der den Antifaschismus mit dem Untergang des real existierenden Sozialismus als erledigt betrachten will. Dies geschieht in unterschiedlicher Gestalt. So kritisiert Karl Heinz Roth die Wiederauferstehung der Totalitarismustheorie am Beispiel des Herangehens des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Ute Osterkamp leuchtet das Spannungsfeld von „Totalitarismus“ und Moral aus. Frank Deppe setzt sich mit Antonia Grunenberger auseinander, die den Antifaschismus pauschal als antidemokratisches Denken verurteilt und als eine Spielart des „Totalitarismus“ verdammt. Angelika Magiros, Gudrun Hentgens, Karen Schönwalder widmen sich dem Rassismus, der Fremdenfeindlichkeit und dem Minderheitenschutz. Über den deutschen Tellerrand wird geschaut, wenn Malcolm Sylvers über den italienischen Neofaschismus reflektiert, John N. Nagel über Innovationen im amerikanischen Rechtsradikalismus berichtet und Johannes M. Becker über den „L’Effet LePen“.

Ebenfalls zum 60. Geburtstag von Reinhard Kühnl erschien eine Sammlung neuer und überarbeiteter Aufsätze von ihm aus den letzten zehn Jahren. Der Faschismusforscher untersucht Auswirkungen der deutschen Geschichte auf Gegenwart und Zukunft einer Gesellschaft in Krise und Umbruch. Im Nachdenken über den deutschen Sonderweg, der schließlich in den deutschen Faschismus führte, schlägt der Marburger Politologe die Brücke von der Französischen Revolution bis zum Standort Deutschland in den neunziger Jahren. Für ihn ist der deutsche Nationalismus in seinen verschiedenen Spielarten und in seinem ständigen Formenwechsel eine der tragenden Säulen des deutschen Faschismus und der rechtsextremen Ausläufer der Gegenwart.

Die Aufsätze geben aus marxistischer Sicht einen fundierten Einblick sowohl in die Faschismusforschung in der Bundesrepublik und deren Kon-[115:]troversen als auch in die Herrschaftsstrukturen des Faschismus. Kühnl hält am Begriff des Faschismus als einer spezifischen politischen Herrschaftsform auf der Basis der kapitalistischen Eigentumsordnung fest. Für ihn haben deshalb faschistische Ideologien, Bewegungen und Herrschaftsinstrumente Wesentliches gemeinsam, ohne dabei die nationalen Besonderheiten zu negieren.

Die Dimitroffsche Definition des Faschismus weist Kühnl, der sich an Georg Lukacs’ „Zerstörung der Vernunft“ orientiert, als zu dogmatisch und zu eng zurück, aber er hält fest am für ihn

entscheidenden sozialökonomischen Erklärungsansatz. Die faschistische Diktatur funktionierte als Bündnis zwischen Großwirtschaft, Militär, hoher Bürokratie und faschistischer Bewegung. Die Eliten versicherten sich der Massenbasis des Nationalsozialismus. Trotz konkurrierender Kämpfe hielt dieses Bündnis bis in das Jahr 1945 durch gemeinsame Interessen. Dabei läßt meines Ermessens Reinhard Kühnl außer acht, daß sich die Interessen der nationalsozialistischen Führung durchaus verselbständigen konnten. Ihr Terror richtete sich schließlich gegen alle, die sich ihr entgegenstellten.

In dem spannenden Exkurs über die „Historiker“-Debatte der achtziger Jahre zeigt Kühnl, welche politische Funktion die Wiederbelebung des Nationalbewußtseins hatte, wie die Geschichte als Wegweiser zur „Identität der Deutschen“ von konservativer Seite bemüht wurde und wird. Anfang der achtziger Jahre wurde von den Konservativen eine geistige „Wende“ eingeläutet, deren wesentlicher Bestandteil eine Geschichtsrevision war und ist. Wie selten zuvor greifen nicht nur Politiker zur Deutung historischer Ereignisse als Rechtfertigung und Sinngebung ihrer Politik, sondern werden auch von nicht wenigen Historiker mit einer „Geschichtspolitik“ dabei bedient. Der Widerstand gegen eine affirmative „Historisierung“ des deutschen Faschismus und eine Relativierung seiner Verbrechen war beträchtlich. Der Kampf um das Geschichtsbild geht weiter. Reinhard Kühnl sieht die Gefahren und benennt die Protagonisten, welche die Geschichtswissenschaft eskamotieren und die Geschichte umzudeuten versuchen, er verweist auch auf deutsche Besonderheiten, die weiterwirken und ein nicht unbeträchtliches rechtsextremes Potential bedienen. Der Politologe Reinhard Kühnl denkt auch in diesem Buch über Gegenstrategien nach.

Hans Coppi

[116:]

Berichte über Veranstaltungen der Gesellschaft

KURT PÄTZOLD

Das „Germania“-Projekt und die Berliner Juden

„Bei der Durchführung unserer Pläne sollten überhaupt die Gefühle der Öffentlichkeit geschont werden.“ Der Satz steht etwas verlassen in dem dickleibigen Lebensbericht, den der einstige Generalbauinspekteur der einstigen Reichshauptstadt anfertigte, als er ein Strafgefangener in Berlin-Spandau war. Seine Fähigkeit, sich vieler Einzelheiten seiner Planungen für „Germania“, das allmächtige Herrschaftszentrum eines Weltreichs, zu erinnern, war da ganz ungetrübt. Speer entsann sich der Meter, die Gebäudefronten und Plätze messen sollten. Er errechnete in Kubikmetern die Materialmasse, die aufgewendet werden mußte, um die Produkte des Größenwahns vom papiernen Entwurf in die Wirklichkeit zu transferieren. Auch vermochte er ins Schwärmen zu geraten, wenn er an seinen und seines „Führers“ Enthusiasmus zurückdachte, der sie vereint und angetrieben hatte, wenn sie über Zeichnungen und Modellen beieinander hockten. Nur für die Behauptung, daß die „Gefühle“ der Einwohnerschaft Berlins – anonymisierend nannte er sie die „Öffentlichkeit“ – geschont werden sollten, war Speer um Beweise, ja selbst um Beispiele verlegen. Es sei denn, man ließe dafür ersatzweise den Hinweis gelten, daß das Schlößchen mit dem Namen „Monbijou“, das der Abrißwut geopfert werden sollte, zum Neuaufbau an anderer Stelle vorgesehen war.

Daß zur Bevölkerung Berlins im Jahr 1938, als Speer und seine Architekten ihre gigantomanen Pläne schmiedeten, auch jüdische Berliner gehörten, schien dem Baumeister auch ganz entfallen zu sein. Dieser Erinnerungsverlust besaß Gründe. Susanne Willems sprach über sie in der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung. Sie hatte sich über Jahre mit den Akten des Generalbauinspektors befaßt. Daraus entstand bei Hans Mommsen ihre Dissertationsschrift: „Die Neugestaltung Berlins zur Reichshauptstadt auf Kosten der Berliner Juden. Stadtmodernisierung, Wohnraumpolitik und Massendeportation 1938-1943.“ Auf deren Seiten kommt nicht nur die Rolle der sich aufblähenden Behörde des Generalbauinspektors in den Blick, sondern die Interessen von privaten und anderen Hauseigentümern, von Vermietern und Mietern, Wohnungssuchenden und vor allem auch das Los der aus ihren Wohnungen vertriebenen Juden. Zu Willems Fazit gehört, daß die Forde-[117:]rungen und Maßnahmen der Behörde Speers, in der sich eine Nebenabteilung mit der Freimachung des von Juden bewohnten Raumes befaßte, zeitweilig auf deren Drangsalierung praktisch größeren Einfluß gewann als die Gestapo. So korrigiert die Forschungsarbeit auch das allzu wohlfeile auf die „kleinen“ Block- und Hauswarte fixierte Bild als die angeblich am meisten drängenden Initiatoren der Judenvertreibung. Auch auf dem Tätigkeitsfelde jener Antisemiten, die Juden in die menschenunwürdigsten Behausungen wünschten, entstand eine eigene bürokratisch-feindselige Sprache. In ihr gab es den „entsiedelten Juden“.

Speers partieller Erinnerungsverlust besaß mithin seine miesen Gründe. In der Debatte wurde gefragt, ob nun nicht eine „zweite Entzauberung“ Speers bevorstünde. Die Anfrage bezog sich auf das Buch vom Matthias Schmidt, der 1982 die Memoiren des Hitler-Intimus als Mythos bloß- und dessen wahre Rolle dargestellt hatte. Möge der Weg der neuen Forscherarbeit zum Buchtext und auf den Büchermarkt kurz sein – ein Wunsch, der sich mit dem Blick auf den Umfang der Schrift verstärkt.

PAUL HEIDER

Zur Rolle der NSDAP in der Okkupationspolitik

Wie schon oft wandte sich die Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V. am 13. Mai 1997 erneut einer bisher kaum untersuchten Thematik zu. Armin Nolzen von der Ruhr-Universität Bochum referierte über konzeptionelle und methodische Probleme seines Dissertationsthemas: „Die Rolle der NSDAP in der nationalsozialistischen Besatzungspolitik im Zweiten Weltkrieg“. Wenn man bedenkt, daß die deutsche Besatzungspolitik in Europa zu den gerade in jüngerer Zeit vielfach erforschten Bereichen der nazistischen Gewaltherrschaft gehört, man denke nur an das

Reihenwerk „Europa unterm Hakenkreuz“, erstaunt es schon, daß die Rolle der NSDAP dabei bislang kaum Gegenstand spezifischer Untersuchungen war. Die Okkupationsforschung konzentrierte sich hauptsächlich auf Gewaltakte der SS und der Wehrmacht sowie auf die wirtschaftliche Ausplünderung der besetzten Gebiete durch die deutsche Industrie und partielle auf das Verhalten autochthoner Bevölkerungsgruppen. Die besatzungspolitische Rolle der Nazi-Partei, der ihr angeschlossenen Verbände und Gliederungen ist bisher in der Forschung nicht thematisiert und die Strukturen und Herrschaftspraktiken der [118:] NSDAP sind nicht einmal ansatzweise erforscht, wie Nolzen in seinem Referat betonte. Er konzentrierte sich deshalb auf einen Problemaufriß zum Thema und stellte methodische Überlegungen, mit denen er seinen Vorstoß in wissenschaftliches Neuland zu bewältigen gedenkt, zur Diskussion. Manches mußte beim gegenwärtigen Forschungsstand zwangsläufig hypothetisch bleiben.

Nolzen will die Strukturen und Funktionen der NSDAP als eigenständige, von der staatlichen Verwaltung und der SS unterscheidbare besatzungspolitische Instanz zum Gegenstand seiner Untersuchungen machen, nicht hingegen die besatzungspolitische Rolle, die Funktionäre dieser Partei an sich spielten. Damit folgt er der von Hans Mommsen geprägten strukturgeschichtlichen Methode bei Untersuchungen und Darstellungen zum NS-Regime.

Der Autor benutzt einen weitgefaßten Begriff der NSDAP-Parteiorganisation: Erstens versteht er darunter die territoriale Gliederung (Gau, Kreise, Ortsgruppen usw.), zweitens zählt er dazu die angeschlossenen Verbände (wie DAF, KdF, NSV, NSLB, NSDÄB u. a.), drittens schließlich solche Gliederungen wie SA, HJ, BDM u. dgl., nicht hingegen die SS, die er als eine von der NSDAP emanzipierte (?) Organisation bezeichnet. Ähnliches gelte auch für die Organisation Todt, den Verein für das Deutschtum im Ausland, den Reichsnährstand, den Reichsluftschutzbund und den Reichsarbeitsdienst. Von ihrer Struktur her wird zwischen verschiedenen Typen von Partei- und Verwaltungszweigen unterschieden, die in Analogie zur jeweiligen staatlichen Okkupationsverwaltung gebildet worden sind:

Als ersten Typus nannte Nolzen die *Reichsgaue* in Österreich, dem Sudetenland, Danzig-Westpreußen und dem Wartheland, deren Funktionäre sich meist aus einheimischen Nationalsozialisten rekrutierten. Eine besatzungspolitische Funktionsteilung habe es in den Reichsgauen nicht gegeben, sondern ein stets Mit-, Neben- und Gegeneinander der verschiedenen Behörden von Staat, NSDAP und SS, wobei die Partei die Übernahme staatlicher Aufgaben in den eigenen Verantwortungsbereich betrieben habe. Genauerer Untersuchungen bedarf die spezielle Wirkung der besatzungspolitischen „Polykratie“ auf die einzelnen Herrschaftsträger untereinander wie auch ihr Verhältnis zur jeweiligen einheimischen Bevölkerung.

Als zweiten Typus bezeichnete der Referent den eines *erweiterten Grenzgaues* in den Territorien der Chefs der Zivilverwaltungen. Sein hervorstechendes Merkmal sei die Ausdehnung des NSDAP-Grenzgaues auf das staatlicherseits nur-quasi-annektierte Gebiet (wie Luxemburg, Elsaß, Lothringen, Böhmen und Mähren u. a.) gewesen. In diesen durch zusätzliche NSDAP-Kreisleitungen erweiterten Grenzgaue habe es – mit Ausnahme [119:] des Protektorats – eine eindeutige Vorherrschaft der NSDAP vor der SS und staatlichen Zivilverwaltung gegeben.

Einen dritten Typus bilden die „Arbeitsbereiche“ der NSDAP, die größtenteils in den Reichskommissariaten in den Niederlanden, Norwegen und der Sowjetunion sowie in Belgien und Nordfrankreich bestanden.

Als hauptsächliche Tätigkeiten der NSDAP als besatzungspolitischer Faktor, gleich in welchem Typus, wurden benannt: die „Gleichschaltung“ der deutschen Bevölkerungsgruppen, die Kontrolle der „reichs-“ und „volksdeutschen Bevölkerung im Sinne des nationalsozialistischen Totalitätsanspruchs sowie die Organisation von Kollaboration und „Germanisierung“ durch Unterstützung der einheimischen Nationalsozialisten.

Fragestellung und Diskussion bezogen sich vor allem auf sozialpolitische Aspekte des Parteieinflusses, auf die Rolle der Gauleiter in den besetzten westlichen Ländern, auf das Konkurrenzverhältnis

von NSDAP und SS, wobei sich herausstellte, daß man hier genauer unterschieden muß, auf welchen Politikbereich sich die Konkurrenz jeweils bezieht. Außerdem dürfe die Konkurrenzsituation nicht überbewertet oder gar zu einem Gegeneinander hochstilisiert werden. Es ging wohl vor allen um Richtlinienkompetenz. Andere Fragen betrafen die Problematik von Kollaboration und „Germanisierung“, die Rolle der faschistischen Bewegungen in Norwegen, Belgien und den Niederlanden, und ob es sich dabei um autochthone oder abhängige Bewegungen gehandelt habe. Angeregt wurde außerdem, das Thema durch vergleichende Betrachtungen zwischen den verschiedenen Aktions- und Herrschaftsbereichen zu vertiefen.

In der Diskussion betonte Nolzen, das Thema sei geeignet, das bislang ausschließlich politikgeschichtliche Vorgehen der Okkupationsforschung aufzubrechen und neue Ansätze zu finden, die in den Bereich der Verhaltensforschung übergehen. Es sei beabsichtigt, das Alltagsleben in den eroberten Gebieten, das Verhalten der „reichsdeutschen“ und „Volksdeutschen“ wie auch der autochthonen Bevölkerung in das Blickfeld zu rücken. Es darf allerdings bezweifelt werden, ob das mit dem betont strukturgeschichtlichen Forschungsansatz erreicht werden kann.

Die Veranstaltung warf nicht nur neue Fragestellungen auf, sondern machte auch neugierig auf die zu erwartenden Forschungsergebnisse des Referenten. Sie sollten nach verteidigter Dissertation in der Gesellschaft erneut zur Diskussion gestellt werden.

[120:]

Bericht des Vorstands zur Jahresversammlung am 14. Januar 1997

Das Jahr 1996 war für die Gesellschaft erfreulich erfolgreich und produktiv. Eine Reihe wichtiger Publikationen ist erschienen, an denen die Gesellschaft und ihre Mitglieder maßgeblichen Anteil haben. Das Bulletin ist in zwei Nummern erschienen, die seinen guten Ruf festigen und, wie wir hoffen, zu seiner vermehrten Verbreitung beitragen werden. Die wissenschaftlichen Veranstaltungen der Gesellschaft sind programmgemäß und meist unter lebhafter Diskussion verlaufen. Hier haben wir thematische Fortschritte gemacht, besonders auf dem Gebiet des Widerstandes und der biographischen Forschung, und es ist zugleich gelungen, auch jüngere Referenten zu gewinnen, die ihre Forschungsthemen bei uns vorstellten. Darauf legen wir auch aus Gründen der Verbreiterung und Verjüngung unserer Mitgliedschaft großen Wert; in der Programmgestaltung für 1997 tritt diese Linie noch deutlicher hervor.

I. Wissenschaftliche Veranstaltungen

Die Gesellschaft führte im Jahr 1996 neun wissenschaftliche Veranstaltungen und eine Buchvorstellung durch. Die Reihe der Veranstaltungen begann mit einem Werkstattgespräch über Probleme und Erfahrungen beim Schreiben der Biographie Adolf Hitlers (anlässlich des Buches von Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker). Über diese Diskussion ist im Bulletin 6 berichtet worden, wo allerdings unserer Meinung nach die Stärken und Schwächen des Buches und der Diskussion nicht ausreichend behandelt werden. Die Vorträge wurden zur Hälfte von Mitgliedern bestritten, zur anderen Hälfte von Gästen, darunter jüngeren Wissenschaftlern (Dörner; Reich). Vertiefende Beiträge zur Expansions- und Okkupationspolitik des NS-Regimes hielten Gerhart Hass und Flitz Petrick. Klaus Scheel trug über die Arbeit an seinem gut aufgenommenen Buch (Dokumentation) über den „Tag von Potsdam“ vor. Terje Halvorsen und Ines Reich berichteten über neue Forschungen zum deutschen und internationalen Widerstand. Bernward Dörner hielt einen quellenreichen Vortrag über die Judenverfolgung und die deutsche Justiz. Mit Wolfgang Wippermann diskutierten wir über „Wege und Irrwege der vergleichenden Faschismusforschung“; Vortrag und Diskussion führten uns auf faschismustheoretisches Gebiet, mit dem wir uns ohne jeden Zweifel intensiver werden befassen müssen. Hartmut Mehringer, Leiter der Berliner Außenstelle des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, folgte dankenswerterweise unserer Bitte, Quellen und Projekte des Instituts zur Zeit von 1933 bis 1945 vorzustellen, deren Kenntnis sicherlich nicht genug verbreitet, aber für jeden Faschismus- und Weltkriegsforscher unabdingbar ist. [121:] Die Vorträge von Dörner, Petrick und Halvorsen sind bereits im jüngst erschienenen Vortragsband über die „Neuordnung Europas“ veröffentlicht. Unser Bemühen, die vor der Gesellschaft gehaltenen Vorträge möglichst schnell zu veröffentlichen, wird auch die zukünftige Arbeit bestimmen und ist auf jeden Fall nützlich für die Gesellschaft und für die Autoren (was nämlich auch die Qualität ihrer Vorträge betrifft). Auf der Buchpremiere im November stellten Gesellschaft und Akademie-Verlag den dritten Band der „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945“ von Dietrich Eichholtz vor. An der von Werner Röhr moderierten Veranstaltung nahm Karl Heinz Roth als einer der Koautoren des Buches teil. Solche Buchpremierer wollen wir in Zukunft stärker nutzen, um die Publikationen und die Gesellschaft auch über Medien einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen.

Für das Jahr 1997 sind wiederum neun, evtl. zehn Veranstaltungen vorgesehen, von denen fast alle schon mit Themen und Autoren feststehen. Das Programm bis Juni ist den Mitgliedern bekannt bzw. liegt heute aus. Wir rufen alle Mitglieder auf, Kollegen, Freunde und Bekannte davon zu informieren und sie einzuladen, ferner das Programm zu kopieren und in Universitäten und Instituten und anderen Institutionen auszulegen.

II. Wissenschaftliche Publikationen und Projekte

In bezug auf größere Veröffentlichungen der Gesellschaft und ihrer Mitglieder war das Jahr 1996 besonders erfolgreich. Jüngst sind in kurzem Abstand zwei Bücher erschienen. „Neuordnung Europas“ (hg. von Werner Röhr und Brigitte Berlekamp) enthält 20 Vorträge, die im Laufe der Jahre auf Veranstaltungen unserer Gesellschaft gehalten worden sind; 15 stammen von Mitgliedern der

Gesellschaft. Die fünf thematischen Schwerpunkte des Bandes (Okkupationspolitik, NS-Wirtschaft, Terror, Widerstand, Unfreie Arbeit/Zwangsarbeit) dokumentieren die Schwerpunkte unserer Arbeit, weisen aber demzufolge auch Schwächen und thematischen Leerfelder aus (etwa Faschismustheorie, NS-Innenpolitik, NS-Ideologie, Militärgeschichte).

Band 8 von „Europa unterm Hakenkreuz“ (Hg. Bundesarchiv; bearb. u. eingeleitet von Werner Röhr) ist eine bedeutende herausgeberische und qualitativ-inhaltliche Leistung, die maßgeblich von Mitgliedern der Gesellschaft getragen ist. Der über 300 Seiten umfassende Beitrag von Röhr über Forschungsprobleme der Okkupationsgeschichte ist ein wichtiger Schritt in Richtung auf eine vergleichende Behandlung der Okkupationsproblematik. Einen sehr informativen und kritischen Beitrag zur Verfolgung der deutschen Okkupationsverbrechen durch die deutsche Nachkriegsjustiz steuerte Günther Wieland bei. Margarete Piesche erarbeitete für den Band eine in ihrem Umfang einmalige Auswahlbibliographie zur deutschen Okkupationspolitik.

[122:] Druckreif liegt ferner das Manuskript von Aufsätzen bzw. Beiträgen von unserer Konferenz aus dem Jahre 1995 über „Niederlage und Befreiung“ vor, das Flitz Petrick betreut. Mitglieder unserer Gesellschaft waren beteiligt am Erscheinen der vielbeachteten Publikationen „Stufen zum Galgen“ (Hg. Kurt Pätzold u. Manfred Weißbecker) und „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945“, Band III, von Dietrich Eichholtz. Beiträge zum erstgenannten Buch schrieben Dietrich Eichholtz und Gerhart Hass; Kapitel zur „Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft“ steuerten Manfred Oertel, Berthold Puchert und Karl Heinz Roth bei.

Auf der Grundlage des inzwischen ausgelaufenen DFG-Projekts „Brandenburg in der NS-Zeit“ sind 1996 drei sehr beachtete Veröffentlichungen bzw. Dokumentationen erschienen: „Der Tag von Potsdam“ (Klaus Scheel), „... der Angeklagte ist Jude“ (Almuth Püschel) und „Zwangsarbeit in Genshaagen“ (Martina Dietrich); die beiden letzten als Publikationen der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung.

Die Gesellschaft hat neuerdings ein Projekt bei der Volkswagenstiftung beantragt, das von Werner Röhr unter dem Titel „Reichsgau Wartheland – Mustergau und Exerzierplatz des NS?!“ – bearbeitet werden soll. Unterschrieben hat den Antrag der augenblickliche Vorsitzende der Gesellschaft; als Mit Antragsteller zu fungieren, haben sich die Professoren Messerschmidt und Prof. Madajczyk bereit erklärt. Angesichts dieser Namen versprechen wir uns eine gewisse Erfolgsaussicht

Das Jahr 1997 hat die EU zum Europäischen Jahr gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus erklärt. Die EU fördert in diesem Rahmen Veranstaltungen (Seminare, Konferenzen usw.) „auf europäischer Ebene“, also möglichst grenzüberschreitend (etwa durch Zusammenarbeit mit polnischen oder österreichischen Partnern), durch Zuschüsse bis zu 50 Prozent; zur anderen Hälfte sollen sie aus nationalen bzw. regionalen Mitteln finanziert werden. Uns liegt vorerst eine vorläufige Programmplanung der Ausländerbeauftragten für Berlin vor. Ausschreibungstrist für Veranstaltungen ist Februar 1997. Wir sollten eventuelle Möglichkeiten einer Beteiligung unsrerseits erörtern, etwa für eine in Partnerschaft mit der wissenschaftlichen Institution eines anderen EG-Landes auszurichtende größere Veranstaltung.

III. Bulletin

Unter erheblichen Anstrengungen ist es 1996 wieder gelungen, zwei Hefte des Bulletins der Gesellschaft herauszubringen, beide mit hochwertigen Beiträgen. Für diese Hefte konnten wir Martina Dietrich als Mitarbeiterin in der Redaktion gewinnen, die nach wie vor von Werner Röhr und Brigitte Berlekamp verantwortet wird. Das Bulletin in seiner inzwi-[123:]schen ausgezeichneten Qualität verdient unser aller Mitarbeit nicht nur an seiner inhaltlichen Gestaltung, sondern vor allem auch an der Werbung und Verbreitung, die noch keinesfalls ausreichen.

Heft 6 ist seit längerem erschienen. Die zentralen Beiträge von Eichholtz, Roth und Puchert gruppieren sich um den Schwerpunkt „Deutsche Kriegswirtschaft“. Sie enthalten jeweils einen Extrakt von breiteren, ausführlicheren Darstellungen, die später im Band III der „Geschichte der deutschen

Kriegswirtschaft“ erschienen sind, und bereiteten auf dessen Erscheinen vor. Die Bibliographie der wissenschaftlichen Arbeiten von Dietrich Eichholtz hat Margarete Piesche zusammengestellt.

Heft 7 ist gerade erschienen. Es enthält als Schwerpunktthema einen zusammenfassenden und analysierenden Beitrag von Prof. Pätzold zur Goldhagen-Debatte, nach dem bereits vor seiner Veröffentlichung erhebliche Nachfrage bestand (auszugsweise Veröffentlichung im ND). Ferner veröffentlichen wir dort einen wichtigen Aufsatz von Robert Waite über das KZ Mauthausen. Waite liefert eine Analyse der Vernichtungsfunktionen dieses Lagers, das zwar nicht zu den ausgesprochenen Vernichtungslagern gehörte, wohl aber ein KZ der sog. Stufe III war, also besonders brutal der Verwirklichung der Losung „Vernichtung durch Arbeit“ diente. Nr. 7 enthält ferner eine Bibliographie der wissenschaftlichen Arbeiten von Gerhart Hass, angefertigt in gewohnter Akribie von Frau Piesche.

Das Bulletin war bisher in bezug auf Rezensionen sehr zurückhaltend. Für einen selbständigen Rezensionsteil reicht die Kraft von Herausgeber und Redaktion nicht aus. Wir beabsichtigen aber doch, ausgewählte, für den Gegenstand der Arbeit unserer Gesellschaft besonders wichtige Arbeiten, vor allem auch solche, die unserem eigenen Umkreis entstammen, in mehr oder weniger umfangreichen Besprechungen vorzustellen.

IV. Öffentlichkeitsarbeit

Es ist 1996 ungeachtet des Einsatzes von Frau Ute Ehrlich nicht gelungen, die Öffentlichkeitsarbeit der Gesellschaft zu verbessern. Mit dem Wegfall der täglichen Rubrik „Zeitspiegel“ im „Tagesspiegel“ haben wir in der Zeitung, die unsere Veranstaltungen bisher am zuverlässigsten ankündigte, keine Chance mehr, daß sie eingerückt werden. Wir werden unbedingt Kontakt zum wöchentlichen Magazin des „Tagesspiegels“ aufnehmen müssen („ticket“), auch wenn eine Notiz dort weniger werbewirksam sein wird als eine tägliche Rubrik. Die Ankündigungen von Veranstaltungen im „ND“ und in der „taz“ unterliegen nach wie vor der Zufälligkeit. Dies zu ändern, sehen wir wenig Chancen. Die Zeitschrift der GEW Berlin („biz“) druckte 1996 einmal eine Veranstaltungsankündigung ab. Bezahlte Anzeigen können wir uns nicht leisten. Inzwischen ist die Gesellschaft – mit kurzer Angabe ihres Charakters und ihrer [124:] Ziele – in das Jahrbuch der Berliner Landeszentrale für politische Bildung aufgenommen worden. Bisher ist dies offenbar noch nicht publikumswirksam geworden. Wir danken allen Redaktionen, die Ankündigungen von Veranstaltungen bzw. Informationen über die Gesellschaft abdruckten und abdrucken.

Nach wie vor erscheint es uns wichtig, in studentischen Zeitschriften präsent zu sein. Hier fehlen uns Kontakte. Jedes Mitglied, das Hinweise in dieser Richtung geben kann, wende sich bitte an den Vorstand. Zweifellos ist es die fehlende Verankerung der allermeisten Mitglieder in der universitären Forschung und Lehre und das dadurch bedingte Fehlen des Kontakts zur studentischen Klientel, die unsere Wirksamkeit unter der Intelligenz und ihrem studentischen Nachwuchs stark einschränkt. Auf längere Sicht wird dies für die Gesellschaft eine Frage von existentieller Bedeutung werden.

Wir dürfen uns auch nicht zu schade dafür dünken, unsere Veranstaltungsprogramme auf unsere Gänge zu Archiven, Bibliotheken, Institute, zu Tagungen und anderen Veranstaltungen anderer Gremien mitzunehmen und dort auszulegen oder an geeigneter Stelle auszuhängen. Der jeweilige Referent/Referentin und die Mitglieder der Gesellschaft sollten auch stets einen ihnen bekannten und interessierten Personenkreis persönlich ansprechen und einladen.

Als sehr öffentlichkeitswirksam hat sich die schon erwähnte Buchdiskussion der Hitlerbiographie von Pätzold/Weißbecker erwiesen. Bei einem zugkräftigen Thema und einer guten Vorbereitung durch den betreffenden Verlag und durch die Gesellschaft ist auch mediales Interesse vorhanden. Über die Diskussion berichteten drei Rundfunksender und eine politische Zeitschrift. Sehr überlegenswert wäre es, eine ähnliche Veranstaltung über das Gesamtprojekt „Europa unterm Hakenkreuz“ anlässlich des Erscheinens des abschließenden achten Bandes zu organisieren.

V. Mitgliederentwicklung

Gegen Ende des Jahres 1996 ist eine begrenzte Zahl von Mitgliedern neu gewonnen worden, darunter ein Förderndes Mitglied. Da die Beitrittsformulare noch nicht sämtlich an uns zurückgeschickt

wurden, gehen wir von augenblicklich 35 Mitgliedern aus. Ein Mitglied (Dr. Steinkühler) ist im Oktober ausgetreten; seitdem arbeitete der Vorstand nur noch mit drei Mitgliedern. Daher schlagen wir heute vor, daß die Mitgliederversammlung der am 7. Januar 1997 erfolgten Kooptierung von Susanne Willems in den Vorstand zustimmt.

Die Mitglieder sind zu über 50 Prozent über 60 Jahre alt. Unter der Mitgliedschaft befindet sich kein Student. Drei Mitglieder sind aktive Hoch-[125:]schullehrer. Vier Mitglieder sind Doktoranden bzw. frisch promoviert. Sechs Mitglieder sind außeruniversitär wissenschaftlich tätig (ohne ABM). Diese Zusammensetzung der Mitgliedschaft ist sicher auch für andere Vereine ähnlicher Art in Berlin typisch und nicht alarmierend. Aber auf längere Sicht gesehen, läßt sie die notwendigen Schwerpunkte der Mitgliederwerbung und organisatorischen Arbeit deutlich erkennen. Sie werden vorzugsweise auf der Verjüngung der Mitgliedschaft und der Verbreiterung der wissenschaftlichen – besonders der universitären – Basis liegen müssen. Nur wenn wir den Anteil jüngerer, in Forschung und Lehre aktiver Kräfte an der Arbeit der Gesellschaft und in ihrer Mitgliedschaft erhöhen und wenn wir den Vorstand in der gleichen Weise verjüngen, werden wir auch neue Multiplikatoren für die Ergebnisse unserer Forschungen und Diskussionen gewinnen und z. B. systematisch studentische Zuhörer und Mitglieder werben können. Dabei ist uns sehr klar, daß derartige Ziele nicht von heute auf morgen zu erreichen sind, sondern daß erst ein langer, vielleicht Jahre währender Prozeß die Gesellschaft auf eine perspektivisch tragfähige personelle Grundlage stellen wird. Aber dieser Prozeß muß ohne Verzug in Gang gesetzt werden. Hindernisse gibt es hier freilich genug, die nicht nur in der notorischen Abschließung von Wissenschaftlern, Lehrstühlen und Instituten gegenüber anderen und besonders gegenüber Wissenschaftlern aus den neuen Bundesländern zu suchen sind, sondern z. B. auch in der Existenzunsicherheit mancher jüngeren Kollegen, aus der mitunter eine gewisse Zurückhaltung oder sogar Hilflosigkeit in der wissenschaftlichen Orientierung entspringt.

Nach den Erfahrungen des Vorstands zu urteilen, haben wir auch in der Werbung unter Freunden und Kollegen der älteren Generation, mitunter auch unter ausländischen Freunden, noch Reserven. Wir rufen alle Mitglieder zu einer beherzteren, nachdrücklicheren Mitgliederwerbung auf.

Die Arbeitsergebnisse des vergangenen Jahres zeigen, daß die Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung sich wissenschaftlich und organisatorisch stabilisiert hat. Die Gesellschaft ist angetreten, durch wissenschaftliche Forschungsergebnisse und ihre Verbreitung aufzuklären über die Wurzeln und Erscheinungsformen von Faschismus und Krieg und so zu ihrer Verhinderung beizutragen. Der Vorstand ist der Meinung, daß die Gesellschaft diesem Anspruch im Jahre 1996 gerecht geworden ist.